Donnerstag, 12. Juli 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 161 - 28.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Geißler bleibt bei Kritik:** Der Bundesfamilienminister begründet in einem WELT-Interview seine Kritik an den Beratungspraktiken der Organisation Pro Familia zum Paragraphen 218. (Wortlaut S. 8)

**Libanon:** Wie lange der 358. Waffenstillstand seit Beginn des Krieges vor gut neun Jahren anhält, hängt nach Ansicht politischer Beobachter vor allem davon ab, wie sich die interne Situation in Syrien entwickelt und ob es der Armee gelingt, die Kontrolle über West-Beirut wiederzuerlangen. (S. 5)

**Frankreich:** Mit der umgekehrten Vertrauensfrage – ein Gesetz gilt als angenommen, wenn das Parlament der Regierung nicht das Mißtrauen ausspricht – hat Premier Mauroy das Gesetz über die Einschränkung der Presse-Konzentration in der Nationalversammlung durchgedrückt. (S. 5)

**Bevölkerung:** Die Weltbank erwartet ein Wachstum der Weltbevölkerung von heute 4,8 Milliarden bis zum Jahre 2050 auf rund zehn Milliarden. (S. 8)

**Arbeitslosengeld:** Die Unterstützung solle wegen der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit wieder auf das „frühere Maß" angehoben werden, fordert der CDU-Sozialexperte Müller-Remscheid. (S. 8)

**Berlin:** Die Berliner FDP würde gegenwärtig bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus an der Fünf-Prozent-Grenze scheitern. Bliebe es dabei, könnte der CDU / FDP-Senat seine Arbeit im Frühjahr nicht fortsetzen, zumal auch der Unions-Anteil „bröckelt". (S. 8)

**Walesa:** Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa wird am Freitag von der Universität Dundee zum Ehrendoktor ernannt. Er wird nicht nach Dundee reisen, weil er nicht sicher ist, ob ihm die Behörden in Warschau die Rückkehr nach Polen erlauben werden.

**Diepgen bei Thatcher:** Der Berliner Regierende Bürgermeister hat in London gegenüber der britischen Premierministerin das Interesse der Berliner an der Fortsetzung des Ost-West-Dialogs hervorgehoben.

**Kanal:** Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesverkehrsministerium hat sich für eine Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals ausgesprochen.

**Terroristen:** Die neun in Wien festgenommenen mutmaßlichen Terroristen haben sich als Anhänger des ehemaligen pakistanischen Präsidenten Zulfikar Ali Bhutto ausgegeben.

**Heute:** Bangemann besucht EG-Kommission. – CSSR-Außenminister Chnoupek in Bonn.

### ZITAT DES TAGES



„Unsere gute Konjunktur ist zwar leicht ins Trudeln geraten, aber sie wird keineswegs abstürzen, sondern im zweiten Halbjahr zusätzliche Impulse erhalten"

*Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, gestern vor der Industrie- und Handelskammer München*
FOTO: JUPP DARCHINGER

### WIRTSCHAFT

**Bangemann:** Die Stellung der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten ist zur Zeit „relativ gut", selbst wenn andere Länder in einzelnen Bereichen die Führungsposition einnehmen, erklärte Wirtschaftsminister Bangemann auf seiner ersten Pressekonferenz in Bonn. (S. 9)

**Haftpflicht:** Die Autofahrer hätten es „selbst in der Hand", wieviel sie an Autohaftpflicht mehr zahlen müßten, erklärt HUK-Sprecher Gauly zu den Prämienerhöhungen ab Januar 1985. (S. 9)

**Edeka:** Energisch hat sich die Edeka-Organisation gegen den von dem Marktführer Langnese-Iglo GmbH initiierten Heimdienst für Tiefkühlkost und Eiskrem ausgesprochen. Man sei nicht daran interessiert, Umsatz vom selbständigen Lebensmittelkaufmann zu verlagern. (S. 10)

**Börse:** Der Verkaufsdruck am deutschen Markt verstärkte sich weiter. Der WELT-Aktienindex fiel auf das neue Jahrestiefstniveau von 139,8 (142,1). Die Renten konnten sich knapp behaupten. Der Dollar-Mittelkurs erreichte mit 2,8447 (2,8251) Mark den höchsten Preis seit elf Jahren. Goldpreis je Feinunze 339,25 (344,25) Dollar.

### KULTUR

**Modigliani:** In Livorno soll ein Kanal trockengelegt werden, weil man darin Plastiken vom Amadeo Modigliani zu finden hofft, der heute vor hundert Jahren geboren wurde. Er soll 1909 seine Skulpturen aus Verärgerung dort versenkt haben. (S. 15)

**Ostia:** Ein Gastspiel der „Berliner Schaubühne" mit der „Orestie" von Aischylos in der Inszenierung von Peter Stein hat im 2000 Jahre alten Freilufttheater von Ostia Antica bei Rom begonnen. 1200 Zuschauer sahen den „Agamemnon".

### SPORT

**Motorsport:** Porsche-Werksfahrer Jacky Ickx hat den Präsidenten des Internationalen Verbandes, Balestre, wegen *Verleumdung* verklagt. Balestre hatte Ickx Manipulationen in der Formel 1 zugunsten von Porsche vorgeworfen. (S. 7)

**Leichtathletik:** Harald Schmid erreichte in Lausanne mit 47,69 Sekunden über 400 Meter Hürden *die zweitbeste Zeit seiner Laufbahn* und muß wieder als ernsthafter Herausforderer des Weltrekordlers Edwin Moses (USA) gelten. (S. 7)

### AUS ALLER WELT

**Sternwarte:** Die Lichter der ständig wachsenden Großstadt Rom haben eine der ältesten Sternwarten der Welt ins Exil getrieben. Das vatikanische Observatorium verlegte sein Forschungszentrum nach Tucson im US-Bundesstaat Arizona. (S. 16)

**Wildwest in Neapel:** Eine Bande junger Männer hat bei Pompeji einen Touristen-Bus entführt und *die 44 amerikanischen Touristen* ihrer gesamten Habe beraubt.

**Wetter:** Von Westen Bewölkungszunahme, etwas kühler.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# Dollar setzt Höhenflug fort. In Frankfurt bei 2,8447 DM

## Kurswert-Abschwächung deutscher Aktien / Goldpreis auf neuem Tief

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Dollar hat gestern an den internationalen Devisenmärkten seinen am Dienstag unterbrochenen Höhenflug fortgesetzt und bei der amtlichen Notierung in Frankfurt mit 2,8447 Mark den am Montag erreichten Zehnjahreshöchststand von 2,8445 Mark leicht überschritten. Die Dollarhausse und die hinter ihr stehenden Zinssteigerungserwartungen drückten zugleich auf die Stimmung an den Wertpapierbörsen. Führende deutsche Aktien schwächten sich bis zum zehn Mark oder mehr als drei Prozent ihres Kurswertes ab.

*Einen Kurseinbruch* gab es auch in London, nachdem das Pfund auf einen neuen historischen Tiefststand von nur noch 1,2950 Dollar gesunken war. Die Amsterdamer Börse war ebenfalls schwach. Zugleich rutschte der Goldpreis gestern mittag um fast neun Dollar auf ein neues Tief von 335,50 Dollar je Feinunze.

Vor- und nachbörslich wurde der Dollar gestern sogar mit 2,8470 Mark gehandelt. *Viele Devisenhändler haben* sich darauf eingestellt, daß der Greenback noch weiter steigt, obwohl der Dollar nach einem Gewinn von mehr als 30 Pfennig oder fast zwölf Prozent gegenüber dem diesjährigen Tiefststand im März allgemein als stark überbewertet gilt. Je mehr Marktteilnehmer vom Anhalten der Dollarhausse überzeugt sind und in dieser Erwartung Dollarpositionen aufgebaut haben, um so größer wird allerdings nach den bisherigen Erfahrungen die Gefahr eines Rückschlages, wird am Markt zu bedenken gegeben. Dabei ist freilich offen, wie lange eine solche Reaktion auf vorangegangene Übersteigerungen anhält.

*Alle Fachleute sind sich einig*, daß das Dollarkursniveau von der Kaufkraft der US-Währung her nicht gerechtfertigt ist und daß vor allem das für dieses Jahr erwartete auf 80 Milliarden Dollar verdoppelte Leistungsbilanzdefizit der USA für einen deutlich geringeren Dollarkurs spricht und für einen erheblich höheren Kurs der Mark, die sich übrigens gegenüber allen anderen Währungen recht stark präsentiert. *Doch diese theoretischen* Bewertungsmaßstäbe sind vorübergehend außer Kraft gesetzt.

Der Dollarkurs wird fast ausschließlich von Kapitalbewegungen bestimmt, die von den hohen US-Zinsen und den Erwartungen weiterer Zinssteigerungen in Gang gesetzt werden. Renditen von 13,5 Prozent und mehr für amerikanische Anleihen und Zinsen von über zwölf Prozent für kurzfristige Geldanlagen lokken internationales Kapital an, das mithilft, die Defizite im Haushalt und in der Leistungsbilanz zu finanzieren.

Triebfeder des Zinsauftriebs ist das nach wie vor kräftige Wachstum der amerikanischen Wirtschaft: es geht *mit einer zunehmenden* Kreditnachfrage der Unternehmen einher, die am Markt mit dem Kreditbedarf des Staates kollidiert. Aber nicht nur dieser Wettbewerb um Kapital wirkt zinstreibend. Zugleich steuert die amerikanische Notenbank einen relativ restriktiven Kurs, dessen Verschärfung nicht ausgeschlossen wird. Denn die Notenbank versucht verzweifelt, mit ihrer Geldpolitik ein *Überschäumen des Konjunkturbooms* und das Aufkommen von Inflationsbefürchtungen zu verhindern.

# Flugroute nach Leipzig noch offen

## „DDR"-Verkehrsminister Arndt bestätigt lediglich: Direkt und ohne Umweg über CSSR

BERNT CONRAD, Bonn

*Die von der Deutschen Lufthansa* mit der „DDR"-Gesellschaft Interflug vereinbarten Linienflüge zur Leipziger Messe werden auf keinen Fall die alliierten Luftkorridore zwischen dem Bundesgebiet und Berlin berühren. Darauf wies gestern ein Sprecher des Bonner Auswärtigen Amtes hin. Die Bundesregierung lege großen Wert darauf, daß die Korridore auch künftig ausnahmslos alliierten Flugzeugen *vorbehalten blieben, sagte* der Sprecher.

Wie die Flugroute zwischen Frankfurt am Main und Leipzig, die von der Lufthansa zum ersten Mal in der Zeit vom 30. 8. bis zum 11. 9. 1984 beflogen wird, exakt verlaufen soll, war im Bundesverkehrsministerium gestern noch nicht bekannt. Wahrscheinlich wird dies erst später zwischen den beiden Fluggesellschaften vereinbart werden. In Bonn legte man gestern Wert auf den Hinweis, daß es sich bei der Vereinbarung über die Lufthansa-Flüge nach Leipzig, sowie über Messeflüge der Interflug nach Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart nicht um ein Luftverkehrsabkommen, sondern nur um eine „Absprache über die Einrichtung eines temporären Liniendienstes zwischen zwei Orten" handele.

„DDR"-Verkehrsminister Arndt sagte während seines Aufenthalts in München lediglich, die Flüge würden direkt ohne Umweg etwa über die Tschechoslowakei abgewickelt. Eine Überfluggenehmigung zwischen der

SEITE 2:
*Innerdeutsche Messeflüge*

Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" werde bei den Zuständigen alliierten Stellen beantragt.

Ein Luftverkehrsabkommen zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik war bereits in einem Protokollvermerk zum innerdeutschen Verkehrsvertrag vom 26. 5. 1972 in Aussicht gestellt worden. Tatsächlich ist ein solches Abkommen aber vor allem wegen der damit verbundenen Berlin-Problematik bisher nicht zustande gekommen.

Der damalige Bonner Chef-Unterhändler Egon Bahr hatte noch Anfang 1973 die Ansicht vertreten, daß es ein Luftverkehrsabkommen mit der „DDR" geben werde. Als vorrangiges Ziel betrachtete er dabei eine stärkere Einbeziehung West-Berlins in den internationalen Luftverkehr. Auch die Lufthansa sollte Berlin anfliegen können, eine Forderung, die gestern von dem Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Gerhard Heimann bekräftigt wurde. Die „DDR", so hieß es damals im Bundeskanzleramt, werde nur dann Landegenehmigungen oder Überflugrechte für die Bundesrepublik erhalten, wenn dadurch Vorteile für Berlin entstünden.

Schon vor zehn Jahren äußerte die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ein vitales Interesse daran, daß die Luftkorridore von den innerdeutschen Regelungen unberührt blieben. Am unkontrollierbaren Verkehr durch die Korridore dürfe nicht gerüttelt werden. Das Festhalten an diesem Prinzip war einer der Gründe dafür, daß in den Folgejahren alle Pläne scheiterten, West-Berlin aus einem luftverkehrstechnischen Sackbahnhof in ein „Luftkreuz" zu verwandeln.

# „Geräusche wie bei Bombenangriff"

## Augenzeugen zu Explosion bei Schwerin / Die Serie von Detonationen in UdSSR-Depots

DW./gko./SAD, Bonn

Westliche Marinefachleute in Brüssel haben gestern bestätigt, daß die Infrastruktur der sowjetischen Nordmeerflotte durch die schwere Detonation auf dem Marinestützpunkt Seweromorsk empfindlich getroffen wurde. Zugleich warnten die Brüsseler Fachleute aber vor der Annahme, daß die Flotte für die nächsten sechs Monate praktisch lahmgelegt sei, wie es erste Berichte vermuteten. Die Sowjets seien nicht so ungeschickt, die ganze Munitionsbevorratung einer Flotte strategischen Charakters an einem einzigen Ort anzulegen.

Die gewaltige Explosion (WELT v. 11. Juli) hat Spekulationen über die auffällige Häufigkeit von schweren Detonationen in sowjetischen Munitionslagern innerhalb der vergangenen sieben Monate ausgelöst. Dabei gingen der WELT erstmals Detail-Informationen über die jüngste Explosion eines Munitionslagers bei Schwerin in der „DDR" zu.

Aus der Übersicht der Londoner Zeitschrift „Jane's Defence Weekly" ergibt sich, daß sich seit Dezember sechs Explosionen ereignet hatten. Ihre Ursachen sind bis heute ungeklärt:

Im Dezember 1983 begann die „Unfallserie" mit einer Explosion im Munitionslager des Flugfeldes Dolon, 150 Kilometer südlich von Alma Ata. Bis zum Mai gab es Informationen über zwei weitere Detonationen, zu denen aber keine Einzelheiten vorliegen, sowie eine in ihren Schäden geringere „Vor-Explosion" eines Munitionslagers des Marineflugplatzes von Seweromorsk. Noch während der Löscharbeiten der von der gewaltigen Detonationswelle des Seweromorskers Marinestützpunktes am 13. Mai ausgelösten Brände, kam es am 15. Mai zu einer Katastrophe auf dem Militär-Flugplatz von Bohruysk, 138 Kilometer südöstlich von Minsk. In Bohruysk, wo ein mit Luft-Boden-Raketen bewaffnetes Regiment der Smolensker Luftwaffe stationiert ist, wurden zehn von elf Munitionslagern sowie andere Gebäude zerstört.

Die sechste Detonation ereignete sich am 25. Juni in den Anlagen der früheren „Krüger-Moltke-Kaserne" bei Schwerin in der „DDR", wo ein sowjetisches Panzer- und ein Mot.-Schützenregiment stationiert sind. Dabei explodierten einige hundert Tonnen Munition. Bei der Katastrophe sollen weit mehr als 100 sowjetische Soldaten verletzt und eine bisher unbekannte Anzahl von Menschen ums Leben gekommen sein.

140 Familien aus dem Neubaugebiet „Großer Dreesch" wurden evakuiert, das in der Nähe der sowjetischen Kasernenanlagen liegt. Das ganze Neubaugebiet wurde abgesperrt. Augenzeugen berichteten

● Fortsetzung Seite 8

# Rifaat Assad entmachtet?

DW. Beirut

In der Auseinandersetzung um die beste Ausgangsposition für die Nachfolge des kranken syrischen Präsidenten Hafiz el Assad ist, wie in Damaskus bekannt wurde, eine Vorentscheidung gegen den Bruder des Staatsoberhaupts, Vizepräsident Rifaat Assad, gefallen. So soll der Kommandeur der „Verteidigungsbrigaden" und Schwager von Vizepräsident Rifaat Assad, General Ali Haydar, durch Brigadegeneral Hassan Shrite abgelöst werden. Die Verteidigungsbrigaden, deren Offiziere bislang ausschließlich Alawiten waren, galten bisher als Hausmacht von Rifaat Assad. General Shrite aber ist Sunnit.

Der Druck auf Präsident Assad, einen sunnitischen Offizier zum Kommandeur der Verteidigungseinheiten zu ernennen, hatte in jüngster Zeit zugenommen. Es wird in den Verteidigungsbrigaden befürchtet, daß die Einheiten in die syrische Armee integriert werden sollen.

# IG Druck: Distanz zu Blockaden

DW. Stuttgart

Die IG Druck und Papier ist jetzt – nach dem 13wöchigen Arbeitskampf – auf Distanz zu bestimmten Vorfällen vor Zeitungshäusern gegangen. Unter Anspielung auf Blockaden unter anderem in Stuttgart und Frankfurt sagte der Vorsitzende Ferlemann, es habe „Dinge gegeben, die von uns nicht gebilligt werden". Zugleich äußerte er aber auch Verständnis für die „Emotionen" von Streikposten, die Tag für Tag hätten zusehen müssen, wie von bestreikten Verlagen „kaum verringerte sogenannte Notausgaben" herausgebracht worden seien.

Ferlemann räumte ein, daß der jetzt geschlossene Tarifvertrag, der nach seiner Ansicht mehr vom Modell des gescheiterten Vermittlers Biedenkopf als vom Konzept des Metall-Schlichters Leber geprägt ist, keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen könne. Auf seiner Grundlage werde die IG Druck jedoch versuchen, den Abbau der 20 000 Arbeitsplätze zu verhindern.

# Bangemann-Kritik an Zimmermann

HEINZ HECK, Bonn

Wirtschaftsminister Bangemann hat sich gegen einen deutschen Alleingang in der EG zur Durchsetzung des umweltfreundlichen Autos ausgesprochen und zugleich den Widerstand der Bundesregierung gegen jede Importbeschränkung für japanische Fahrzeuge angemeldet. Ohne Innenminister Zimmermann beim Namen zu nennen, kritisierte er dessen Vorgehen, als er von der „Unterschätzung des europäischen Widerstands" gegen die Einführung abgasarmer Autos sprach. Mit einem Alleingang würde man dem Umweltschutz einen schlechten Dienst erweisen. Bangemann befürchtet vor allem eine Verschlechterung der im EG-Ministerrat zur Entscheidung anstehenden Richtlinie für die Einführung dieses Fahrzeugtyps. Der Minister machte deutlich, daß er sich künftig im Kabinett um die Koordinierung dieser Frage kümmern will. Heute spricht er mit der EG-Kommission.

Seite 9: Platz eins

## DER KOMMENTAR

# *Kapital-Magnet Zins*

CLAUS DERTINGER

Der steigende Dollarkurs gibt, wie es scheint, alle Wechselkurstheorien der Lächerlichkeit preis. Wichtige fundamentale Daten – wie die Kaufkraft und die Entwicklung der Leistungsbilanzen – die, längerfristig betrachtet, bisher noch immer zu einer Korrektur „falscher" Bewertungen beigetragen haben, finden schon seit langem keine Beachtung mehr in der Praxis am Dollarmarkt. Was allein zählt, sind die hohen und nach allgemeiner Erwartung noch weiter steigenden amerikanischen Zinsen. Sie sind ein Magnet für internationales Kapital.

Eigentlich hätten die hohen Zinsen längst den Boom der amerikanischen Wirtschaft bremsen müssen - jedenfalls, wenn es nach der Theorie ginge. Doch dank prächtiger Gewinne erweist sich die Wirtschaft als ungeheuer robust. Die amerikanische Notenbank bemüht sich bislang vergeblich, die überschäumende Konjunktur in eine ruhigere Gangart zurückzuführen, damit auf den Boom nicht ein um so schärferer Rückschlag folgt, der die jüngste Rezession noch in den Schatten stellte.

Es fehlt auch nicht an Warnungen vor den Folgen, die für die Weltwirtschaft, für die Entwicklungsländer und das internationale Finanz- und Bankensystem zu befürchten sind, wenn eine „weiche Landung" der amerikanischen Konjunktur mißlingt. Doch darüber geben die Märkte ebenso hinweg wie über die Warnung, daß es wegen der hohen Defizite in der Leistungsbilanz und im Haushalt der USA zu einer Vertrauenskrise kommen könnte, die den Dollar jäh abstürzen läßt, wenn kein internationales Kapital mehr über den „Großen Teich" fließt.

Die Profis an den Märkten denken mehr an heute und morgen als an übermorgen, so scheint es. Und immer wieder lassen sich neue Gründe finden, warum es sich lohnt, in den Dollar zu gehen. Jüngstes Beispiel ist die Abschaffung der Quellensteuer für Ausländer in den USA und die Ausgabe von Inhaberpapieren des Staates statt Namenspapieren - Maßnahmen, mit denen noch immer ausländisches Geld, auch „graues", in die USA gelockt werden soll. Obwohl dahinter schon die Sorge der Administration zu erkennen ist, eines Tages auf solche Tricks zur Finanzierung der Mammutdefizite angewiesen zu sein: An den Märkten findet nur das Beachtung, was positiv für den Dollar erscheint. Und das ist nicht ungefährlich.

# *Tausenden wurden defekte Herzklappen eingepflanzt*

JOCHEN AUMILLER, Düsseldorf

Vor fast genau 25 Jahren wurden die ersten künstlichen Herzklappen eingepflanzt – einer der größten Fortschritte der modernen Medizin. Hunderttausenden von Herzkranken konnte damit wieder ein lebenswertes Leben ermöglicht werden.

Rückschläge blieben freilich nicht aus. Die Beanspruchung der verwendeten Werkstoffe ist extrem groß: Die *Klappen müssen sich in einem Jahr* Millionen Male öffnen und wieder schließen. Daß dabei immer wieder, wenn auch vergleichsweise selten, künstliche Herzklappen wegen Materialermüdung zerbrechen, verwundert nicht.

Geradezu erschreckend freilich ist eine Meldung aus England, die vermuten läßt, daß eine fehlerhafte Serie künstlicher Herzklappen weltweit *eingepflanzt wurde. Eine Reihe von* Todesfällen ist auf die Verwendung dieser von der kalifornischen Firma „Shirley Incorporation" hergestellten Klappen zurückzuführen. Die amerikanische Gesundheitsbehörde FDA hat den weiteren Vertrieb dieser Herzklappen in den USA inzwischen untersagt. An die Öffentlichkeit kam die Meldung über die Produktion dieser defekten Herzklappen durch den *Tod* von Beryl *Inston* in der *nordenglischen* Grafschaft Yorkshire. Die Obduktion ergab als Todesursache: Eine der beiden Befestigungsstreben an der tellerähnlich gewölbten künstlichen Herzklappe, die der Patientin im Juli letzten Jahres eingepflanzt worden war, brach wegen Materialermüdung ab und verstopfte eine Arterie.

Ein ähnlicher Fall, allerdings mit gutem Ausgang, war gestern Diskussionsthema auf dem 9. Europäischen Kardiologenkongreß in Düsseldorf. Ein 19jähriger Patient mit künstlicher Herzklappe war am Telefon zusammengebrochen. Seine Mutter alarmierte sofort den Rettungswagen, der den Bewußtlosen ins nächste Krankenhaus brachte. Per Hubschrauber wurde er umgehend ins Herzchirurgische Zentrum geflogen, wo die Operateure gerade noch rechtzeitig die defekte Herzklappe auswechseln konnten. Minuten entschieden hier über Tod und Leben.

Genaue Angaben über die Zahl dieser in der Bundesrepublik eingepflanzten defekten Herzklappen waren gestern nicht zu erfahren. Fest steht jedenfalls, daß die Herzspezialisten von der Firma nur unzureichend über die bereits aufgetretenen Komplikationen und Todesfälle informiert worden sind. Eine Grobschätzung *spricht von 600 bis 700 eingepflanzten* Shirley-Klappen der beanstandeten Serie.

In der Bundesrepublik sind bisher sechs Zwischenfälle (Klappenbrüche) bekanntgeworden, nur ein Patient – nämlich der 19jährige Düsseldorfer – überlebte. In den USA sind 89 Zwischenfälle von der FDA registriert worden, 64 Patienten starben. Für das Überleben der 25 Amerikaner war entscheidend, daß der Klappenbruch überwiegend noch im Krankenhaus nach dem Eingriff passierte oder eine perfekte Rettungskette vorhanden war. Weltweit dürften einige tausend defekte Klappen der Firma Shirley eingepflanzt worden sein. Wie groß die Bruchgefahr dieser Klappen ist, läßt sich derzeit nicht abschätzen. Die Kardiologen und Herzchirurgen verlangen rasche und lückenlose Information von der Herstellerfirma.



G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Innerdeutsche Messeflüge

Von Bernt Conrad

Zum ersten Mal seit dem Abschluß des Verkehrsvertrages mit der „DDR" vom 26. 5. 1972, der den Luftverkehr ausgeklammert hatte, ist jetzt eine innerdeutsche Flug-Vereinbarung getroffen worden. Die Lufthansa wird künftig Linienflüge zur Leipziger Messe veranstalten, während der „DDR"-Gesellschaft Interflug Messeflüge nach Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart bewilligt wurden.

Das Bundesverkehrsministerium hat diesen Vorgang als ein Muster dafür bezeichnet, wie man „im Rahmen des Gebens und Nehmens zu vernünftigen Vereinbarungen" kommen könne. Tatsächlich ist es ein sehr bescheidenes Muster. Denn die Bundesregierung Brandt/Scheel hatte sich von einem Luftverkehrsabkommen, wie es der Verkehrsvertrag in Aussicht stellte, ganz andere Verbesserungen, vor allem für Berlin, erhofft.

Der damalige Bonner Chef-Unterhändler Egon Bahr sah es als sein Ziel an, West-Berlin zu einem Luftkreuz zu machen. Das heißt, die Westsektoren sollten stärker an den internationalen Luftverkehr angeschlossen werden. Der „DDR"-Fluggesellschaft sollten nur dann Landegenehmigungen oder Überflugrechte für die Bundesrepublik gewährt werden, wenn dabei Vorteile für Berlin herauskämen. Dahinter stand der Wunsch, daß auch die Lufthansa West-Berlin anfliegen sollte.

Daraus ist nichts geworden. Zunächst einmal fehlte der Anreiz für die „DDR". Sie hatte naturgemäß kein Interesse, Tegel aufzuwerten. Statt dessen fuhr sie fort, ihren eigenen Ostberliner Flugplatz Schönefeld attraktiver zu machen. Das zahlte sich für Schönefeld aus, das einen Teil des Flugverkehrs, besonders im Charterbereich, von West-Berlin abzog.

Und den Westmächten lag daran, die drei westlichen Luftfahrtgesellschaften, denen allein gestattet ist, West-Berlin durch die mit Moskau vereinbarten Luftkorridore anzufliegen, kommerziell bei der Stange zu halten. Dahinter der Wille, den unbehinderten und unkontrollierten Verkehr in diesen Korridoren nicht zu schädigen. In diesem komplizierten Geflecht von Rechten und Interessen war wohl wirklich nicht mehr zu erreichen als die gegenseitige Genehmigung von ein paar Messeflügen mit der vagen Aussicht auf „weitere Schritte".

## Kleben oder Denken

Von Carl Gustaf Ströhm

Das Gericht in Sarajevo, das am vergangenen Montag den 29jährigen Dozenten der Soziologie, Vojislav Seselj, zu acht Jahren Gefängnis verurteilte, hat dem Ansehen Jugoslawiens in der Welt einen schweren Schlag versetzt. Diese Meinung stammt übrigens nicht von westlichen „Kritikastern" und echten oder angeblichen „Feinden" Jugoslawiens im Ausland, sondern von Mitja Ribicic, einem Mitglied des Präsidiums der jugoslawischen KP. Der jugoslawische Spitzenpolitiker aus Slowenien erlaubte sich den öffentlichen Stoßseufzer: „Manchmal erscheint es mir wirklich so, als treibe uns irgendein wirklicher Feind von außen dazu an, auf seine Provokation hereinzufallen."

Es geht hier nicht allein um die Frage, wie es mit dem inneren Zustand und der Stabilität eines Landes bestellt ist, das einen Universitätsdozenten wegen des Niederschreibens „alternativer" Ideen und wegen möglicherweise abfälliger oder kritischer Äußerungen über die politische Führung auf acht Jahre hinter Gitter steckt. Diese Form der „Arbeitsbeschaffung" für Akademiker ist ein Luxus, den sich selbst das reichste Land nicht leisten könnte. Wer die unbequemen und unruhigen Köpfe zum Tütenkleben statt zum Nachdenken einsetzt, zerstört seine eigenen geistigen Grundlagen.

Der Fall Seselj wird noch absurder durch die Tatsache, daß das inkriminierte Manuskript von ihm zur Veröffentlichung an die offizielle Partei-Wochenzeitung gesandt worden war. Eines ist sicher: Wenn alle Autoren, die in der offiziellen Presse Jugoslawiens kritische Artikel über den Zustand des Landes und die Notwendigkeit einer Veränderung geschrieben haben, nach den gleichen Maßstäben beurteilt und verurteilt würden wie Seselj: Eine wahr Lawine von Prozessen und Verhaftungen müßte losbrechen.

Was immer die jugoslawische Führung (oder war es vielleicht gar nur die bosnische Parteispitze?) mit solchen Urteilen *im Inneren* bezwecken *mag* – in einer Zeit, da *Millionen* von Menschen überall auf der Welt am Schicksal Sacharows und anderer Dissidenten Anteil nehmen und man täglich über Menschenrechte in Lateinamerika diskutiert, haben die Richter von Sarajevo ihr Land auf eine Stufe mit den Praktiken des „realen Sozialismus" oder gewisser südamerikanischer Staaten gestellt. War das etwa die Absicht?

## Sieg der Demokratie

Von Günter Friedländer

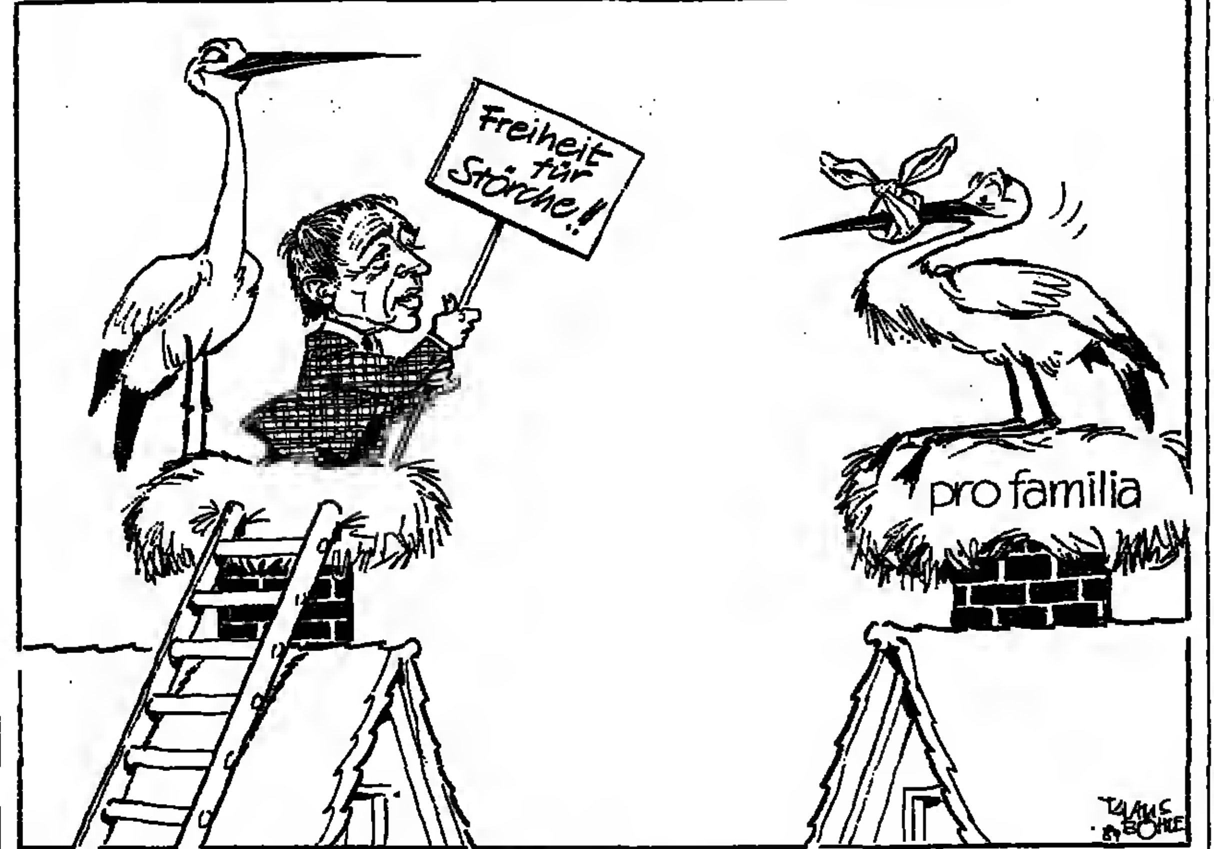
Die Schwäche der Verfassunggebenden Versammlung, die Guatemala als ersten zaghaften Schritt auf dem Weg zur Demokratie wählte, erwies sich als ihre Stärke. Weil sie ja „nur" eine Verfassung schreiben darf und in der Gefahr schwebt, aufgelöst zu werden, wenn ihre Mitglieder versuchen sollten, etwas anderes zu tun, beispielsweise einen provisorischen Präsidenten zu wählen, sah das Heer keinen Anlaß, Einfluß auf diese Wahlen zu nehmen. Es kontrolliert das politische Leben mit fester Hand – welchen Grund könnte es geben, die Ergebnisse einer auf die gegenwärtigen Verhältnisse einflußlosen Wahl zu verfälschen und sich abermals einen schlechten Namen zu machen?

Politiker, die wissen, daß nicht nur Gelegenheit, sondern auch Gewohnheit Diebe macht, fürchteten allerdings, daß das Heer nur aus Gewohnheit versuchen würde, die Wahlen einmal mehr zu kassieren. Die Voraussage war ebenso falsch wie viele andere: Man hatte z. B. geglaubt, daß trotz der Vielfalt der Kandidaten der 17 verschiedenen Parteien eine Partei bis zu 35 Prozent der Wähler anziehen könne, jedoch die größte, die christdemokratische, erhielt nur 15,6 Prozent.

Das Ergebnis der Zersplitterung war dennoch erheblich geringer als befürchtet. Fünf Gruppen erhielten 80 der 88 Sitze der Versammlung. Eine Koalition von dreien genügt, um sich die Mehrheit zu sichern. Wahrscheinlich werden die Christdemokraten sich abermals isoliert in der Minderheit sehen: Der Wähler gab ihnen nicht die Möglichkeit, eine entscheidende Rolle zu fordern.

Wie überall bei freien Wahlen in Lateinamerika hat sich die marxistische Linke auch in Guatemala eine Absage geholt. Sie schloß bereits früher aus solchen Mißerfolgen, daß nur der Bürgerkrieg sie zur Macht bringen kann.

Und gerade das führt dazu, daß sie bei Wahlen immer weniger Stimmen erhält. In Guatemala konnte keine Partei mehr als 12,6 Prozent der Stimmen für sich erzielen, aber die Demokratie erhielt 100 Prozent.




Mal kurz aufs Dach gestiegen KLAUS BÖHLE

# Auf der Bananenschale

Von Fritz Wirth

In der letzten Woche sprach der Bund junger deutscher Unternehmer in Downingstreet vor, um Margaret Thatcher eine Dampfmaschine zu schenken. Sie solle, so sagten die jungen, bewundernden Herrn aus Bonn, symbolhaft ausdrücken, mit welcher Energie die Premierministerin die einst darniederliegende britische Wirtschaft wieder in Schwung gebracht habe. Frau Thatcher gefiel das. Ein paar Tage später verehrte die angesehene Wirtschaftszeitschrift „Economist", die weitgehend Meinungen der britischen Unternehmer repräsentiert und seit fünf Jahren loyal und energisch die Politik Frau Thatchers unterstützt, der Premierministerin ein Titelbild, das Furore gemacht hat. Es zeigt einen hochhackigen blauen Damenschuh – den der Margaret Thatcher –, der auf einer *Bananenschale* seinen Halt verliert. Frau Thatcher kann das nicht gefallen haben.

Denn das Titelbild illustrierte einen Leitartikel, der sie in seiner Schärfe und Offenheit am Nerv treffen mußte. Er nannte ihre Regierung die ungeschickteste seit dem Kriege. Das Blatt fühlte sich an Harold Wilson und Edward Heath in deren schlimmsten Krisentagen erinnert. Böseres kann man einem amtierenden britischen Premier kaum antun. Es läßt sich nicht mehr überhören: Frau Thatcher ist ins Gerede gekommen. Nicht bei den Dauer-Nörglern von der Opposition, sondern bei den eigenen Freunden. Es werden warnend Zeigefinger erhoben, und es formiert sich Widerstand – in der sonst loyalen Presse, auf den Hinterbänken der eigenen Fraktion und bei den Lords im Oberhaus, die ihr in der Frage der Kommunalreform die Gefolgschaft versagten und sie zu einem peinlichen Rückzug zwangen.

Was geht hier vor? Ende der Legende von der „eisernen Lady"? Dämmerstunde des „Thatcherismus"? Letzte Grabgesänge auf den „Falkland-Faktor", der das Image dieser Frau so respektgebietend und überlebensgroß machte?

Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß die Regierung Thatcher nur *ein Jahr nach dem größten konservativen Wahlerfolg dieses Jahrhunderts in einer Krise steckt.* Man muß das nicht mehr im einzelnen belegen. Die Fülle ihrer Pannen, Rückschläge und Fehltritte spricht für sich. Aber es ist aufschlußreich, die Art und die Ursache dieser Krisen zu beleuchten. Dabei wird nämlich deutlich, daß sie sich alle auf einen Nenner bringen lassen: Sie sind durchweg das Ergebnis eines oft haarsträubenden parlamentarischen und politischen Miß-Managements. Darum reicht es nicht mehr aus, Frau Thatcher nur einen vorübergehenden Mangel an politischer Fortune zu bescheinigen. Diese Fehler und Pannen sind hausgemacht und selbstverschuldet.

Die Gründe und Ursachen: 1. Frau Thatcher hat sich nach dem Wahlsieg mit einem außergewöhnlich schwachen Kabinett umgeben. 2. Der hohe Wahlsieg und die unbesiegbare konservative Mehrheit im Unterhaus haben der politischen Wachsamkeit dieser Regierung geschadet und zu Fahrlässigkeit eingeladen. 3. Die ineffektive Opposition ist nach wie vor mehr mit sich selbst beschäftigt; der Regierung fehlt damit – sieht man von den Kampagnen des Bergarbeiterführers Arthur Scargill und des marxistischen Londoner Stadtratsvorsitzenden Ken Livingstone ab – der notwendige Widerstand. Sie stolpert zwangsläufig über ihre eigenen Beine. Da bedarf es gar nicht mehr herumliegender Bananenschalen, um von Zeit zu Zeit flach aufs Kreuz zu fallen. Über die Fülle und den Umfang der Krisen ist also nicht zu streiten, wohl aber über ihre Art und Beschaffenheit. Denn eine genauere Betrachtung dieser Unfälle, von denen die Regierung Thatcher seit Monaten heimgesucht wird, zeigt, daß kaum einer von ihnen politisch lebensgefährlich ist. Alle diese Krisen haben ihre Ursachen in der Ausführung, im Management und im Stil der Regierung, also im politisch-handwerklichen Bereich.

Unbehelligt aber ist nach wie vor die Substanz dieser Politik, das, was schlagwortartig und deshalb nicht immer korrekt mit Monetarismus bezeichnet wird, der wirtschaftspolitische Reformkurs, mit dem die britische Industrie umstrukturiert wird, und die geradezu missionarische Intensität, mit der Frau Thatcher dieses zu beschaulich gewordene Land in eine Leistungsgesellschaft umzuformen sucht.

Dennoch soll die absolut berechtigte Kritik an dieser Regierung nicht zu einer reinen Stilfrage verniedlicht werden. Der politische Stil, die Machart und das Management sind die Kriterien, die das Image einer Regierung und damit ihre Attraktivität beim Wähler bestimmen. Ein Mangel dieser Kriterien läßt Zweifel an der Kompetenz einer Regierung entstehen. Umfragen bestätigen, daß derartige Zweifel existieren. Freilich gibt es gute Gründe, ob Flut der Kritik nicht allzu voreilig über eine „Dämmerstunde des Thatcherismus" zu spekulieren. Diese Regierung hat mit den substantiellen Zielen ihrer Politik noch nicht die Orientierung und ihren „Dampf" verloren. Und deshalb hinkt der Vergleich des „Economist" mit Harold Wilson und Edward Heath. Viel aufschlußreicher und treffender wäre ein Vergleich mit Harold Macmillan, für den politischer Stil alles und Substanz wenig bedeutete und der deshalb als ein belangloser Premier in die Geschichte einging, und der Vergleich mit Clement Attlee, der politische Stilfragen völlig seiner Reformpolitik unterordnete und damit zu einem der effektivsten, zugleich aber farblosesten britischen Premierminister wurde.

Das Problem der britischen Politik ist, daß es nach dem Kriege zu wenige Attlees gegeben hat, daß er ein Premier ohne Erben geblieben ist.



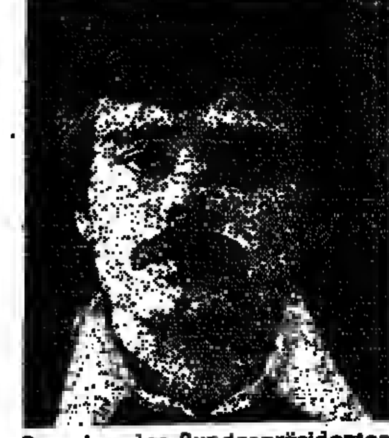
Hat noch immer Dampf drauf: Briten-Premier Margaret Thatcher FOTO: DIE WELT

## IM GESPRÄCH Friedbert Pflüger

# Ein schneller Brüter

Von Evi Keil

Det is een schneller Brüter erster Jüte." So tönt es aus dem Rathaus Schöneberg in Berlin. Und der „schnelle Brüter" heißt Friedbert Pflüger. In wenigen Tagen wird er in Bonn in der Villa Hammerschmidt sein Amt als Pressereferent und Sprecher des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker antreten. Pflüger war schon in Berlin Mitarbeiter und Büroleiter beim Regierenden, der damals bekanntlich Weizsäcker hieß. Die Berliner haben Erfahrung in der Personalpolitik des neuen Bundespräsidenten. „Das Entscheidende bei von Weizsäcker ist, ob jemand vom Kaliber her zu ihm paßt. Das Normale reicht nicht. Unser ehemaliger Regierender hat immer darauf geachtet, daß Zuschnitt, Habitus und Auftreten der Leute, die mit ihm zu tun haben, stimmen", heißt es. In Pflüger habe von Weizsäcker Qualifikation und Qualität geschätzt.



Sprecher des Bundespräsidenten: Friedbert Pflüger FOTO: SVEN SIMON

Friedbert Pflüger hat sich frühzeitig auf dem politischen Feld getummelt. In der Union fiel er als ehemaliger Bundesvorsitzender des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) in den den siebziger Jahren in Göttingen auf, als er dort seine Freunde im RCDS zu motivieren versuchte, gegen den Göttinger Sponti-AStA, eine „Volksfrontkoalition", die Demokratie an den Hochschulen zu verteidigen.

Der Sohn eines Maschinenbauingenieurs und einer Lehrerin aus Hannover, 1955 geboren, hat 1973 in Hannover sein Abitur gebaut. Dann begann er in Göttingen mit dem Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, *machte in Bonn seinen Magister* in Soziologie und Staatsrecht und ging für ein Forschungsjahr an das Center for International Affairs an die amerikanische Havard-Universität. Studienergebnisse faßte er in seiner Bonner Dissertation über die US-Außenpolitik und die Menschenrechte zusammen. In der *Schriftenreihe* der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn ist inzwischen die Dissertation als Buch erschienen: „Menschenrechte der USA. Amerikanische Außenpolitik zwischen Idealismus und Realismus 1972–1982".

Einen großen Teil seines Buches widmet Pflüger einer „teilweisen Rehabilitierung" von Jimmy Carter und dessen umstrittener Politik. Er weist darauf hin, daß es Carter gelungen sei, „der amerikanischen Politik wieder ein menschliches Antlitz zu verleihen, nachdem in den sechziger Jahren das Bild vom „häßlichen Amerikaner in der Welt immer stärker wurde". Pflüger urteilt dagegen, die Menschenrechtspolitik sei eine der meistanerkannten Leistungen Carters gewesen.

Am 1. September 1981 holte sich Richard von Weizsäcker Pflüger nach Berlin. Und der steckt jetzt in Bonn in den Weben eines Umzuges.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

**Zum Craxi-Besuch in Ost-Berlin heißt es hier:**

Der Sozialist Craxi hat von allen westlichen Besuchern der letzten Tage in Ost-Berlin die beste Figur gemacht. Da kam kein Liebediener, aber auch kein kalter Krieger aus Rom. Da trat ein selbstbewußter Regierungschef auf, der sich seiner Verpflichtung gegenüber der westlichen Allianz und dem Freundesland Bundesrepublik stets bewußt war. Sein Verhalten hob sich wohltuend von dem des Griechen Papandreou ab, der sich in der DDR wie ein zielloser Wanderer zwischen zwei Welten bewegte. Craxi kam dagegen zur Sache. Er verteidigte konsequent die Nachrüstung – nicht als Droh-, sondern als Abwehrpotential. Wichtiger noch: Er machte sich in einer Weise zum Anwalt der deutschen Interessen, für die ihm Respekt und Dank gebühren. Dazu gehörte die Selbstverständlichkeit, mit der er ein Tabu brach und öffentlich für den Abbau der Mauer eintrat, die er „Überbleibsel des kalten Krieges" nannte. Dazu zählt aber auch das entschiedene Plädoyer für eine positive Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen als Beitrag zur Förderung des Friedens und der Sicherheit in Europa.

### NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

**Zu der Neubesetzung sämtlicher CDU-Posten im Saarland schreibt die Schweizer Zeitung:**

Das jüngste Revirement in der Regierung dürfte auch dazu dienen, der CDU mit neuen Figuren im Kabinett *ein dynamischeres Profil zu verschaffen.* Innenminister Scherer wird zugetraut, der Mannschaft mehr Bürgernähe zu verschaffen, während Berthold Budell, der auch schon als „CDU-Grüner" bezeichnet worden ist, verstärkt ökologische Standpunkte berücksichtigen soll. . . Die Frage ist immerhin berechtigt, ob die Kabinettserneuerung nur acht Monate vor den Landtagswahlen nicht zu spät kommt.

### The Daily Telegraph

**Die Zeitung aus London kommentiert die Aussichten auf neue Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion:**

Trotz des Getöses, von der Propaganda und der Rhetorik und den Beleidigungen ganz abgesehen, sieht es immer mehr so aus, als ob sich die Sowjets in Richtung auf seriöse Gespräche mit den Vereinigten Staaten über die Kontrolle der Weltraumwaffen zubewegen. Präsident Tschernenko ... drängte prahlerisch auf die Verhandlungen. Er sah fast ein wenig närrisch aus, als er dann Washingtons prompte Zustimmung zurückwies, sich im September in Wien an einen Tisch zu setzen. Nachdem sich der Kreml auf eine seltsame Art des Schneidens ins eigene Fleisch einließ, gab es noch keinen endgültigen Entschluß, Washingtons „Ja" als Antwort zu betrachten, und man fordert, daß es keine (amerikanischen) Vorbedingungen für die Gespräche geben dürfe. Aber die Tür bleibt offen.

### Die Presse

**Das Wiener Blatt befaßt sich mit den bevorstehenden Wahlen in Israel:**

Die Wahlen in Israel finden zwar erst in zwei Wochen statt, die Meinungsforscher sagen der oppositionellen Arbeiterpartei aber schon jetzt den Sieg voraus. Wie stark solche Umfrageergebnisse auch den regierenden Likud-Block beeindruckt haben, *zeigte Regierungschef Jitzhak* Schamir in der jüngsten TV-Diskussion, in der er der Opposition eine große Koalition vorschlug. Doch nun hat die Arbeiterpartei Oberwasser und will allein ans Ruder.

# Kohl in Lateinamerika: Eine Reise in eine andere Welt

**Zur Abwechslung einmal lauter Anerkennung und positive Schlagzeilen / Von Werner Thomas**

Diese Reise war längst fällig gewesen. Zum ersten Mal besuchte ein Bundeskanzler zwei Schlüsselnationen Lateinamerikas, Argentinien und Mexiko. In beiden Hauptstädten wurde die Frage gestellt, weshalb ein Bonner Regierungschef erst jetzt seine Aufwartung macht. Es gibt nicht viele Nationen der Welt, in denen sich die Deutschen einer ähnlichen Wertschätzung erfreuen. Helmut Kohl konnte das schnell erfahren. Dem Kanzler hat diese Tour gutgetan, trotz aller Strapazen. Fern von den *politischen Turbulenzen Bonns* durfte er zur Abwechslung einmal nur Anerkennung und positive Schlagzeilen ernten. Er wurde als eine der wichtigsten Persönlichkeiten der westlichen Welt gewürdigt und versuchte, der ihm zugeschriebenen Rolle gerecht zu werden. Kohl strahlte Autorität und Selbstbewußtsein aus. Er verteilte vorsichtige Kritik (in Argentinien, wo die Alfonsin-Regierung auf die Stabilisierungsauflagen des Internationalen Währungsfonds noch renitent reagiert) oder auch Lob (in Mexiko, dem Musterschüler der Banken, der sich bereitwillig einer bitteren Austeritätskur unterzog). *De la Madrid versicherte gegenüber dem Bundeskanzler:* „Wir lateinamerikanischen Länder wollen uns unserer Verantwortung nicht entziehen." Trotz der erneut gestiegenen Zinssätze sei es noch Zeit, zu verhandeln und einen „konstruktiven Dialog" zwischen Gläubigern und Schuldnern zu führen. Während eines offiziellen Essens, das der Präsaident für Kohl gab, sagte der Bundeskanzler, beide Länder träten weltweit wie in ihren Regionen dafür ein, Stabilität und Zusammenarbeit zu schaffen. Für Mexiko und die Bundesrepublik sei Außenpolitik aktive Friedenspolitik. „Für uns ist aktive Friedenspolitik politische Notwendigkeit, Klugheit und sittliche Pflicht zugleich", sagte der Bundeskanzler. Die Reise veranlaßte Kohl zu der Entscheidung, sich in Zukunft intensiver als bisher um Lateinamerika zu kümmern. Dieser Subkontinent stehe Deutschland näher als andere Regionen der Dritten Welt, argumentierte er. Bei *seinem Meinungsaustausch mit* dem argentinischen und mexikanischen Präsidenten, Raul Alfonsin und Miguel de la Madrid, lernte er die speziellen Sorgen dieser Männer kennen, die Schuldenlasten, die Inflation, den sozialen Druck. Er zeigte sich beeindruckt. Er will diese Probleme nicht vergessen, auch dann nicht, wenn seine Gesprächspartner die Vertreter der westlichen Wohlstandsnationen sind.

Die Frage ist freilich, ob diese Erinnerungen nicht bald von dem Bonner Alltag verdrängt werden, der die Dritte Welt wieder in weite Ferne rückt. Zwischen Mexico City – der letzten Reisestation – und Bonn klafft eine Kluft, die nicht tiefer sein könnte. Keine andere Metropole Lateinamerikas vermittelt ähnliche Alptraumvorstellungen wie diese.

Die Stadt zählt heute 17 Millionen Menschen. Sie wird vermutlich um die Jahrhundertwende 30 bis 35 Millionen Menschen haben – wenn man dann in einer solchen Umgebung noch leben kann. Schon jetzt herrscht ein katastrophales Verkehrschaos. Die verpestete Luft reduziert die Sichtverhältnisse manchmal auf wenige hundert Meter. Die Fahrt zur Volkswagen-Metropole Puebla führt durch das wohl größte Slumviertel Lateinamerikas, Netzahualcoyotl. Hier hausen zwischen drei und vier Millionen Mexikaner in schäbigen Holz- und Blechbaracken ohne Kanalisation und asphaltierte Straßen. Die meisten Einwohner haben keine regelmäßige Arbeit. Tausende wühlen täglich auf Müllhalden nach noch verwertbarem Unrat.

Dem Bundeskanzler wurde dieser Anblick erspart. Er ist am Dienstag beim Besuch der VW-Werke im Hubschrauber über dieses monumentale Monument menschlichen Elends hinweggeflogen.

Mexico City symbolisiert die apokalyptische Lawine der Dritten Welt, die – unvorstellbar für Westeuropäer, die diese Region nicht oder nur flüchtig kennen – nur noch aufzuhalten ist, wenn ein Wunder geschieht. Das Wunder: wenn die Nationen der nördlichen und südlichen Halbkugel gemeinsame Initiativen zur Lösung dieser gewaltigen Probleme unternehmen, ohne Rücksichtnahme auf ideologische oder egoistische Gesichtspunkte.

Helmut Kohl hat Netzahualcoyotl nicht gesehen. Er konnte aber in den letzten sieben Tagen einen Einblick in eine andere Welt gewinnen, eine Welt, in der Menschen nicht um eine verkürzte Arbeitszeit, sondern ums tägliche Überleben kämpfen.

# Biotechnik, eine Chance – die verspielt wird?

**Biotechnologie ist ein ertragreiches Forschungsgebiet der Gegenwart und Zukunft. In den USA, vor allem aber in Japan ist man sich dessen voll bewußt. Hierzulande sieht es jedoch so aus, daß maßgebliche Stellen nicht einmal wissen, wie leistungsfähig die deutschen Forscher sind.**

Von DIETER THIERBACH

Wir sind die ersten in der Welt, die ein gentechnologisch produziertes Enzym mit dem Namen Penicillin-Acylase zur Anwendung in der Antibiotika-Synthese geschaffen, lizensiert und technisch genutzt haben."

Joachim Klein, Professor an der Technischen Universität Braunschweig und Wissenschaftlicher Direktor der 350köpfigen Gesellschaft für Biotechnologische Forschung (GBF), kann sich das auf die Fahnen seines Instituts schreiben. Nach einem Stakkato von Mißklängen bläst er *jetzt ins andere Horn. Denn* seiner Meinung nach ist die Bundesrepublik sehr wohl dabei, auf biotechnologischem Gebiet gegenüber den weltweiten Konkurrenten aufzuholen. Eine Aufholjagd im Schneckentempo? Der Experte formuliert vorsichtig: „Die Biotechnologie in Europa – unter Einbeziehung der BRD – leistet im Vergleich zu Japan und den USA gleichwertige Beiträge zur Entwicklung dieses Forschungszweiges."

Industrie, Landwirtschaft und Gesundheitswesen profitieren von den neuen Produkten. Medikamente, Lebensmittelzusätze und Chemikalien erhalten neue Eigenschaften, von *Schädlingsbefall freie Pflanzen* lassen sich konstruieren und toxischer Abfall beseitigen.

Joachim Klein nennt aus dem Handgelenk weitere Beispiele, „wo wir beweisen können, das wir hier tatsächlich an der Spitze stehen und uns weltweit sehen lassen können. Bereiche, die, wenn man so will, jetzt schon klassische, 'alte' Biotechnologie, die Mikrobiologie und den technischen Einsatz von Enzymen, letzten Endes mit den modernen Aspekten der 'neuen' *Biotechnologie*, nämlich der Gentechnik verbinden".

## Deutsche Wissenschaft exportiert Know-how

Da ist zum einen die Gewinnung von neuen Enzymen zur Anwendung in der Synthese von Aminosäuren: „Industriekooperationen und Arbeiten der Kernforschungsanstalt in Jü*lich sind hier eingeschlossen."*

Ein drittes Gebiet, das weltweit en vogue ist, trägt Früchte in der Zusammenarbeit der Braunschweiger mit der Firma „Bioferon" im schwäbischen Laupheim, eine der ganz wenigen Perlen der deutschen Biobranche auf dem Gebiet der Produktion von beta-Interferon mit Hilfe genetisch modifizierter Zellen.

Die 50köpfige Mannschaft in Laupheim hatte im März 1983 Grund zum Feiern: Ihr Interferonpräparat mit dem Markennamen „Fiblaferon" dürfte nach einer Mitteilung des Berliner Bundesgesundheitsamtes ab sofort in der Bundesrepublik verkauft werden. Haupteinsatzgebiet ist die lebensbedrohende Gürtelrose (herpes zoster); *es besteht weiterhin die Hoffnung*, Substanzen zu schaffen, die gegen Viruskrankheiten und einige Krebsarten einsetzbar sind.

Professor Klein ist der Meinung, daß es in der Bundesrepublik zwar noch Teilbereiche dieses zukunftsträchtigen Forschungszweiges mit Nachholbedarf gebe, auf anderen Gebieten hätte deutsche Wissenschaft und Wirtschaft aber schon damit begonnen, ihre Erkenntnisse und Produkte zu exportieren.

Der deutschen Industrie indes stellen Experten bei der Initiative der Schlüsseltechnolgie der Zukunft noch immer ein denkbar schlechtes *Zeugnis aus. Hauptvorwurf:* Sie habe das neue Forschungsgebiet überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Seit den 20er Jahren sei auf chemischem und pharmazeutischem Sektor so irrsinnig viel verdient worden, daß man sich gar nicht aus der Ruhe bringen lasse und glaube, es müsse auch künftig mit den traditionellen Methoden weiter so gut laufen.

## Nur zögernd werden Hemmschuhe abgelegt

Unkoordinierte Forschungsmaßnahmen und mangelnder Technologietransfer sind ein Paar Hemmschuhe, die man nur zögernd abzulegen versucht. Niemand hat den Mut, gleich auf Siebenmeilenstiefel umzusteigen. Die Amerikaner haben nach einem jetzt vorgelegten Bericht des Kongreßamtes für Technologiebewertung Angst, daß Ihnen die japani*schen Kollegen* den Rang ablaufen. Sie fordern – was Wunder – eine stärkere Forschungsförderung. Expertin Nanette Newell dazu: „Europa ist im Rückstand, weil die großen chemischen und pharmazeutischen Firmen gezögert haben für Biotechnologie zu investieren, unter anderem mit der Tendenz, die Bildung von Risikokapital und somit die Inangriffnahme risikoreicher Unternehmungen nicht zu fördern."

Dem Vorstandsmitglied eines deutschen *Pharma-Multis* wird die Äußerung nachgesagt, daß „man gar nicht weiß, was die da von der GBF in Braunschweig alles können." Ein anderer Manager erkennt hingegen deutlich, daß „es heute ein Risiko ist, nicht in diesem Geschäft zu sein". Beim Hick-hack ohne die notwendigen Entscheidungen beißen junge kreative Firmenneugründer bei Banken auf Granit, wenn sie Startkapital suchen. Insiderspruch: „Wenn bisher kaum jemand Gentechnolgie macht, dann kann das doch nicht wirtschaftlich sein."

Die japanische Regierung hat die Biotechnologie längst zu einer Schlüsselrolle der Zukunft deklariert. Hier mahlen die Mühlen der Bürokratie schneller, ja, sie arten gleichsam in hektische Aktivität aus. Nippons Obere pushen die kommerzielle Entwicklung und koordinieren die Zusammenarbeit von Vertretern der Industrie, der Universitäten und der Regierung; alles das, was in Europa noch in den viel zu kleinen Kinderschuhen steckt. Neue Schuhgrößen sind gefragt, aber nicht verfügbar.



Mit der Peterstraße setzte Alfred Toepfer (rechts) „dem alten Hamburg, seinen Bauherren und Handwerkern" ein Denkmal
FOTOS: CHRISTA KUJATH/DIE WELT

# Blumenpflanzen, ein Lebenswerk

**Das Wort „Mäzen" will er nicht hören. Nennen wir ihn also einen der größten Stifter in der Bundesrepublik: Der Hamburger Kaufmann Alfred Toepfer wird 90.**

Von DANKWART GURATZSCH

In der Peterstraße in Hamburg, vor den schönen barocken Bürgerhäusern aus rotem Backstein, bückt sich ein alter Herr nach einem Blatt Papier. Er sieht wie siebzig aus, und man möchte ihm helfen. Aber er ist schneller. Er nimmt das Papier und bückt sich noch zwei-, dreimal, hebt da eine Zigarettenschachtel und dort einen Drahtbügel auf. Dann wirft er alles in einen Abfallkorb.

*Fragt man ihn geradeheraus, dann* kommt es eher knurrig zurück: „Ich fühle mich eigentlich nicht als Weltverbesserer. Sondern ich lebe so, wie ich glaube, es vor meinem Gewissen verantworten zu können." Das bekommt erst Sinn, wenn man weiß, daß der kleine Herr mit den silberweißen Haaren die roten Häuser mit Millionenaufwand selbst hat bauen lassen, um „dem alten Hamburg, seinen Bauherren und Handwerkern ein Denkmal zu setzen". Und mit Millionenspenden hat er auch die Erhaltung von Bauernhöfen, Bürgerhäusern und Schlössern in ganz Europa unterstützt. Warum?

Der alte Herr spricht von dem „Erbe der europäischen Kulturgemeinschaft", von dem „Gefühl, einer größeren Völkerfamilie" anzugehören. Es ist ihm schon vor dem Ersten Weltkrieg bewußt geworden, 1913, als er mit der Wandervogelbewegung auf den Hohen Meißner zog und die Gelübde der Jugendbewegung tat. Dazu gehörte auch die Verehrung der alten Baukultur, der Schutz der Natur. Ein früher Grüner?

Er wehrt ab: „Beim Wandervogel wurde überall auf Zucht und Ordnung gehalten, bei aller Freiheit, die wir anstrebten." Zucht? Das heißt für ihn nicht, „daß man wie ein Soldat drahtig gehen soll, sondern daß man immer bereit ist zu helfen, zu dienen". Ordnung? „Wenn ich den Grünen sagen sollte, was gäbe es für Aufgaben: Sorgt mal dafür, daß die Natur und die Stadt frei sind von Abfällen. Da hättet ihr längst – sei es auch nur als Vorbild oder Ansporn – Gruppen organisieren müssen, um das in Ordnung zu bringen, und euch freiwillig bereit erklären müssen, auch mit Ar*beitslosen, Blumen zu pflanzen, wo* immer möglich in den Städten und Anlagen."

Das ist keine Rechthaberei, denn der Mann lebt selbst nach dieser Devise. Blumenpflanzen, im übertragenen Sinne, das ist das erstaunliche Lebenswerk des alten Herrn, der morgen 90 wird. Er heißt Alfred Toepfer, geboren in Altona, Sohn eines Kaufmanns im Konditor-Bedarfsartikeln und einer Bauerntochter aus der Lüneburger Heide, Kriegsfreiwilliger im Ersten und im Zweiten Weltkrieg, Freiwilliger im Landesjägerkorps 1919, angefangen als Kaufmann in Getreide mit Ersparnissen von *10 000 Mark und einem „Personal"* von zwei Gefreiten und zwei Offizieren. Verhaftet und eingekerkert – erst im Dritten Reich und dann von den Engländern. Heute ist er in ganz Europa bekannt. Politiker, Wissenschaftler, Künstler, Industrielle nennen seinen Namen mit Bewunderung. Die Universität Kiel hat ihm den Ehrendoktor verliehen. Das Bundesverdienstkreuz hat er ausgeschlagen. „Aus hansischer Einstellung", sagt er in der für ihn typischen, leisen, knappen, kargen Sprache.

Er könnte einer der reichsten Männer Deutschlands, vielleicht Europas sein. Aber er ist es nicht, und er wird seinen sechs Kindern nichts vererben. „Es ist nicht gut", hatte ihm sein Vater in der Jugend gesagt und sich auch dran gehalten, „daß man den Kindern etwas vererbt. Das verführt die Kinder nur dazu, schlaff zu werden. Jeder muß selber wieder von vorne anfangen und das Bestmögliche aus sich machen".

Toepfer ist Unternehmer (immer noch), aber das hat ihn nicht berühmt gemacht, auch wenn er aus seinem kleinen Heu- und Strohhandel die größte Getreidehandelsfirma Deutschlands mit einer eigenen Handelsflotte von 100 000 Tonnen Ladefähigkeit, mit Futtermittelwerken und anderen Unternehmen schuf. Mit diesem Imperium war er vielfacher Umsatzmilliardär – aber er hat daraus für sich kein Kapital geschlagen. Die Erträge seines Unternehmens ließ Toepfer, der sich selbst einen „Dickkopf" nennt, in eine Stiftung fließen, später das ganze Firmenvermögen. Diebe wollten es nicht glauben. Siebenmal sind sie in sein Haus eingebrochen, als letztes ließen sie einen *einfachen* Kacheltisch mitgehen. Wertvolleres war nicht mehr zu holen.

Er lebt spartanisch und nennt es „anspruchsvoll gegen mich selbst". Früh, mittags und abends eine Scheibe Schwarzbrot und morgens noch den Haferflockenbrei – mehr nimmt der rüstige Neunziger nicht zu sich, wenn er selbst bestimmen kann – keinen Alkohol, nichts zu rauchen. Er versucht jeden Tag fünf Kilometer zu laufen, am Wochenende zwanzig, wenn es Gastgeber und Umstände erlauben. Denn Toepfer muß für seine Stiftungen ständig reisen, in der Woche vor seinem Geburtstag zwischen Straßburg, Madrid und Leningrad. *Für den Mittagsschlaf* braucht er zwanzig Minuten.

Heute ist er einer der größten Stifter der Bundesrepublik. Die Stiftung F. V. S. in Hamburg, Kürzel für Friedrich von Schiller, „den Dichter der Freiheit und der europäischen Dramen", wie Toepfer sagt, und zugleich für den Freiherrn vom Stein, den „deutschen Sozialreformer ersten Ranges und Staatsmann der Befreiungskriege", und die Johann-Wolfgang-von-Goethe-Stiftung in Basel vergeben Auszeichnungen für „überragende geistige und humanitäre Leistungen", für die Förderung des Europagedankens, für Staatskunst, *für Kulturleistungen*, Städtebau, für Land- und Forstwirtschaft. Aber weder eine der Stiftungen noch ein einziger von den Preisen trägt Toepfers Namen. Es amüsierte den heimlichen Wohltäter in Hamburg, als vor dem Zweiten Weltkrieg manche meinten, das Geld käme von Blohm & Voss. Und auch heute wissen nur wenige, daß Alfred Toepfers Stiftungen für Preise, Stipendien und Medaillen im Jahresdurchschnitt weitaus höhere Summen aufgewandt haben als selbst die Nobel-Stiftung: mehr als 30 Millionen Mark.

Als ihm vor wenigen Tagen der Generalsekretär des Europarates, Karasek, die *Medaille* „Pro Merito" verlieh, dankte er ihm für sein „jahrzehntelanges großmütiges Wirken, für seine Initiativen im Dienste der europäischen Einigung *und* der Verständigung der Völker". Toepfer hatte schon 1935 Kulturpreise für Engländer, Skandinavier und Niederländer ausgesetzt, nach dem Krieg kamen Preise für den romanischen Sprachraum und für sämtliche Ostblockländer *hinzu*.

Das Wort „Mäzen" will er nicht hören. „Da stelle ich mir einen Herren in barocker Haltung vor, der aus seiner großen Brieftasche mal einen Brokken herausrückt, um ein wohlgefälliges Werk zu tun." Er will nur seinem Gewissen, der Kant'schen Philosophie und der christlichen Ethik gefolgt sein.

Die Stiftungen sind nur ein Sektor der weitgespannten gemeinnützigen Tätigkeiten des kleinen Mannes. Er hat Jugendherbergen gebaut und finanziert noch heute Jugendtagungen und -reisen. Er ist mit seinen Initiativen einer der großen Anreger und *Förderer des Europäischen Denkmal*schutzjahres 1975 geworden.

Daneben hat er noch ein weiteres heimliches „Imperium" geschaffen, das heute schon zwanzig Prozent der Fläche der Bundesrepublik umfaßt: Das Netz der Naturparke. Keimzelle war die gefährdete Lüneburger Heide. Dort gab es den einzigen und ersten „Verein Naturschutzpark" – aber er kränkelte. Bis dem Getreidehändler aus Hamburg 1953 der Vorsitz aufgedrängt wurde.

Heute gilt Toepfer als „Retter der Heide", die er das „Rückzugsgebiet einer riesigen prähistorischen Landschaft" nennt. Längst hätten Wald und *Ackerbau das urtümliche Land* mit seinen graugrünen Erikateppichen und den einzeln stehenden, düster-melancholischen Wacholdern verschlungen. Toepfers Forstkolonnen drängten den Wald und die in Armeenstärke vorrückenden Birken zurück, schufen Feuchtgebiete, legten befestigte Wege an und grenzten sie mit Holzbarrieren gegen das Heideland ab. Weite Gebiete wurden für jeden Autoverkehr gesperrt. Der Erfolg war verblüffend und sprach jeder vordergründigen Logik hohn: Statt 50 000 Besucher 1953 kommen nun Jahr für Jahr bis zu fünf Millionen in die Heide.

*Fragt man nach seinen Vorbildern*, so nennt er den Vater, die Jugendbewegung und „großartige Erzieher". Sein letzter Lehrer habe ihm ins Stammbuch geschrieben: „Wem viel gegeben ist, von dem wird viel gefordert." Der Neunzigjährige sagts – und lacht in sich hinein.

# „Brauche ich jetzt einen Ausweis?"

Von H. R. KARUTZ

Für knapp zwölf Stunden widmete sich Hans-Dietrich Genscher nach jahrelanger Abstinenz wieder einmal seinen kritischen Berliner Parteifreunden. Zugleich frischte er seine Eindrücke von deutsch-deutscher Wirklichkeit auf – auf dem Grenzbahnhof Friedrichstraße, unter Ost-Berlins Pflaster, sprach er mit „DDR"-Bürgern.

Der Gast aus Bonn – letztmals wenig glücklich im Wahlkampf 1981 für die Liberalen in Berlin unterwegs – entpuppte sich als der gelassenste Genscher, den es je gab: Gebräunt und, wie immer, für alles gewappnet, parlierte er mit den einheimischen „Jung-Türken" der Liberalen, die ihn noch am Montag im Bundesvorstand drängen wollten, seine Vorsitzenden-Papiere schon im Oktober in der *FDP*-Geschäftsstelle abzugeben.

Genscher spielte klugerweise seinen Triumph angesichts der sensiblen Berliner FDP-Verhältnisse nicht aus. Nur die Blässe von Landeschef Walter Rasch, einem der Wortführer der jungen Garde, konnte die Enttäuschung über die neue Lage nicht verbergen. „Aber als gute Demokraten respektieren wir natürlich Mehrheitsentscheidungen und verfallen nicht in Gram", bekräftigte Rasch.

Der Gast genoß es auf der Sonnenterrasse eines Hotels am lieblichen Lietzensee, der weitaus Ausgelassenste in einer noch immer beklommen wirkenden FDP zu sein: „Wir brauchen eine fröhliche Partei", gab Genscher als Parole aus. Selbstverständlich bleibe er bis 1987 Außenminister. Was ihn darin so sicher mache? „Weil ich die Absicht habe, es zu bleiben", konterte Genscher kühl.

Der Aufdruck auf Genschers Krawatte ließ in dieser Hinsicht einige Allegorien zu: Die vier „Bremer Stadtmusikanten" schmückten das weinrote Stück. Im Märchen der Gebrüder Grimm läßt sich zutreffende Passage zum Verhältnis Genscher/Partei nachlesen: „Da dachte der Herr daran, ihn aus dem Futter zu schaffen..."

Vor der Presse gab Genscher zu verstehen, daß Erich Honeckers Einschätzung über den Themenkatalog seines geplanten Treffens mit Helmut Kohl zutreffend sei: „Die beiden deutschen Staaten spielen bei der Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses eine besondere Rolle." Rüstungskontrolle stehe auf der Agenda. In milder Anspielung auf allzu redselige Unions-Kreise warnte er davor, die laufenden Gespräche mit der Ostberliner Führung zu „zerreden". Außerdem müßten diese Unterredungen, bei denen Ost-Berlin „positiv" reagiere, vom eigentlichen Besuch getrennt betrachtet werden.

## Ein wenig Verdruß über Ertls Kritik

Auch seine Partei bekam noch einmal Schelte: „Mir ist in letzter Zeit ein bißchen zuviel über Termine geredet worden. *Das* erspart die geistigen Anstrengungen, die auf unsere neue Programmatik gerichtet sein müßten."

Bonner Ärger blieb Genscher aber auch hier in der FDP-Diaspora von 5,6 Prozent nicht erspart: „Der Kollege Ertl steht mit seiner Meinung sehr isoliert da", unterdrückte der Parteichef nur mühsam seinen Verdruß über die Kritik seines langjährigen Weggefährten an Bangemann, der sich anschickt, neuer FDP-Chef zu werden.

Der AA-Chef fuhr nachmittags, mitten im Berufsverkehr-Gewimmel, mit Dienst-Fahrscheinnummer 020 691 regelrecht die deutsche Wirklichkeit in Berlin ab: mit der S-Bahn. Auf dem Bahnsteig der unansehnlichen City-Haltestelle „Zoo" ergaben sich zwischen dem Hallenser und Ost-Berlinern die ersten Kontakte: „Wolln'se mal rüberkommen und übern Zaun kieken?" rief ihm eine Rentnerin aus dem Osten aus einem anfahrenden Zug zu. Täglich kom*men rund 6000 „DDR"*-Senioren auf einen Kurfürstendamm-Bummel oder eine Tasse Kaffee im KaDeWe herüber in den Westen. Genscher erinnerte an jene Zeiten, als er noch als Jura-Student in Halle wohnte: „Wir fuhren mit der S-Bahn nach West-Berlin, und ich kam hier 1952 am Anhalter Bahnhof an." Einer von Millionen, mit nichts als Hoffnung im Gepäck.

Der Minister benutzte bei der kurzen Reise nach Ost-Berlin nicht das Dienstabteil, sondern „standesgemäß" den Führerstand. Vor dem Schienenweg in den Sozialismus – auf dem Grenzbahnhof Friedrichstraße steigen die Passagiere um und rollen weiter in Richtung West-Berlin – durchfuhr ihn jedoch ein Schrecken: „Brauche ich jetzt einen Ausweis? Ich hab' keinen bei!" Nein, das Dokument war überflüssig.

Nur wenige Meter von „DDR"-Polizisten entfernt, die an Kontrolltüren stehen, begab sich Genscher ins unterirdische Bahnhofsgewölbe unter dem Pflaster Ost-Berlins. „Nein, das darf doch nicht wahr sein!" stürzte ein Rentner strahlend auf ihn zu. Genscher ist eben überall. Selbst zum deutsch-deutschen Händeschütteln im Niemandsland.

# Die Revision der Revision – von Luther fort, zu Luther hin

**Die Aufgabe glich fast der der Quadratur des Kreises. Doch jetzt ist die Arbeit geschafft: die Revision der Luther-Übersetzung des Neuen Testaments, in der Fachsprache „Neues Testament '84".**

Von HENK OHNESORGE

Im Bibelhaus in Stuttgart-Möhringen wurde in diesen Tagen das Ergebnis langwieriger Bemühungen vorgestellt, ein Text, der nach Meinung des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Neutestamentlers Landesbischof Eduard Lohse eine „mittlere Linie zwischen Verständlichkeit und dem Erbe Luthers hält". Er soll bald „zum maßgeblichen Text der evangelischen Kirche" in der Bundesrepublik und der „DDR" werden, wenn die Landeskirchen zustimmen (woran kaum ein Zweifel besteht).

Die Treue gegenüber der Sprache des Reformators zu wahren und dennoch verständlich für den modernen Menschen zu sein, war die Vorgabe gewesen. Mit ihr hatte man – Neutestamentler, Germanisten und andere Sachkundige – sich schon einmal an's Werk gemacht und das „Neue Testament '75" als Ergebnis präsentiert. Die Reaktion darauf war anders, als die Bearbeiter erhofft hatten.

Als 1976 die neue Version der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Braunschweiger Dom vorgestellt wurde, da lautete etwa der 15. Vers im 5. Kapitel des Evangeliums nach Matthäus: „Man zündet auch nicht ein Licht an und setzt es unter einen Eimer, sondern auf einen Leuchter; dann leuchtet es für das ganze Haus." Aus dem Scheffel war ein Eimer geworden.

*Bei näherem Hinsehen* stellte sich heraus, daß das gesamte Neue Testament der Lutherbibel in einer Weise modernisiert worden war, die von der Sprachkraft Luthers so gut wie nichts mehr übrig ließ, zugunsten eines flachen Umgangsdeutsch.

Der Aufschrei der empörten Kritik von links bis rechts konnte nur diejenigen erstaunen, die in der Bibel „den am wenigsten gelesenen Bestseller" sehen. Der Tübinger Rhetoriker Walter Jens, der sich selbst an Bibelübersetzung versucht hat, sprach zuerst – wortgewaltig wie immer – von „Mord an Luther". Seine spätere ausführliche, etwas mildere Begründung: „Das ist ein respektables Buch, eingängig und stellenweise gut lesbar, ein wenig umständlich bisweilen, stilitisch uneinheitlich... Ein Buch von Luther aber ist es nicht. Der Rede-Text mitsamt seinem Lutherschen Cursus, dem Lauf und Auslauf der Sätze, ist zur Lese-Prosa geworden: Da gibt es kein Stocken, keine Aufschwünge, Ruhepausen und Schreie, da klingt alles gleich – glatt und langweilig."

Der pietistische schwäbische Dekan Kurt Hennig, in seiner Art nicht weniger sprachgewaltig, sah in seiner umfangreichen Ablehnungsbegründung neben sprachlichen auch seelsorgerliche Gründe: „Ganz besonders aber bedeutet die Nachrevision eine blanke Katastrophe für die Einprägsamkeit, für Memorieren, für die Vertrautheit mit dem Text. Wenn man Sterbenden keine altvertrauten Bibelverse mehr zusprechen kann und wenn in einer Familie nicht drei Generationen gemeinsam den 23. Psalm beten können – 'Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln' – dann ist das Ende des Umgangs mit der Bibel gekommen. Denn die Bibel wurde nur dort ein Lesebuch, wo sie zuvor ein Einprägbuch wurde. Darum ist die Nachrevision ein Schlag gegen die Seelsorge." Die Landeskirchen von Kurhessen-Waldede und Württemberg lehnten die Einführung des „Neuen Testaments '75" ab.

Der Bischof der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), Gerhard Rost, meinte, dies sei lediglich eine Neuübersetzung in Anlehung an Martin Luther in „gehobenem Zeitungsdeutsch", aber „keine Lutherbibel mehr".

Doch auch diejenigen, die in „gehobenem Zeitungsdeutsch" schreiben, die Journalisten, wurden – soweit sie sich mit der Bibel befaßen – bösartig, grantig und ironisch gegenüber der Version „Neues Testament '75". Sie verwiesen darauf, daß die Bilder Luthers – etwa das Licht, das man nicht unter den Scheffel stellen soll – längst zu Sprichwörtern geworden sind.

Sie verglichen die noch in der Version von 1956 so auftauchende, oft bei Trauungen verwendete Stelle bei Matthäus 19, 5,6: „Darum wird ein Mensch Vater und Mutter verlassen und an seinem Weibe hangen und werden die beiden ein Fleisch sein. So sind sie nun nicht mehr zwei, sondern ein Fleisch" mit dem im Vergleich dazu unverbindlich-griffigen Text der Neufassung: „Darum wird ein Mann Vater und Mutter verlassen und sich an seine Frau binden, und die beiden werden ein Leib sein. So sind sie nicht mehr zwei einzelne, sondern ein Ganzes." Dabei mokierten sie sich, daß – im Zeichen der Emanzipation? – „Weib" überall, so auch hier, zu „Frau", „Fleisch" zu „Mensch" geworden war.

Im Verlauf der Auseinandersetzung, deren Lautstärke nach und nach anschwoll, beschloß der Rat der EKD 1977 zahlreiche Wiederherstellungen des früheren Wortbestands, der früheren Wortstellung, stilistische Verbesserungen und konsequentere Anwendungen der Revisionsgrundsätze. Und auf der EKD-Synode 1981 im schwäbischen Fellbach, auf welcher die *Diskussion um die Revision* großen Raum einnahm, beschloß man eine Revision der Revision.

Zuvor hatte in Fellbach der Wolfenbütteler Germanist Walter Killy eine ebenso kluge wie zu Herzen gehende Rede gehalten, in welcher Luthers Sprache mit einer Brunnenstube verglichen und darauf hingewiesen worden war, wie wichtig Kontinuität und sprachliche Einheitlichkeit des von Luther gestalteten Bibeltextes seien: „Es ist nicht gleichgültig, daß es für mich der gleiche Wortlaut ist wie für einen anderen Hilfsbedürftigen vor hundert Jahren oder vor dreihundert, den ich nicht kenne und mit dem ich mich jetzt verbunden weiß durch das Wort." Mit dem Verlust altüberlieferter Bilder, so warnte Walter Killy, gehe „ein Verlust an Wirklichekit und Sprache für das ganze Volk einher."

Jetzt, im Nachhinein, wirkt fast unglaublich, welche Lobby aus ganz verschiedenen Kreisen sich für die Erhaltung der Bibel in der Sprache Luthers zusammenfand – und letztlich sich durchsetzte.

Gewiß: Luthers Originaltext aus dem Jahre 1514 in der Sprache „aus unseres Fürsten Kanzley", welche entscheidend zur Bildung unserer heutigen Hochsprache beigetragen hat, ist nur noch einigen wenigen Germanisten verständlich. Man hat ihn immer wieder revidiert (auch Luther tat dies schon), zuletzt 1892 und 1913. Seit 1900 sind rund 50 Bibelübersetzungen auf den Markt gekommen. Etwa 15 Versionen sind derzeit erhältlich, dazu noch einmal soviel des Neues Testaments.

Ein Buch wird nur dann gelesen, wenn es verstanden wird. Denjenigen aber, welche häufigen Anpassungen *an die jeweilige Umgangssprache das* Wort redeten, hielt der – inzwischen gestorbene – Journalist Heinz Beckmann das karikierte Beispiel einer „Wegwerfbibel" in Umgangssprache am Beispiel des Weihnachtsevangeliums vor. Wo es bei Luther heißt: „Und da die Engel von ihnen gen Himmel fuhren, sprachen die Hirten untereinander: *Laßt* uns nun *gehen* nach Bethlehem und die Geschichte sehen, die da geschehen ist und uns der Herr kundgetan hat", da müßte, so Beckmann, es auf neudeutsch zum Verständnis auch der Jugend dann heißen: „Okay, trampen wir nach Bethlehem: Mal sehen, ob die Sache in Ordnung geht mit dem Song von den Typen da am Himmel..."

Für die Kirchen der Reformation ist die Bibel, das Wort Gottes, das Kernstück ihres Glaubens. Wem die Luther-Übertragung zu mühsam scheint, für den gibt es zahlreiche, mehr oder weniger gute Versionen in modernem Wortlaut. In der Kirche, beim liturgischen Gebrauch aber gilt jetzt weiterhin das Wort Gottes in der Spache und Diktion des Reformators, der 1528 in einem Lied auf den 46. Psalm geschrieben hatte: „Das Wort sie sollen lassen stahn und kein Dank dazu haben..."



Biblia/das ist/ die gantze Heilige Schrifft Deudsch.
Mart. Luth.
Wittemberg.
Begnadet mit Kür fürstlicher zu Sachsen freiheit.
M. D. XXXIIII.

Titel der Bibelübersetzung Martin Luthers aus dem Jahre 1534
FOTO: BPI

## Mitterrand ruft auf zu großer Nahostkonferenz

A. Graf Kageneck, **Paris**

Präsident Mitterrand ist voo seiner vierten offiziellen Nahostreise, die ihn diesmal nach Amman und Kairo führte, mit der Genugtuung zurückgekehrt, daß sowohl der jordanische König Hussein wie der ägyptische Präsident Hosni Moubarak seinen Plan für eine internationale Nahost-Friedenskonferenz unter der Ägide der UNO, auf der Basis des Sicherheitsratsbeschlusses 242 unter Einbeziehung der USA, der Sowjetunion und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ihre Unterstützung leihen.

Noch von Amman aus richtete der französische Staatschef vor Journalisteo eineo dringendeo Appell an die beiden Supermächte, den französisch-arabischen Vorschlag zu prüfen und ihren Einfluß für ein Zustandekommmen der Konferenz geltend zu machen. Nur „gegenseitige Sicherbeitsgarantien jeder Partei des Konfliktes" könnten hier noch weiterhelfen, sagte er.

Die Chancen für ein Zustandekommen der Konferenz erscheinen indes gering, solange die arabische Seite einen Abzug der Israelis aus Libanon zur Vorbedingung machen. Jedoch verhehlten Mitterrand und seine Gesprächspartner nicht die Hoffnung auf ein Einlenken Israels für den Fall, daß nach den Wahleo vom 23. Juli die Regierung wechselt.

## Polen läßt Rechtsanwalt frei

dpa, **Warschau**

Die polniscbe Staatsanwaltschaft hat die Freilassung des oppositionellen Rechtsanwalts Maciej Bednarkiewicz verfügt. Wie die amtliche Nachrichtenagentur PAP meldet, sei damit einer Bitte des Vorsitzenden des Anwaltsverbandes entsprochen worden, der sich für seinen Kollegen verbürgt habe.

Bednarkiewicz war im Januar verhaftet worden. Ihm wurde vorgeworfen, einem angeblichen Deserteur der Soodereinheiteo der Polizei (ZOMO) geholfen zu haben, sich zu verstekken. Außerdem soll er versucht haben, durch ihn falsche Aussagen gegen Polizisten in dem zur Zeit in Warschau laufenden Prozeß wegen des Todes des Abiturienten Grzegorz Przemyk zu erlangen. Bednarkiewicz war ursprünglich der Anwalt der Mutter Przemyks, Barbara Sadowska. Przemyk war im Mai vergangenen Jahres an den Folgen von Schlägen gestorben, nachdem er festgenommen worden war, weil er keinen Ausweis bei sich trug.

## KOR-Prozeß soll morgen beginnen

DW. **Warschau**

Morgen beginnt in Warschau voraussichtlich der Prozeß gegen die führendeo Mitglieder des Komitees fürgesellschaftlicbe Selbstverteidigung (KOR) Jacek Kuron, Adam Michnik, Henryk Wujec und Zbigniew Romaszewski. Obwohl sich die KOR-Mitglieder nur für schrittweise, gewaltlose Veränderungen in Polen eingesetzt haben, wirft ihnen die Anklageschrift vor, den gewaltsamen Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung und die Schwächung der Wehrkraft der Volksrepublik Polen angestrebt zu haben. Ihre Verteidiger sind Repressionen durch die polnischen Behörden ausgesetzt.

Drei der Angeklagteo befinden sich seit Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Haft. Der vierte – Zbigniew Romaszewski – wurde im August 1982 inhaftiert und wegen seiner Tätigkeit für Radio „Solidarnosc" zu 4 1/2 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

# Geht es um Menschlichkeit, bleibt der „heiße Draht" kalt

**Fallstudie von der Zonengrenze: BGS-Hilfe bei Suche nach ertrunkenem Kind nicht gefragt**

BERND HUMMEL, **Eschwege**

Die Sprachlosigkeit der „DDR"-Behörden in Richtung Bundesrepublik Deutschland über die 14 zwischen den beiden Staaten in Deutschland geschalteten Telefon-Standleitungen – bekannt aucb als „heiße Drähte" – ist um eine makabre Variante reicher. Seit dem 26. Mai wartet eine Familie aus der thüringiscben Ortschaft Unterbreitzbach auf Einzelheiten über das Schicksal ihres am gleicheo Tage im Grenzfluß Ulster ertrunkenen dreijährigen Sohnes. Sie könnte längst Gewißheit haben, wenn die „DDR"-Behörden von der Möglichkeit der telefonischen Informatioo des Nachbarstaates im Westen Gebrauch gemacht hätten.

Wieder einmal steht jener Anwendungskatalog zur Disposition, der seit dem 20. September 1973 aufgrund einer Vereinbarung zwischeo der „DDR" und der Bundesrepublik die Benutzung der ständigen Telefonverbindung zwischeo deo Grenzinformationspunkten – sie sind identisch mit den Grenzübergängen – regelt. Nacb ihm dürfen die Grenzbeamteo auf beiden Seiteo des „DDR"-Metallgitterzauns im Rahmen der „Schadensbekämpfung an der Grenze" bei zehn schriftlich fixierten Situationen zum Telefonhörer greifen und den jeweiligen Nachbarn alarmieren. Der Katalog reicht von Bränden im Grenzgebiet bis zu Strahlengefahren. Abgesehen von Warnungen durch Luftverunreinigung und einer damit verbundenen unmittelbaren Gefahr „für Menscben, Tiere und Pflanzen" kommt Humanitäres im Anwendungskatalog nicht vor. Bemühungen um die Erweiterung im Hinblick auf humanitäre Hilfe durch die Vertreter der Bundesrepublik in der gemeinsamen Grenzkommission stießen bei der „DDR" bislang auf strikte Ablehnung.

Die Eltern des dreijährigen Henri Alborn aus Unterbreitzbach in der „DDR" zählen zu den jüngsten Opfern einer Regelung, die Menschenwürde und Menschlichkeit nicht berücksichtigt. Ihre Geschichte wird zum Protokoll der Unmenschlichkeit an dieser Grenze.

26. Mai 1984: In der thüringischen Ortschaft Unterbreitzbach im Werra-Kalirevier stürzt der dreijährige *Henri Alborn in die Hochwasser führende* Ulster. Freunde des Jungen werden Zeugen des Unglücks und alarmieren die „DDR"-Grenztruppe. Sie leitet am gleicben Tag eine Nachsuche ein. Taucher und Schlauchboote werden eingesetzt. Die Nachsuche bringt an diesem Tag keinen Erfolg. Die Eltern des Kindes informieren telefonisch ihre Verwandten diesseits der „DDR"-Grenzsperren im hessischen Philippsthal. Originalton: „Unser Junge ist wahrscheinlich ertrunken. Die Kripo in Bad Salzungen ermittelt und hat die Information der Behörden im Westen zugesagt."

27. Mai 1984: Die Nachsuche auf „DDR"-Gebiet geht weiter. Der Bundesgrenzschutz auf hessischem Gebiet meldet die Aktion, kann jedoch nicht erkennen, welchen Zweck die Aktion an der „DDR"-Flußsperre an der Ulster hat. Der Vorgang wird in der Lage-Meldung festgehalten.

1. Juli 1984: Spaziergänger entdekken an der Ulster auf hessiscbem Gebiet einen skelettierten Kinderkopf. Einer der beiden sagt: „Das muß der Sohn meines Cousins in Unterbreitzbach sein. Der gilt als vermißt." Der Bundesgrenzschutz wird sofort eingeschaltet.

4. Juli 1984: Über ein Megaphon versucht der Sicherheitsoffizier der Bundesgrenzschutzabteilung Hünfeld, Hauptkommissar August Korus, an der Grenze zur „DDR" mit der vierköpfigen Besatzung eines Wachturms jenseits Kontakt aufzunehmen. Weil von drüben nicht geantwortet wird, verständigt man sich auf Handzeichen, die eine Entgegennahme der Meldung bestätigen sollen. Forderung des BGS: Morgen ein Offizier zum Gespräch an die Grenzlinie.

5. Juli 1984: Ein Major und ein Oberfähnrich der „DDR"-Grenztruppe erscheinen zum verabredeten Zeitpunkt. Originalton des Majors: „Ich *bin berechtigt, ihre Information* entgegenzunehmen." Das Gespräch dauert drei Minuten. Die BGS-Beamten berichten von dem grausigen Fund in der Ulster und bieten den „DDR"-Soldaten an, jederzeit auch auf hessischem Gebiet nach weiteren Leichenteilen suchen zu können. Von diesem Zeitpunkt an ist nichts mehr geschehen.

Die Bilanz: Schon am Tag des Unfalls hätte über den Grenzinformationspunkt 9 (Grenzübergang Wartha-Herleshausen) die angekündigte Information der hessischen Grenzbehördeo erfolgen müssen. Eine Nachsuche auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze hätte den Eltern des Dreijährigen eher Gewißheit über das Schicksal ihres Sohnes gebracht. Sicher: kein Trost, aber praktizierte Humanität. Die Information aus der „DDR" steht bis heute noch aus. Das zuständige Kriminalkommissariat in Bad Hersfeld glaubt den Grund dafür zu kennen. Wörtlich: „Die haben sich drüben auf ihre Fluß-Sperren und Fangnetze verlassen. Normalerweise kommt da nichts durch."

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm nennt den Vorfall „eine Abscheulichkeit". Nach dem Willen des Abgeordneten soll die Tragödie des Ehepaars Alborn aus Unterbreitzbach/Thüringen in der gemeinsamen Grenzkommission verhandelt werden. Sie wird damit ein Tagesordnungspunkt im Ringen um ein Stückcben Menschlichkeit."

# *Kein Wort, was Craxi über die Mauer sagte*

hrk. **Berlin**

Die Wahrheit bleibt für „DDR"-Leser nicht zuträglich: So wundert es nicht, daß gestern im „Neuen Deutschland" die Passage aus der Pressekonferenz von Italiens Premier Bettino Craxi fehlte, in der er den Abbrucb der Mauer forderte. Neben den „Mauern des Argwohns und des Mißtrauens" sei es notwendig, „auch noch andere Arten von Mauern, die Überbleibsel des Kalten Krieges sind, abzubauen", sagte der Gast. Im SED-Parteiorgan fanden sich davon nur Spurenelemente. Craxi wird mit der indirekten Bemerkung zitiert, sein Besuch sei ein Versuch gewesen, „Argwohn ein bißchen abzubauen und wieder ein Klima des Vertrauens zu schaffen".

## Aus der Presse von drüben

Wie sich das SED-Organ selbst versteht und wie es die Pressepolitik des Zentralkomitees umzusetzen hat, erläuterte kürzlich ganz freimütig der stellvertretende Chefredakteur Dr. Harald Wessel vor der „Evangelischen Studentengemeinde" in West-Berlin. Weshalb die Gazette so langweilig sei, fragten seine Zuhörer: „Das Blatt ist nicht für Leser im Westen gemacht, nicht einmal für jeden DDR-Bürger", antwortete Wessel. Es wende sich ausschließlich an Funktionäre und Parteiaktivisten. „Und die können auch zwischen den Zeilen lesen." Wenn es etwas zwischen den Zeilen zu lesen gibt ...

Da fehlt es an klarer „Zielansprache" bezüglich des Feindes westlich der Grenze in der „Armeerundschau", dem handlichen Farbmagazin der „DDR"-Landser, nicht. Chefredakteur Karl Heinz Freitag, NVA-Oberst, behandelt die Frage, was denn im Zeitalter atomarer Gefechtsfeldwaffen ein „mot.Schütze noch auszurichten vermag?" Nach Hinweisen auf die „Abenteuer um Reagan" breitet er sozialistische Siegeszuversicht aus: „Für unsere Streitkräfte bedeutet das, eine solche Gefechtsbereitschaft zu sichern, daß jede Aggression für ihre imperialistischen Urheber zu einem tödlichen Risiko wird. Sollte dies jedoch nicht gelingen, dann haben sie den Feind so vernichtend zu schlagen, daß die Folgen der imperialistischen Aggression sowohl für uns als auch für die Menschheit nicht zur weltweien Katastrophe führen."

Der Genosse Chefredakteur beruhigt den Fragesteller: „Auch ein moderner Krieg würde nicht allein mit Raketen und Kernwaffen geführt und im Endeffekt schon gar nicht entschieden werden." Die Vokabel „vernichtend" scheint im NVA-Blatt besonders beliebt. Freitag gebraucht das Wort noch einmal beim hohen Lied auf den motorisierten NVA-Schützen: Er und sein „Kampf-Kollektiv" vermögen viel auszurichten – „auf dem Gefechtsfeld, indem sie durch ihren von Siegeswillen geprägten Kampf, ihre Feuerführung und ihr taktisch kluges Verhalten dazu beitragen, den imperialistischen Aggressor vernichtend zu schlagen und der Menscheit den Frieden wiederzugeben".

In der „Einheit", dem Theorie-Forum der SED, findet sich in der jüngsten Ausgabe ein bemerkenswertes Eingeständnis von FDJ-Chef Eberhard Aurich. Die jungen Deutschen drüben entziehen sich, wenn möglich, der Staatsjugend. Originalton des Nachfolgers von Egon Krenz: „Wenn es uns immer wieder und immer besser gelingt, die FDJ-Mitglieder zu einer festen Kampfgemeinschaft zusammenzuschließen, dann gewinnen wir auch Jugendliche, die wir bisher kaum erreichen."

## Rebmann: RAF ist noch nicht am Ende

xhk, **Karlsruhe**

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann fühlt sich in seiner Einschätzung bestätigt, daß der harte Kern der „Roten Armee Fraktion" (RAF) in den vergangenen Monaten wieder Zulauf bekommen hat. Als Beispiel verwies Rebmann gestern in Karlsruhe auf die am Dienstag in Frankfurt festgenommene Heidi Karla Huft als Wohnungsgeberin für die verhafteten Terroristen. Trotz der erheblichen Schwächung der RAF durch die Festnahmen von acht Personen sei diese Organisation „noch lange nicht am Ende". Die RAF, so Rebmann, sei „weiterhin willens und logistisch sowie personell in der Lage, Attentate gegen Symbol-Figuren der Bundesrepublik und aus dem NATO-Bereich zu begehen". Dabei seien in ester Linie Attentate mit Sprengstoff oder Waffen denkbar.

Die RAF sei im Moment dabei, aus ihrem Umfeld neue Mitglieder heranzuziehen, unterstrich der Generalbundesanwalt. „Wir wissen, wer voo der Fahndungsliste gestrichen werden kann. Wir wissen aber nicht, wer neu auf die Fahndungsliste gesetzt werden muß."

## Warnstreiks bei der Lufthansa?

dpa, **Stuttgart**

Warnstreiks des Luft- und Bodenpersonals der Lufthansa auf den deutschen Flughäfen schließt die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) „ab sofort" nicht mehr aus. Die Warnstreikaktionen der ÖTV sind nach Angaben der Gewerkschaft die Antwort auf das Scheitern der zweimonatigen Verhandlungen über bessere Löhne und Arbeitszeitverkürzung für die 30 000 Beschäftigten der Lufthansa und ihrer Tochtergesellschaften. Wie die ÖTV weiter mitteilte, haben sich inzwischen Gewerkschaft und Lufthansa-Vorstand auf den früheren Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller als Schlichter im Tarifkonflikt geeinigt. Schiller will sich am Wochenende bemühen, einen Einigungsvorschlag zu erarbeiten. Bis dahin müsse sich der Lufthansa-Vorstand auf Warnstreikaktionen der Beschäftigten einstellen, erklärte das ÖTV-Hauptvorstandmitglied Heinrich Schmidt.

# Schmerzhafte Lehre für Kronawitter

**In seinem Bemühen um wechselnde Mehrheiten in eine Zwickmühle manövriert**

Von PETER SCHMALZ

Dem Mehrjahresinvestitionsprogramm, kurz MIP genannt, der bayerischen Landeshauptstadt ergeht es gewöhnlich wie ähnlichen Papieren anderer Kommunen und Länder: Die Öffentlichkeit beachtet den Finanzrahmen, der über vier Jahre läuft und oach Kilo zu messen ist, nur oberflächlich, politische und wirtschaftliche Finanzdetails werden erst bei den alljährlichen Haushaltsberatungen berichtet und kommentiert. Anders das Müncbner MIP für die Jahre '84 bis '85 mit einem Investitionsvolumen voo gut sechs Milliardeo Mark: Kurz vor der Sommerpause ist es unversehens zu einem brisanten Thema geworden, an dem sich Erhellendes über das neue politische Klima, aber auch über Stil und Kompetenz in dem nach Berlin und Hamburg drittgrößten Rathaus zeigt.

Für den SPD-Oberbürgermeister Georg Kronawitter, seit Mai wieder auf dem Amtssessel, den er sechs Jahre zuvor seinem CSU-Rivalen Ericb Kiesl hatte räumen müssen, hat das Programm von Haus aus einen gravierenden Geburtsfehler: Es wurde noch von seinem CSU-Vorgänger Kiesl konzipiert, dem es daher nicbt schwerfällt, eine Zustimmung der CSU zu signalisieren. Auf die war Kronawitter aber gar nicbt aus. Er beriet dagegen über Wochen mit seineo Genossen aus der SPD-Fraktion und mit den Grünen. Doch letztere wollten nicht mitziehen, das Volumen ist ihnen um mindestens 715 Millionen Mark zu hoch angesetzt und mit Investitionen befrachtet, die ihoen wider den ideologischen Strich gehen: Nach ihren Vorstellungen sollen beim U-Bahn-Bau 100 Millionen gestrichen werden, der soziale Wohnungsbau ist ihnen um 50 Millionen zu hoch, der Kanalbau, der neue Wohnbaugebiete sichern soll, erscheint ihnen zu umfangreich und die geplante Ausweisung von neuem Gewerbegebiet gar als eine Sünde.

Die sechs grünen Ratsmitglieder blieben auch dann bei ihrer ablehnenden Trotzhaltung, nachdem die SPD ein rot-grünes Lieblingsthema in das Programm eingebaut hatte: 175 Millionen Mark, die Münchens Stadtwerke in den kommenden drei Jahren als Anteilskosten für den Bau des




Kernkraftwerkes Ohu II zu zahlen haben, sollen gestrichen werden, obwohl der Vertrag weiterhin besteht und die voo SPD und Grünen geforderten Kündigungsverhandlungen noch nicht begonnen haben.

Damit aber hat sich *Kronawitter*, der schoo vor Amtsantritt verkündet hatte, er werde sich bei den knappen Stimmenverhältnissen (SPD und CSU haben je 35 Sitze) um wechselnde Mehrheiteo bemühen, in eine koofuse Situation manövriert: Da die Grünen das MIP grundsätzlich ablehnen, die CSU aber dem Ausstiegspassus Obu nicbt zustimmen will, ist der neue OB ohne Mehrheit.

Der CSU ist's grad recht als schmerzhaftes Lehrstück für die Sozialdemokraten. Erich Kiesl, nach seioer Niederlage im Frühjahr nun Fraktionschef der Rathaus-CSU, meint im Rückblick auf die ersten zehn Wochen Amtszeit seines Nachfolgers und dessen *Partei*: „Die SPD versucht in allen Fragen erst einmal, mit den Grünen die CSU auszuspielen. Erst wenn Kronawitter merkt, daß es mit denen nicht geht, sucht er sich neue Mehrheiten." Bei diesem Spiel will die CSU aber nicht die Rolle des Pannenhelfers übernehmen. Die CSU-Fraktion hat einstimmig beschlossen, dem MIP nur zuzustimmen, wenn die Ohu-Passage wieder gestrichen wird.

Nachdem die Stadt kürzlich mit den Stimmen von SPD und Grünen aus dem Münchner Kabelprojekt ausgestiegen ist und jetzt den Ausstieg aus einem weiteren Vertrag probt, fürchtet die CSU auch um die Reputation der Stadtverwaltung. CSU-Fraktions-Vize Walter Zöller: „Die Vertragstreue der Stadt gerät in Gefahr."

Aber auch Kronawitter selbst muß um seine persönliche Glaubwürdigkeit fürchten. In den Reihen der CSU erinnert man sich noch gut an das Jahr 1977, als derselbe Oberbürgermeister, der von der CSU jetzt ein Ja zum Ausstieg aus Ohu fordert, den Kernkraftvertrag unbedingt unterzeichnen wollte, aber bei den eigenen Genossen keine Mehrheit finden konnte. Ein CSU-Stadtrat: „Damals hat er uns einzeln zu persönlichen Gesprächen in seinem Amtszimmer empfangen und uns gebeten, ihm die nötigen Stimmen für diesen Vertrag zu geben."

# Ein Bekenntnis zur optimalen Ausbildung

**General Uhle-Wettler geht zur NATO-Verteidigungsakademie**

RÜDIGER MONIAC, **Diez**

Vor der anmutigen Barock-Kulisse des Schlosses Oranienstein in Diez an der Lahn wechselte gestern die 5. Panzerdivision des deutschen Heeres, dereo Stab ihren Sitz in jenem Schlosse hat, ihren Kommandeur. Generalmajor Franz Uhle-Wettler, seit knapp zwei Jahren auf diesem Posten, übernimmt noch in diesem Monat in Rom die Führung der NATO-Verteidigungsakademie, der höchsten Bildungsstätte der Allianz. An seine Stelle tritt Brigadegeneral Wilhelm Jacoby, der augenblicklich noch als Chef des Stabes des II. Heereskorps in Ulm fungiert und erst, wenn im September die große Herbstübung dieses Korps vorbei ist, seine Aufgaben an der Spitze der „Fünften" übernehmen kann.

Bundesverteidigungsminister Wörner hatte entschieden, daß dieser Kommandeurswechsel so zustande kam. Sein Motto war und ist, Soldaten und Offiziere mit hoher Bildung zu berufen, mit einem tiefen *Verständnis für die Zeitläufte*, aber und vor allem mit dem Geschick versehen, die Friedensarmee Bundeswehr nicht vergessen zu lassen, daß sie unseren Frieden nur dann miterhalten kann, wenn sie nötigenfalls in der Lage wäre, den Krieg zu bestehen.

Uhle-Wettler gehört zu diesen Köpfen „von fast unangenehmer Kantigkeit", wie es der Kommandierende General des III. Korps, Generalleutnant Diedrichs, in seiner Ansprache zur Kommandoübergabe ausdrückte. Ein straffer Offizier, der in seiner Felduniform genauso aufzutreten *weiß wie im Hörsaal beim Dozieren* über Geschichte oder das Arabertum. Beide Fächer studierte Uhle-Wettler, nachdem er als 18Jähriger in Kriegsgefangenschaft geraten war und bevor er 1956 wieder als Soldat in die Bundeswehr eintrat. Vor dem Schloß Oranienstein – noch heute erinnert darin ein kleines Museum an die mehr als 300jährige Geschichte der engen Beziehungen des Fürstentums Nassau-Diez zu den Niederlanden – verabschiedeten Abordnungen sämtlicher Verbände und selbständigen Einheiten dieser Division ihren scheidenden Kommandeur.

Manchem mögen in dieser Feierstunde die Worte Uhle-Wettlers nicht diplomatisch genug geklungen haben. Aber das ist nicht die Art dieses Mannes. Er sprach davon, wie nötig es sei, eine Division wie diese in der Ausbildung und in der Ausrüstung zur höchsten Perfektion anzutreiben. Sie gehört als Teil der Bundeswehr dazu, der Politik und den Politikern als Instrument der Friedenssicherung zu dienen. Dazu zähle auch, sagte er, notfalls im Krieg den Frieden zu annehmbaren Bedingungen wiederherzustellen. Und in diesem Zusammenhang sprach der General auch von der Möglichkeit, daß Ausbildungsfehler bei den Soldaten, im Frieden gemacht, im Krieg Blut kosten müßten. Das müsse vermieden werden durch eben eine möglichst hohe Perfektion in der Ausbildung.

## „DDR"-Diplomat bleibt im Westen

SAD, **New York**

Der seit dem 21. Juni in New York als vermißt gemeldete UNO-Diplomat der „DDR", Dietmar Wahl, hat sich nach Angaben des amerikanischen Außenministeriums unmittelbar nach seinem Verschwinden beim deutschen Generalkonsulat in New York als politischer Flüchtling mit dem Wunsch gemeldet, in die Bundesrepublik Deutschland zu übersiedeln. Der 38jährige UNO-Diplomat sei wenige Tage später nach Frankfurt geflogen. Das amerikanische Außenministerium bezeichnete das Überlaufen des „DDR"-Diplomaten als „eine rein deutsche Angelegenheit", *in die es sich nicht eingemischt* habe. Wahl hatte als Attaché zwei Jahre lang an der UNO-Botschaft der „DDR" in New York Dienst getan.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Arafat bekräftigt Nein zu Israels Anerkennung

DW. Genf

Der Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, ist nicht bereit, Israel anzuerkennen, falls nicht vorher dem palästinensischen Volk das Recht zugestanden wird, „als Volk zu leben, ein Vaterland, eine Fahne und einen Staat zu haben". Auf einer Pressekonferenz im Anschluß an ein Gespräch mit UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar sagte Arafat in Genf, dies sei die Voraussetzung für jede Lösung des Nahostproblems.

Perez de Cuellar habe ihn in der Unterredung über seine Bemühungen informiert, die von der UNO beschlossene internationale Konferenz über Palästina zustandezubringen, teilte der PLO-Chef mit. Nach Ansicht Arafats ist die Einberufung der Konferenz bisher am Widerstand Israels und der Vereinigten Staaten gescheitert. Arafat sprach sich für die Friedensbewegung Israels aus, die er den Beginn einer neuen israelischen Gesellschaft nannte. Positiv wertete er auch die jüdisch-arabische Listenverbindung bei den bevorstehenden Wahlen in Israel.

## „Sacharow mit Drogen behandelt"

DW. New York/London

Andrej Sacharows Stieftochter Tatjana Jankelewitsch hat verläßliche Informationen darüber, daß sich der sowjetische Systemkritiker seit sechs Wochen in einem Krankenhaus befindet, wo ihm Psychopharmaka injiziert werden. Das britische Ost-Institut Keston College äußerte die Vermutung, Sacharow werde mit Drogen wie Aminazin, Triftazin und Haloperidol behandelt, die bei langfristiger Anwendung die Persönlichkeit verändern und das Urteilsvermögen beeinträchtigen. Ein Patient könne schließlich so manipuliert werden, daß er sagt und tut, was ihm befohlen wird. Die Behörden bezwecken offenbar, Sacharow zu einem Widerruf zu bewegen, der dann veröffentlicht werden kann. Nach Angaben des Instituts fliegt der mit der Behandlung Sacharows beauftragte sowjetische Psychotherapeut Dr. Wladimir Roschnow mit einem Sonderflugzeug seit eineinhalb Monaten ständig zwischen Moskau und Gorki hin und her.

## *Da stand die Opposition auf und ging hinaus*

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zum siebten Mal seit ihrem Amtsantritt vor drei Jahren hat die sozialistische Regierung ein Gesetz, das ihr auf den Fingern brennt, mit dem Knebel-Paragraphen 49/3 der Verfassung *in der Nationalversammlung* durchgepreßt. Als eines der Kernstücke der von General de Gaulle geschmiedeten, autoritären Verfassung der 5. Republik sieht dieser Paragraph einen Gesetzestext als von der Volksversammlung angenommen an, wenn das Parlament der Regierung darüber nicht das Mißtrauen ausspricht. Wie schon bei dem hart umstrittenen Gesetz über die Schulreform Ende Mai, hat Premierminister Mauroy sich jetzt mit diesem Umkehrverfahren des *parlamentarischen* Entscheidungsprozesses auch die Zustimmung zum Gesetz über die Einschränkung von Presse-Konzentrationen verschafft. Die Opposition hat beide Gesetze entschlossen bis zum letzten Atemzug – bei 33 Grad Hitze im Palais Bourbon – bekämpft. Aber angesichts der Mehrheitsverhältnisse *mußte sie* unterliegen. *Um die Regierung zu stürzen,* fehlten ihr auch diesmal, wie alle sechs Male zuvor, 88 Stimmen.

Aber diese Debatte unter dem tropisch drückenden Götterhimmel des einstigen Ballsaales der Herzogin von Bourbon werden die Franzosen, die ihr vom heimischen Herd oder vom Ferienstrand aus beiwohnten, so rasch nicht vergessen. Sie hat den Graben, der heute zwischen dem linken und dem bürgerlichen Lager in *Frankreich verläuft,* so breit werden lassen, daß ein Brückenschlag nicht mehr möglich ist. Nun gibt es, wenn 1986 gewählt wird, nur noch Sieg oder Niederlage.

Beide Gesetze waren jahrelang in Vorbereitung und haben eine monatelange parlamentarische Behandlung hinter sich, und auch jetzt noch liegt es am Senat und seiner bürgerlichen Mehrheit, ihre endgültige Anwendung auch weitere Monate lang hinauszuschieben. An ihnen aber entzündete sich der eigentliche ideologische Kampf zwischen beiden Lagern. Denn sie sind gewissermaßen die Quintessenz der sozialistischen *Vereinheitlichungsphilosophie* und als solche schon im Wahlprogramm von 1981 klar ausgewiesen. Die Macht des Geldes, absoluter Gegner der Sozialisten und ihrer egalitären Theorie von sozialer Gerechtigkeit, kann man durch Verstaatlichung von Industrie und Banken nur anknacken. Brechen auf Dauer kann man sie nur, wenn man an ihre Wurzeln geht: die elitäre Erziehung und die Verbreitung bürgerlicher Ideen durch die Presse. So steht es im Programm zu lesen, so läßt es sich aus zahlreichen Parteitags- und Sonntagsreden sozialistischer Propagandisten herausfiltrieren. Die bürgerliche Opposition sah ihre Chance nur in der Mobilisierung der Öffentlichkeit und sie hat das Beste daraus gemacht.

An diesem siedeheißen Tag im Palais Bourbon sind nun die letzten Masken gefallen. Wenn ein so tiefgekühlter Politiker wie de Gaulles ehemaliger Außenminister Couve de Murville seine Gegner als „unfähige, gewissenlose Schwindler" hinstellt, die über ihr partei-ideologisches Kalkül das *Wohl des Vaterlandes* vergessen, wenn er ihnen vorwirft, daß sie „mit ihrem Sozialismus à la Francaise in Wahrheit die totale Verstaatlichung anstreben", wenn er sie daran erinnert, daß Leon Blum die Presse schon 1936 verstaatlichen wollte, wenn ein Mann, der die Politik seines Landes seit drei Jahren nur noch mit traurigen Bulldoggenaugen von der Hinterbank aus verfolgt, plötzlich wieder in die Arena steigt, dann ist dies ein Zeichen für einen fundamentalen Wandel im Lande. Einen Wandel, den Couve sarkastisch selber kennzeichnete: die totale Ablehnung des Sozialismus durch das Volk nach drei Jahren bitterster Erfahrung.

Die Sozialisten wissen, daß der alte Herr recht hat. Sie stürzen sich, vom schlechten Gewissen geplagt, in die Flucht nach vorne. Und sie finden, um sich Mut zu machen, zu den Parolen Längst vergangener Kampfzeiten zurück, die im Europa von heute so tragisch anachronistisch anmuten.

Pierre Mauroy, der sonst so gelassene Premierminister, drückte es in einer entnervten Antwort an Couve aus. „Nein, nein, nein", schrie er in den kochenden Saal, „hier wird kein Kampf um die Freiheit geführt, hier geht es um den ewigen Kampf der Rechten gegen den Fortschritt, gegen die *Demokratie,* gegen die Würde des Menschen und ergo gegen die Freiheit." Die Gaullisten und Giscardisten erhoben sich wie ein Mann und verließen den Ballsaal.

## Seselj-Urteil läßt Konflikt in Jugoslawiens KP voll ausbrechen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Das ungewöhnlich harte Urteil – acht Jahre Gefängnis – das ein jugoslawisches Gericht in Sarajevo gegen den 29jährigen Universitätsdozenten Vojislav Seselj fällte, hat in Kreisen der jugoslawischen Intellektuellen, vor allem in Belgrad und Serbien, bis tief in die Reihen der Partei Bestürzung ausgelöst. Es wird vermutet, daß die Höhe der in Bosnien verhängten Strafe die Gerichte in der Teilrepublik Serbien, die demnächst über ähnliche „Delikte" zu befinden haben, zu einem gleich drakonischen Strafmaß zwingen soll.

Der Seselj-Prozeß hat die Widersprüche und Gegensätze zwischen den einzelnen jugoslawischen Teilrepubliken und den Konflikt zwischen Gemäßigten und Dogmatikern in der KP voll ausbrechen lassen. Während aus dem „liberalen" Flügel der Partei betretenes Schweigen herrscht, verbergen die Anhänger eines *harten* Kurses *nicht ihre Befriedigung* über das Urteil.

Soselj war angeklagt, die „Abschaffung der Macht der Arbeiterklasse", die Untergrabung des gesellschaftlichen und politischen Systems, die Zerstörung der „Brüderlichkeit und Einheit" Jugoslawiens sowie eine „Konterrevolution" angestrebt zu haben.

Grundlage für das Urteil war ein unveröffentlichtes Manuskript des Soziologen Seselj. In dieser Schrift, die auf dem Schreibtisch führender jugoslawischer Politiker landete, hatte Seselj scharfe Kritik am System und seinen Trägern geübt.

Die „gegenwärtige politische Führungsgarnitur", so schrieb der Soziologe, sei nicht bereit, ihre „eigensüchtigen materiellen Interessen" aufzugeben. Deshalb müsse sie entmachtet werden. Das Proletariat müsse sich aus der „tödlichen Umarmung" seiner „Avantgarde" (der Partei) befreien. Eine Alternative zum gegenwärtigen kommunistischen System sah Seselj in einer „humanistischen Intelligenz, die links steht und sozialistisch ausgerichtet ist". Jugoslawien *sei heute nämlich kein sozialistischer* Staat. Die von Tito eingeführte Selbstverwaltung bezeichnete Seselj als ein „überholtes" und nicht praktikables Konzept.

## Londons Dilemma im Fall Dikko: Hart sein, ohne zu eskalieren

**Regierung dringt auf Verhör von vier nigerianischen Diplomaten / Entführer in U-Haft**

FRITZ WIRTH, London

Unter schwerer Polizeibewachung erschienen gestern die Entführer des *ehemaligen nigerianischen Ministers* Umaru Dikko vor einem Magistratsgericht in London. Es handelt sich um drei israelische Staatsbürger und einen nigerianischen Diplomaten. Der Richter ordnete zunächst eine einwöchige Untersuchungshaft an.

Unter den vier Angeklagten hat der 45jährige Arzt Lew Airi Shapiro das meiste Interesse gefunden. Shapiro ist in der Sowjetunion geboren, emigrierte vor 14 Jahren nach Israel und wurde in Tel Aviv ein hochrespektierter *Anästhesist.* Er *gilt* bei *seinen* Freunden und Kollegen als ein sehr ruhiger und zurückgezogener Mann. Es herrscht in Tel Aviv allgemeine Überraschung darüber, wie und warum er in diese Affäre verwickelt werden konnte.

Shapiro war am letzten Wochenende zusammen mit Ex-Minister Dikko, der auf offener Straße gefaßt und entführt worden war, in einer Holzkiste gefunden worden, die als Diplomatengepäck nach Nigeria ausgeflogen werden sollte. Dikko war offensichtlich von Shapiro betäubt worden. Shapiros Freunde in Israel schließen aus, daß er aus finanziellen Gründen an der versuchten und mißglückten Entführung Dikkos beteiligt gewesen war. Seine Frau arbeitet ebenfalls als Ärztin in Tel Aviv und beide gelten als wohlhabend.

Angeklagt sind außerdem der israelische Geschäftsmann Alexander Barak und der israelische Besitzer einer Discothek namens Felix Abithol. Die israelische Regierung hat jedes *Wissen und jegliche Beteiligung an* dieser Entführung bestritten.

Der vierte Angeklagte ist der nigerianische Diplomat Yusufu, der jedoch nicht der nigerianischen Botschaft in London angehört. Das Verhältnis zwischen London und Lagos ist weiter äußerst gespannt und gereizt. Die nigerianische Regierung leugnet nach wie vor jede Beteiligung an dieser Affäre, fordert aber dennoch die Auslieferung Dikkos, den sie als „Staatsfeind Nr. 1" betrachtet.

Die britische Regierung befindet sich in einem Dilemma. Sie *muß* aus innenpolitischen Gründen und besonders nach den Erfahrungen bei der Belagerung der libyschen Botschaft in London vor zwei Monaten hart erscheinen, ist aus außen- und handelspolitischen Gründen aber nicht an einer Eskalation dieser Affäre interessiert.

Sie möchte im Augenblick gern den diplomatischen Status von vier Mitgliedern der nigerianischen Botschaft in London aufgehoben sehen, um sie wegen angeblicher Verwicklung in diese Entführungsaffäre verhören zu können. Sollte diese Genehmigung von der nigerianischen Regierung nicht gegeben werden, ist damit zu rechnen, daß das britische Außenministerium sie des Landes verweist. Es gilt als sicher, daß die nigerianische Regierung unverzüglich *mit* der Ausweisung britischer Diplomaten aus Lagos antworten würde.

## Prosowjetische Stimmen in Beirut

**Die Kommunistische Partei Libanons ist wieder aktiv / Vorerst Ruhe in der Hauptstadt**

*JÜRGEN LIMINSKI,* Bonn

See-und Flughafen von Beirut haben ihren Betrieb wieder aufgenommen, ein Zeichen dafür, daß sich die Lage in der libanesischen Hauptstadt normalisiert. Wie lange der 358. Waffenstillstand seit Beginn des Krieges vor gut neun Jahren anhält, hängt nach Ansicht politischer Beobachter aber vor allem davon ab, wie sich die interne Situation in Syrien entwickelt und ob es der Armee gelingt, die Kontrolle über West-Beirut wieder zu erlangen.

Vorerst hat die Armee nur Posten an der ehemaligen Demarkationslinie bezogen. Sollte sie nach West-Beirut einrücken wollen, dürfte sie auf den Widerstand von Kampfgruppen der Iraner, Palästinenser und sich befehdender Sunniten und Schiiten stoßen. *Politische Beobachter führen* das Attentat in der libyschen Botschaft auch auf die schärfer werdenden Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten zurück. Die Sunniten werden unter anderem von Libyens Staatschef Khadhafi unterstützt, dem die Schiiten vorwerfen, den libanesischen Imam Musa Sadr entführt und ermordet zu haben.

Die kommunistische Partei Libanons will die latenten Spannungen offenbar nicht abklingen lassen. Wie die WELT aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen in Beirut erfährt, soll die Partei den meisten der Demonstranten an den Übergängen zwischen Ost und West-Beirut jeweils 500 libanesische Pfund (rund 230 Mark) gezahlt haben, damit sie die Übergänge blockieren und damit der Armee signalisiert werde, die derzeit unkontrollierbaren *Verhältnisse in* West-Beirut nicht zu ändern.

Gleichzeitig mit der provisorischen Normalisierung der Lage ist in Beirut *eine Welle* prosowjetischer Stimmen und Erklärungen zu beobachten. Die Zeitung As-Safir fragt symptomatisch für diese Grundstimmung in ihrer Schlagzeile: „Wann endlich wird der Libanon die sowjetischen Signale mit Ja beantworten?" Die Zeitung verfolgt zwar den Kurs der syrischen Besatzungsmacht, aber selbst gemäßigte und eher *rechtsstehende* Politiker fragen sich heute öffentlich, ob man nicht auf die sowjetischen Vorschläge eingehen solle, die Moskaus Vizepremier Alijew bei seinem Geheimbesuch in Beirut Anfang April unterbreitete. Dabei handelt es sich in erster Linie um Waffenangebote für die libanesische Armee. Als politische Gegenleistung solle Beirut das Lager der freien Welt verlassen und eine wohlwollend neutrale Haltung gegenüber Moskau einnehmen.

Dafür spreche, so As Safir übereinstimmend mit konservativen Politikern, daß der amerikanische Einfluß in der Region seit dem Abzug der Marines erheblich gesunken sei, der sowjetische hingegen zunehme. Bisher haben sich nur die christlichen Forces Libanaises eindeutig auf die Seite des Westens gestellt.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie trauert um

# Horst Backsmann

der am 9. Juli 1984 nach längerer schwerer Krankheit im 64. Lebensjahr gestorben ist.

Als Präsident des Verbandes der Automobilindustrie gehörte Horst Backsmann seit 1978 dem Vorstand des Bundesverbandes der Deutschen Industrie an. Die deutsche Industrie verliert in Horst Backsmann einen Unternehmer, der mit großem Engagement und im Wissen um die Zusammenhänge von Politik und Wirtschaft entscheidend zur Wahrung der Interessen der deutschen Industrie beitrug.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

**BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE E. V.**

---

Wir trauern um

# Horst Backsmann

**Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA)**

der am 9. Juli 1984 im 64. Lebensjahr verstarb.

Nach verantwortlicher Tätigkeit in den damaligen Bundesministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit und für wirtschaftlichen Besitz des Bundes sowie als Vorstandsmitglied der Volkswagenwerk AG wurde er 1978 zum hauptamtlichen Präsidenten des VDA gewählt. In dieser Position hat er neue Maßstäbe gesetzt.

Sein großes Pflichtbewußtsein, seine Geradlinigkeit im Denken und Handeln und seine Fähigkeit zur Freundschaft waren seine herausragenden menschlichen Eigenschaften.

Sein Name wird in der deutschen Automobilindustrie unvergessen bleiben.

Präsidium und Vorstand

**VERBAND DER AUTOMOBILINDUSTRIE E. V. (VDA)**

6000 Frankfurt/Main, den 9. Juli 1984
Westendstraße 61

Die Trauerfeier und anschließende Beisetzung finden am Montag, 16. Juli 1984, um 11.00 Uhr in Wolfsburg auf dem Waldfriedhof statt.

Anstelle etwaiger Kranz- und Blumengrüße wird im Sinne des Verstorbenen um eine Spende zugunsten der Lebensgemeinschaft e. V. Hofgut Sassen, Konto-Nummer 01 88 881 (BLZ 500 519 83) bei der Kreissparkasse Lauterbach/Hessen gebeten.

---

Am 9. Juli 1984 verstarb im Alter von 63 Jahren

# Horst Backsmann

**Präsident des Verbandes der Automobilindustrie seit 1978**
**Mitglied des Vorstands der Volkswagenwerk AG von 1969 bis 1977**

Horst Backsmann hat von 1959 bis 1961 mit großem Engagement und Sachverstand im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Privatisierung des Volkswagenwerkes mitgestaltet.
1961 trat Horst Backsmann in die Volkswagenwerk AG ein und leitete bis 1968 als Syndikus die Rechtsabteilung des Unternehmens.
Nach Beendigung dieser Aufgabe übernahm Horst Backsmann das Vorstandsressort Personal- und Sozialwesen. Seine weitschauende Personalpolitik war bestimmt vom Betreten neuer Wege, die noch heute zum Wohle unserer Mitarbeiter Gültigkeit besitzen und richtungweisend sind.
Von 1971 bis 1977 im Vorstand für Öffentlichkeitsarbeit, Rechtswesen, Revision sowie volkswirtschaftliche Fragen zuständig, prägte Horst Backsmann dieses Ressort mit seinem Denken und Handeln.
Er hat durch seine Arbeit und seine Persönlichkeit dem Unternehmen gedient und war bei Kollegen und Mitarbeitern allseits beliebt.
Horst Backsmann hat für die Volkswagenwerk AG Zeichen gesetzt, wir werden ihn nicht vergessen.

**Aufsichtsrat, Vorstand, Konzernbetriebsrat**
**und Belegschaft der**
**Volkswagenwerk Aktiengesellschaft**

Wolfsburg, 12. Juli 1984

Trauerfeier und Beisetzung finden am Montag, 16. Juli 1984, um 11.00 Uhr in Wolfsburg auf dem Waldfriedhof statt.

---

**Joh. 3, Vers 14, 15**
*Des Menschen Sohn muß erhöht werden, auf daß alle, die an ihn glauben, das ewige Leben haben.*

# Prof. Dr. Ludwig Kiehn

* 2. 10. 1902 † 10. 7. 1984

Mein lieber Mann und guter Kamerad, unser gütiger Vater und geliebter Großvater ist nach einem reichbegnadeten Leben heimgegangen.

In Liebe und großer Dankbarkeit

**Frida Kiehn** geb. Zeyns
**Almut Kiehn**
**Hanna-Barbara Sommer** geb. Kiehn
**Dr. Wolfgang Sommer**
**Christiane und Daniel**
**Karla Köster** geb. Kiehn

2000 Hamburg 55, Strohredder 19, am 10. 7. 1984

*Die Trauerfeier findet am Montag, dem 16. 7. 1984, um 10 Uhr auf dem Blankeneser Friedhof in Sülldorf statt. Nach der Trauerfeier werden die Angehörigen im engsten Kreis zum Grab gehen.*
Bitte keine Beileidsbesuche.

Auch das „gute, alte Dampfradio" profitiert vom Satelliten-Zeitalter

# Klassik-Taste statt Senderwahlknopf

In einem Jahr ist es so weit: Die Bundesbürger bekommen Satelliten-Fernsehen frei Haus geliefert. Während bis Jahresende bestenfalls eine Million Fernsehkunden in den Genuß von Kabelprogrammen kommen, bricht mit dem Start des Fernsehsatelliten „TV-SAT" der Deutschen Bundespost im September 1985 endgültig das elektronische Medienzeitalter über die Mattscheibenbürger herein.

Auf dem Angebot via Weltraum steht zunächst das vom ZDF produzierte „Europa-Programm", das 14 Stunden pro Woche in der bewährten Mischung von Unterhaltung, Information und Bildung über die Bildschirme gehen soll. Der Konkurrenzkanal der ARD will unter dem Titel „Weltprogramm" unterhaltsame Familiensendungen durch Live-Bestandteile anreichern. Außerdem sind Openend-Diskussionen nach 22.00 Uhr vorgesehen sowie zahlreiche Opern-, Parlaments- und Sportübertragungen. Dazu ein gemeinsames Angebot aus europäischen Fernsehländern – vergleichbar mit dem journalistischen Sammelmagazin „Readers Digest", unter dem passenden Titel „Viewers Digest".

Werbung soll reichlich dabeisein, wenn auch nicht à la USA, wo Filme ja oft zum Ärger des Zuschauers an den spannendsten Stellen durch Werbespots unterbrochen werden, kündigt die Bundespost an. Daneben sind Spezialprogramme im Gespräch wie etwa die vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth entwickelte Idee eines deutschen „Kulturkanals", in dem Spitzenleistungen der Theater- und Filmszene gebündelt werden sollen.

Nicht ohne Reiz für die Bundesbürger dürfte auch der gleichzeitig gestartete französische Bruder TDF 1 des deutschen Fernseh-Satelliten sein. Über ihn lassen sich zwischen Rhein und Elbe nicht nur die gallischen Fernsehsendungen einfangen. Darüber hinaus wird der Pariser Satellit auch das deutschsprachige Fernsehprogramm von RTL über weite Teile der Republik abstrahlen.

So richtig interessant wird die Satelliten-Ära freilich nicht für die Bildschirm-Fans, sondern für die Freunde des guten, alten Dampfradios. Während der bundesdeutsche TV-Satellit nämlich nur über drei Bildschirmkanäle verfügt, strahlt er nicht weniger als 16 Hörfunkprogramme ab: „Die Qualität ist wirklich super. Man könnte gleich eine Platte pressen!" jubelten die Posttechniker nach Versuchssendungen mit einem bereits am Himmel aufgehängten Testsatelliten aus Anlaß der letzten Berliner Funkausstellung.

Allerdings lassen sich mit Rundfunkgeräten der bisherigen Bauart diese Satellitenkanäle nicht empfangen. Dafür braucht in Zukunft aber auch niemand mehr mühsam am Senderwahlknopf zu kurbeln: „Hat man genügend 'Klassik' gehört, drückt man eine Taste mit dem Aufdruck 'Jazz', 'Unterhaltung' oder 'Nachrichten' oder anderem, und schon wählt der Tuner für uns den betreffenden Sender aus", lobt die Bundespost die neue Radio-Zukunft in höchsten Tönen.

*Allerdings hat auch dieser Fortschritt seinen Preis.* Auf vorerst 2000 Mark, bei späteren Großseriengeräten auf halb soviel, schätzen Fachleute den Preis für den Tuner zum Empfang von Satelliten-Hörfunk. Und beim Fernsehen kalkuliert Jürgen Krause vom Fernmeldetechnischen Zentralamt in Darmstadt den Preis einer 0,9-Meter-Antenne einschließlich der Zusatzgeräte und der Montage auf rund 2000 Mark: „Will man auch *ausländische Programme* sehen, muß man wahrscheinlich einen 1,5-Meter-Spiegel einsetzen. Wer Programme, die etwa nach der französischen Secam-Norm verbreitet werden, auf nur nach PAL-System genormten bundesdeutschen Bildschirmen sehen will, benötigt ein weiteres Zusatzgerät." Dieser ganze Spaß für die technische Elite der bundesdeutschen Fernsehkunden schlägt dann mit rund 3000 Mark zu Buche.

FOLKER KRAUS-WEYSSER

# Ickx und die Präsidenten-Beleidigung

Wenn sich dieser Vorwurf nicht belegen läßt, ist er hämisch, ehrabschneidend und billig zugleich: Jean-Marie Balestre, der französische Präsident der internationalen Motorsportbehörde FIA, verdächtigt den belgischen Porsche-Werksfahrer Jacky Ickx (39) der Manipulation, mithin des Betrugs. Ickx habe als Renndirektor den Formel-1-Lauf von Monte Carlo zu jenem Zeitpunkt wegen Regens abgebrochen, als der Franzose Alain Prost auf McLaren-Porsche in Front lag und somit gewann. Balestre erklärte, für ihn sei es „nicht akzeptierbar, daß ein und dieselbe Person *gleichzeitig* ein Fahrer mit Porsche-Vertrag, Sportkommentator für das französische Fernsehen und schließlich auch noch *Renndirektor* beim *Großen* Preis von Monaco sei."

Jacky Ickx, den Porsche-Sprecher Jantke als einen mit tiefem Gerechtigkeitsempfinden ausgestatteten „stolzen Mann" kennt, wurde aufs Empfindlichste verletzt. Weil er für den 18. Juli wegen dieser Vorwürfe obendrein vor den Exekutiv-Ausschuß der FIA in Paris geladen ist, ging Ickx an die Öffentlichkeit. Ickx erklärte, er werde Monsieur Balestre verklagen. Der Belgier will von den „zuständigen Gerichtsstellen eine Wiedergutmachung wegen der Verleumdung erlangen, deren Opfer ich durch den FIA-Präsidenten geworden bin."

Ein Streit um des Kaisers Bart? Es ist, weiß Gott, viel mehr. Denn es wird unterstellt, Porsches Nummer eins, nämlich Jacky Ickx, habe ein von Balestre vergebenes Amt mißbraucht, um seinen Markengefährten Alain Prost in der Formel 1 billig zum Sieg zu verhelfen. Unausgesprochen steckt dahinter die Verdächtigung, im Hause Porsche schrecke man sogar vor Betrug nicht zurück, wenn nur der *Erfolg* in Ordnung geht.

## STAND ● PUNKT

Nun hat Jacky Ickx in der Branche seit 20 Jahren einen untadeligen Ruf. Über seine Arbeit als Rennfahrer sagt er: „Du bist nur ein Rädchen im Getriebe. Du bist die Spitze eines Eisbergs, die nach außen hin den Lorbeer kassiert, den Lorbeer, den das ganze Team verdient hat." Jacky Ickx hat in fast allen motorsportlichen Kategorien Lorbeeren gesammelt. Er war belgischer Motorrad-Meister im Moto-Cross und zweimal Vize-Weltmeister in der Formel 1, er siegte bei der berühmt-berüchtigten Wüsten-Rallye Paris–Dakar und in der Formel-2-Europameisterschaft, er gewann sechs Mal das klassische Langstrecken-Rennen „24 Stunden von Le Mans" und acht Mal in der Formel 1, er war erfolgreicher und respektierter Direktor der belgischen Rennstrecke Spa-Francorchamps und umjubelter Werksfahrer bei Ferrari. Jantke sagt über ihn: „Er ist zweifellos eine der kompetentesten und intelligentesten Figuren der Branche – weit mehr als nur ein Lenkraddreher."

Deshalb hat Ickx das Rennen von Monte Carlo abgebrochen. Schließlich regnete es, und niemand konnte garantieren, ob in den nächsten zehn Minuten alles glatt gehen würde. Ickx stoppte das Rennen, um jegliches Risiko zu vermeiden. In der Formel 1 sollte man ihm dafür eigentlich Kränze flechten, denn gerade der Grand-Prix-Zirkus ist mal wieder drauf und dran, zur gedankenlosen, gefährlichen Geschäftemacherei zu verkommen. Gewärtig des letzten Rennens in Dallas, auf aufgeweichter Straßendecke, zwischen Betonmauern und ohne Auslaufzonen aber für um so mehr Dollars, erscheint einem ein Jacky Ickx freilich als Don Quichotte einer Zunft, „die sich zunehmend prostituiert" („L'Equipe").

In der Formel 1 sind Leute wie der *Brüsseler Antiquitätenhändler Ickx* längst zur Antiquität geworden. Gefragt sind bleierner Gasfuß und ausgestreckte Hand. Ickx sollte bei Niki Lauda in die Lehre gehen, dann würde er Balestres Vorwürfe nicht einmal als Kavaliersdelikt empfinden können, denn in der Formel 1 gibt es längst keine Kavaliere mehr.

KLAUS BLUME

## KRITIK

### *Irritierender Pinienduft*

Also, das ist schon eine ziemlich undurchsichtige Geschichte, die Pierre Boileau und Thomas Narcejac in ihrem Roman **Gesichter des Schattens** erzählen und die unter der Regie von Kristian Kühn im ZDF zu sehen war. Doch auf jeden Fall war sie recht spannend. Es fragt sich nur, wie denn diese Spannung zustande kam.

Wenn schon ein Blinder buchstäblich hinters Licht geführt wird, dann folgt daraus ja nicht, daß auch dem Zuschauer das gleiche widerfährt. So hätte man beispielsweise doch gern – und nicht erst später durch den Sekundenspot einer Explosion – erfahren, wodurch Richard erblindete. Oder auch nur, wohin man wirklich in den Urlaub fuhr, so daß der Held durch den Pinienduft ständig irritiert wurde. So aber mußte man konsterniert feststellen, daß der ganze Aufwand mit Reise und Begräbnis und sofort gesetztem Grabstein und Flucht aus dem Ferienhaus mehrere Nummern zu groß war für den Effekt, der sich schließlich einstellte.

Auch wenn man die überdurchschnittlichen Schauspielerleistungen in ausnahmslos allen Rollen lobend in Betracht zieht: Man kommt nicht umhin festzustellen, daß in der Konstruktion dieses Krimis etliche Maschen gefallen sind. Da stimmte vieles nicht – und das gilt nicht nur für die Briefe, die ein Blinder an die Polizei geschrieben haben soll. Daraus erläutert sich am Ende die Enttäuschung: Spannung und beeindruckende Darsteller allein tun es eben nicht, wenn das logische Denken derart gering geschätzt wird.

KATHRIN BERGMANN

### *Break-Radler am Wasserklops*

Das war eine selten pralle Dreiviertelstunde, ein spätabendlicher Sinnenschmaus, ein Beispiel für gutes Fernseh-Feuilleton – Jürgen Boettchers Bilderbogen **Berliner Nachtschwärmer** (ARD): Endlich einmal keine Aufhäufung von Berlin-Klischees mehr, nichts von Kranzler-Ennui und all den üblichen Nachrichten aus dem Schaukasten Berlin, dem Glitzerding, auf das die Stadt so oft reduziert wird.

Boettcher hat angefangen zu drehen, als das „normale" Berlin sich vor den Fernseher setzte, und er hat aufgehört, als die letzten Überlebenden einer vielfacettigen Nacht in die Taxis stiegen und der Zeitungsmann am Kiosk seine Waren auszulegen begann. So vieles hat er in seine 45 Minuten hineingesteckt, und doch ist er der Gefahr aller knappen Anthologien virtuos entgangen, nicht zuletzt dank einem Kommentar, der klug abwog zwischen Faktenvermittlung und augenzwinkernden Aperçus.

Da gab es das mitternächtliche Operngefecht zwischen Berliner Klassik- und japanischen Kodo-Schlagwerkern ebenso wie die Break-Radler am „Wasserklops", der stilisierten Weltkugel am Fuße des Europa-Centers; eine Blues-Session im guten, alten „Land's End" nahe der Mauer, wo tief in der Nacht der Franzose Christoph und sein Kumpel als „Street Picassos" das tragische Bauwerk der Trennung mit bunter Kunst bemalen.

Welcher Berliner kennt nicht die verrückten Feuerstuhlreiter, die am Wochenende und abends die Nikolassee-Brücke bevölkern? Auch sie fanden Erwähnung, ebenso wie „Guido's" neues Kneipenrestaurant mit den „Beautiful People" ohne das Schickimicki-Getue vergleichbarer Plätze in Westdeutschland; das Metropol-Loft mit seinen Freak-Bands wie der russische Ex-Klassik-Geiger Jakob Lichtmann aus Odessa, der nun virtuose Nostalgie für Nachtmenschen fiedelt ...

Gegensätze, wie es sie in diesem friedlichen Miteinander wohl nur hier gibt und sonst nirgends. Das gelungene Psychogramm einer Stadt, aufgenommen von 7 bis 7.

ALEXANDER SCHMITZ

ARD



III.

## ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

**10.00 Tagesschau und Tagesthemen**
**10.25 Die Fledermaus**
Deutscher Spielfilm (1944/1945)
Mit Johannes Heesters u. a.
**12.00 Umschau**
**12.10 ZDF Magazin**
**12.55 Presseschau**
**13.00 Tagesschau**

### ARD

**15.30 Tagesschau**
**15.40 Glück ist eine Entscheidung**
Die vier Gesichter der Marie Laforêt
**16.25 Die drei Verrückten**
**16.40 Spielstatt**
**17.20 Tour de France**
14. Etappe:
Rodez – Domaine du Château de *Rouret*
**17.50 Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
**20.00 Tagesschau**
Anschl. Der 7. Sinn
**20.18 Der verbrauchte Planet**
Anmerkungen zur Lage des homo sapiens
Erst um das Jahr 2020 wird die Vernichtung des Waldes ein Ende finden, aber nur, weil es dann keinen mehr gibt ... / In dieser Dokumentation macht Dagobert Lindlau darauf aufmerksam, welche ungeheuren Anstrengungen nötig sind, dem Problem der Umweltzerstörung und der Überbevölkerung zu begegnen.
**21.15 Walt Disneys Micky und Donald**
50 Jahre Donald Duck
**21.45 Talentschuppen**
Dieter *Pröttel* präsentiert musikalischen Nachwuchs.
**22.30 Tagesthemen**
**23.00 Das zweite Erwachen der Christa Klages**
*Deutscher Spielfilm (1978)*
Mit Tina Engel, Silvio Reize u. a.
Regie: Margarethe von Trotta
Christa und Werner haben eine Bank überfallen, um mit dem Geld einen Kinderladen zu unterstützen.
**0.30 Tagesschau**

### ZDF

**17.00 heute / Aus den Ländern**
**17.15 Tele-Illustrierte**
Anschl. heute-Schlagzeilen
**18.00 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!**
Alte Freunde
Der Filmregisseur Adalbert Meyrink hält, zusammen mit einem exzentrischen Stammgast, Chefportier Huber ganz schön auf Trab. *Doch interessant wird es erst, als* sich in dem Wiener Hotel einige Freunde aus vergangenen Zeiten wiedertreffen ...
**19.00 heute**
**19.30 Von Küste zu Küste**
**21.00 Kontakte**
Es geht ums Leben
Paragraph 218: Wo bleiben die Männer?
Moderation: Michael Albus
**21.45 heute-journal**
**22.05 Telemotor**
Das Automagazin mit Harry Valerien
Das Auto – ein Wegwerfprodukt? / Der Trend zum Freizeitauto: Der Jeep / Diskussion über Sinn und Unsinn der neuen Notträder / Autotest: Honda Civic Shuttle
**22.50 Apropos Film**
Aktuelles aus der Filmbranche
Das von Peter Hajek und Helmuth Dimko moderierte Magazin zeigt dem Zuschauer u. a. Auschnitte aus dem Film „Der Stoff, aus dem die Helden sind", in dem es um die ersten amerikanischen Astronauten geht.
**23.35 Zeugen des Jahrhunderts**
Leo Löwenthal im Gespräch mit Peter Koslowski / Teil 2
**0.20 heute**

### III.

**WEST**
**18.30 Die Sendung mit der Maus**
**19.00 Aktuelle Stunde**

**NORD/HESSEN**
*Gemeinschaftsprogramm:*
**18.00 Die Sendung mit der Maus**
**18.30 Aus der Klamottenkiste**
**19.00 Sich fügen heißt lügen**
Der Poet und Publizist Erich Mühsam (1878–1934)

**WEST/NORD/HESSEN**
*Gemeinschaftsprogramm:*
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Geheimring 99**
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Cornel Wilde u. a.
Regie: Joseph H. Lewis
**21.40 Verkabelt und verkauft**
Film von Rüdiger Mörsdorf und Rüdiger Steinmetz
**22.25 Aktenmäßige Nachricht**
Von der wider Johann Christoph Krop angestellten Untersuchung und dessen Verurteilung
In der Pfingstnacht 1783 werden in Lemgo ein Gastwirt, seine Frau und eine Dienstmagd auf schreckliche Weise ermordet. Der Leineweber Johann Christoph Krop gerät in den Verdacht, der Täter zu sein.
**23.45 Letzte Nachrichten**

**SÜDWEST**
*Nur für Baden-Württemberg:*
**19.00 Abendschau**
*Nur für Rheinland-Pfalz:*
**19.00 Abendschau**
*Nur für das Saarland:*
**19.00 Saar 3 regional**
*Gemeinschaftsprogramm:*
**19.25 Nachrichten**
**19.30 Berühmte Ärzte der Charité: Chirurgus Johann Paul Schroth**
**21.05 Sport unter der Lupe**
**21.50 Ein Beruf wie jeder andere**
Arbeitsalltag eines Heilerziehungspflegers
**22.35 Beat! Beat! Beat!**
**23.05 Daniel Ortega und Nicaraguas Revolution**
Interview von Hartmann von der Tann zum 5. Jahrestag des Somoza-Sturzes
**23.35 Nachrichten**

**BAYERN**
**18.45 Rundschau**
**19.00 Königliches Abenteuer**
Lustspiel von Gerhard Biller
**20.45 Auf der Suche nach der Wahrheit**
**21.30 Rundschau**
**21.45 Z. E. N.**
**21.50 Das süße Leben**
Ital.-franz. Spielfilm (1959)
Mit Marcello Mastroianni, Anita Ekberg, Anouk Aimée u. a.
Regie: Federico Fellini
**0.35 Rundschau**
**0.40 Actualités**



**Bei diesen Temperaturen wird's auch mancher Ente zu heiß (Walt Disneys Micky und Donald: 50 Jahre Donald Duck – ARD, 21.15 Uhr)**

FOTO: KÖVESDI

SCHWIMMEN / Werbetour des Rekord-Olympiasiegers von München

# Wie Mark Spitz sich selbst, eine Idee und Sonnenschutzmittel verkauft

ULRICH SCHMIDLA, **Köln**

Gestern war er in Stuttgart, heute ist er in München. Das Programm ist immer das gleiche, wie überall in den zehn größten Städten der Bundesrepublik: 9.00 Uhr Besprechung Mark Spitz mit den Trainern, 9.45 Uhr Begrüßung von Mark Spitz durch „Repräsentanten aus Politik und Gesellschaft", 10.30 Ansprache von Mark Spitz an die Teilnehmer dieser Veranstaltung, 10.45 Uhr Beginn des Schwimm-Unterrichts. Und so weiter, Mark Spitz, Mark Spitz, Mark Spitz.

Die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) war auf die Idee gekommen und hatte einen Sponsoren gefunden (Piz Buin), nun tingelte er durch deutsche Lande, um zu werben: für den Sport („Schwimmen ist mit der gesündeste Sport"), für seine Sportschuhe, Jogging-Anzüge, Schwimm- und Tauchanzüge, für die bekannten Sonnenschutzmittel, selbstverständlich. In Köln war Mark Spitz auch, an einem Vormittag der Widersprüche.

Vor zwanzig Jahren war Mark Spitz das erste Mal in Köln. Auf einem Foto. Der amerikanische Schwimmtrainer George Haines hatte es auf seiner Deutschlandreise mitgebracht. Bei einem Vortrag in der Sporthochschule sagte Haines über den damals 14 Jahre alten Jungen: „Das wird mal ein Olympiasieger."

Mark Spitz wurde Olympiasieger, und was für einer. Seine sieben Goldmedaillen, die er 1972 in München jedesmal mit Weltrekord errang, sind eine unerreichte Leistung. Eine Traumkarriere wurde ihm auch außerhalb des Schwimmbeckens vorausgesagt, doch aus ihr wurde nichts so Rechtes.

Auf den Autogrammkarten, die jetzt bei seinem Besuch in Köln neben ihm auf dem Mattenwagen liegen, sieht er groß und schlank aus. Man würde ihn vom Foto her sicher auf 1,90 schätzen. Das Bild ist zwar schon 12 Jahre alt, aber selbst in dieser Zeitspanne kann ein Mensch nicht um soviele Zentimeter schrumpfen, zumal, wenn er noch so jung ist wie Mark Spitz. Denn in Wirklichkeit mißt der 34 Jahre amerikanische Superschwimmer vergangener Jahre höchstens 1,80 Meter. Ein Widerspruch.

In dem holzvertäfelten Kraftraum der Kölner Sporthochschule haben sich etwa 100 interessierte Studenten zu einem Gespräch mit dem siebenmaligen Goldmedaillengewinner von 1972 eingefunden. Das Gespräch gerät zum Monolog. Noch ein Widerspruch?

Mark Spitz sitzt da in weißen Turnschuhen, Bluejeans, gelbem Sweatshirt. Sein schwarzer Schnäuzer und seine schwarzen *Haare, auf dem* gelben Pullover noch einmal wie ein klischeehaftes Markenzeichen abgebildet, rahmen das Gesicht, das noch immer zu einem Filmhelden passen würde. Mark Spitz wurde keiner wie Tarzan Jonny Weißmueller. Schon wieder ein Widerspruch?

Ein Dozent hält die Begrüßungsrede. Mark Spitz sitzt noch immer auf dem Mattenwagen, steht auf, rückt einige Matten zurecht, setzt sich wieder darauf. Er zappelt mit den Füßen. Sein Blick wandert an der Decke entlang. Er schiebt den Unterkiefer hin und her und fragt dann über Mikrophon, ob jemand eine Übersetzung benötige. Es meldet sich keiner. Niemand stört ihn also. Und doch hat er Schwierigkeiten. Mit seinen Füßen verheddert er sich ab und zu im Kabel. Er merkt es, verheddert sich wieder. Das Talent zum Showmaster besitzt er nicht. In Amerika haben sie das schon damals erkannt, als er mit seinen sieben Goldmedaillen Talkmaster werden sollte, eine Show-Größe mit Millionenverträgen.

Selbstverständlich, Mark Spitz verkauft noch heute dank seines großen Namens. Normalerweise Immobilien. Zur Zeit in Deutschland neben der Idee des Schwimmens eben dieses Sonnenschutzmittel. Nicht so direkt Fläschchen gegen Geld, mehr indirekt, so wie es alle machen, die im Sport Erfolg haben und hatten: Mit dem Firmennamen auf dem Dress. Das kann er.

In Köln ist das übliche Programm verändert worden, der Hochschule wegen. Keine Lehrstunde für die Öffentlichkeit, wie in Düsseldorf, Dortmund, Hamburg oder Stuttgart, sondern etwas für die Wissenschaft. Schwerpunkte der Vorbereitung auf Mexiko und München, Kennzeichnung des Stellwertes und der Anwendung psychologischer Wettkampf- und Trainingsverfahren und soziale Hintergründe der US-Schwimmsportkarrieren standen auf dem Programm. Und dann die Demonstration von Schwimmtechniken.

Noch einmal erzählt Mark Spitz die Geschichte seines Erfolges, den anschließenden Mißerfolg im amerikanischen Show-und Werbegeschäft erwähnt er nicht. Er kann sich nicht produzieren. Er spricht von sich als einem Teil einer fortwährenden Entwicklung. Deshalb würde er es auch bedauern, wenn sein Rekordgewinn an Goldmedaillen nicht mehr gebrochen würde. „Ich möchte diesen Tag noch erleben", wünscht er sich, der widersprüchliche Rekordhalter.

Als bei den anschließenden Fragen der Studenten der Name Michael Groß fällt, huscht dem Amerikaner ein Lächeln übers Gesicht. Damit habe er gerechnet. „Michael Groß kann in Los Angeles zwei Goldmedaillen gewinnen, wenn ihn der Druck der Öffentlichkeit nicht zu stark belastet", sagt Mark Spitz. Für seinen Nachfolger hält er den Deutschen offenbar nicht. Aber Michael Groß hält auch Mark Spitz, den großen Mark Spitz, nur noch für sportliche Vergangenheit. Der Versuch, beide gemeinsam auf ein Foto zu bekommen, gelang erst nach mühsamen Anläufen. Michael Groß: „Das tut er doch nur, weil es seinem Image nutzt."

Der Rekord-Olympiasieger und einer seiner möglichen Nachfolger: eine sportliche Legende, die sich auch noch in der Gegenwart verkaufen muß, und ein kommender (möglicher) Olympiasieger, der „diese ganze Verkaufe" nicht mag. Widersprüche.

OLYMPIA

# Einigung mit der Polizei

sid/dpa, **Los Angeles**

Der Streit um die Kosten für die Sicherheitsvorkehrungen bei den Olympischen Spielen ist endlich beigelegt worden. Nach der Einigung zwischen den beiden beteiligten Parteien wird das Organisationskomitee (LAOOC) der Polizei von Los Angeles für die Sicherheit im Olympischen Dorf und den neun olympischen Sportstätten 9,5 Millionen Dollar zahlen. Ursprünglich wollte das LAOOC nur 4,4 Millionen Dollar ausgeben.

Die Sicherheitskräfte müssen vor allem mit Anschlägen des Ku Klux Klan rechnen. Die amerikanische Untergrundorganisation hat Morddrohungen gegen die Olympia-Teams von Sri Lanka, Malaysia und Singapur ausgesprochen. In einem Brief des Ku Klux Klan an das NOK von Singapur heißt es: „Wir werden nicht erlauben, daß schwarze und gelbe Affen an den Spielen teilnehmen."

Probleme werfen auch die Visaanträge von bulgarischen und sowjetischen Funktionären auf, die als Kampfrichter teilnehmen wollen. Mario Baggi, Mitglied des Repräsentantenhauses, forderte das Außenministerium auf, diese Anträge abzulehnen. Ein Sprecher des Ministeriums erklärte jedoch: „Kein Kampfrichter, der eine olympische Identitätskarte besitzt, wird am Betreten der USA gehindert."

## SPORT-NACHRICHTEN

### Sieg für Olympia-Auswahl

**Marburg** (dpa) – Die deutsche Olympia-Auswahl kam in einem Vorbereitungsspiel für das Fußball-Turnier bei den Spielen in Los Angeles gegen den hessischen Landesligaklub FSV Cappel zu einem 8:0-Erfolg. Vor 1500 Zuschauern in Marburg war Dieter Schatzschneider mit drei Toren erfolgreichster Schütze.

### Großer Empfang für Lendl

**Prag** (dpa) – Auf dem Flughafen von Prag gab es einen großen Empfang für Tennisstar Ivan Lendl, der nach eineinhalb Jahren erstmals wieder in die CSSR reiste. Lendl wurde vom Vorsitzenden des Sportverbandes der CSSR begrüßt und in den Regierungssalon des Flughafens gebracht. Der lange mit dem Verband im Streit lebende Lendl wird am Wochenende für die CSSR im Daviscup gegen Frankreich spielen.

### Tennis: Kohde holt auf

**Bonn** (sid) – Die Saarbrückerin Claudia Kohde arbeitet sich in der Weltrangliste wieder nach oben und steht nach den Turnieren in Paris, Eastbourne und Wimbledon bereits auf Platz neun.

### Bagni will nicht zu Neapel

**Lucca** (sid) – Salvatore Bagni will nicht zum AC Neapel wechseln, sondern bei Inter Mailand bleiben oder seine Karriere als Fußballspieler beenden. Dies erklärte der 28 Jahre alte Italiener, für den Neapel bereits 6,8 Millionen Mark Ablöse bezahlt hat.

### Hockey: Hohe Niederlage

**Frankfurt** (sid) – Die deutsche Hokkey-Auswahl der Juniorinnen unterlag in einem Freundschaftsspiel gegen die Damen-Mannschaft Australiens in Frankfurt mit 0:5. Am Wochenende tragen die Australierinnen gegen die deutsche Damen-Nationalmannschaft zwei Länderspiele aus.

### Schwere Gruppe

**Genf** (sid) – Bei der Auslosung der Europameisterschaft für Fußball-Nationalmannschaften der Damen erhielt Deutschland eine schwere Gruppe zusammen mit Finnland, Dänemark und Norwegen. Dänemark gehört zu den stärksten Teams der Welt.

## ZAHLEN

**RADSPORT**

**Tour de France,** 12. Etappe von Saint-Girons nach Blagnac (111 km): 1. Poisson (Frankreich) 2:39,16 Stunden, 2. Vanderaerden (Belgien) 10 Sek. zurück, 3. van Vliet (Niederlande) 20 Sek. 4. Vallet (Frankreich), 5. Hoste (Belgien) beide 30 Sek. 6. Gauthier (Frankreich) 36 Sek., 132. Dietzen (Deutschland) 2:04 Min. zurück. – Gesamtwertung: 1. Barteau 54:17:21 Stunden, 2. Le Gouilloux 7:47 Min. zur., 3. Fignon (alle Frankreich) 10:25, 4. Veldscholten (Niederlande) 12:28, 5. Hinault (Frankreich) 12:38, 8. Anderson (Australien) 13:29 Min. zur.

LEICHTATHLETIK

# Lob für Schmid: „Eine Gefahr für Edwin Moses"

sid/dpa, **Lausanne**

„Edwin Moses muß sich vor diesem Deutschen vorsehen", lobte der staunende Hürdenläufer Bart Williams. Sein amerikanischer Teamgefährte Tony Rambo sagte: „Dieser Deutsche ist viel stärker als ich gedacht hatte." Die Zeitung „Le Matin" faßte alles in einem Wort zusammen: „Phantastisch!" Harald Schmid (26) war gemeint, der Europameister über 400 Meter Hürden, der beim Sportfest in Lausanne mit 47,69 Sekunden das zweitschnellste Rennen seiner Laufbahn absolvierte.

Schmid, der nur bei seinem Europameisterschaftssieg 1982 in Athen mit 47,48 Sekunden (Europarekord) schneller war, schien das Lob gar nicht recht zu sein: „Diese Zeit verunsichert mich total. Das Rennen war viel zu schnell. Vielleicht war das schon mein Saisonhöhepunkt. Jetzt fürchte ich, daß ich zu früh in Form bin. Am Ende wirkt sich gerade das in Los Angeles negativ aus."

Warum diese Angst vor der eigenen Courage? Immerhin gibt es für das *schnelle Rennen von Schmid* zwei einleuchtende *Erklärungen:* Einmal förderte das warme Wetter die Leistung, zum anderen tat es zuvor schon Schmids Ehefrau Elzbieta, die Schwester der polnischen Hürdenweltrekordlerin Grazyna Rabsztyn. „Sie hat", sagte Schmid, „mit mir in *diesem Jahr viel an meiner Hürden*technik gefeilt."

In Lausanne sah man das erste Ergebnis: So flüssig, so elegant überlief Schmid die Hürden, daß selbst Fachleute sich erstaunt die Augen rieben. Und Harald Schmid will mehr, schließlich hat er sich nicht ein Jahr für nichts und wieder nichts vom Studium befreien lassen. Schmid: „Jetzt wird erst einmal noch härter trainiert, damit es nicht in Los Angeles heißt: Der Schmid war ja in Lausanne ganz gut, aber bei den Olympischen Spielen hat er nicht viel gebracht."

*Im Schatten des Hürdenrennens* standen in Lausanne die anderen Wettbewerbe. Pierre Quinon (Frankreich) war mit 5,80 m im Stabhochsprung nicht zu schlagen. Er scheiterte erst an der Weltrekordhöhe von 5,90 m. Der Kölner Carlo Thränhardt mußte sich trotz 2,30 m im Hochsprung mit Platz drei begnügen, Jacek Wszola (Polen) und Roland Dalhäuser (Schweiz) lagen mit gleicher Höhe vor ihm, Olympiafahrer Gerd Nagel (Frankfurt) mit übersprungenen 2,25 m allerdings noch weiter zurück. Europameister Hans-Peter Ferner erzielte mit 1:45,45 Minuten eine deutsche Jahresbestleistung im Lauf über 800 Meter. Der Versuch des Marokkaners Aouita, den Weltrekord über 5000 m anzugreifen (13:00,42), scheiterte in 13:12,51 Minuten.

# SPD-Umfrage: FDP würde in Berlin nur drei Prozent erhalten

HANS R. KARUTZ, Berlin

Die Berliner FDP würde gegenwärtig bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus an der Fünf-Prozent-Grenze scheitern. Bliebe es dabei, könnte der CDU / FDP-Senat seine Arbeit im Frühjahr nicht fortsetzen, zumal auch der Anteil der Union „bröckelt".

Nachdem bereits der Senat kürzlich eine Emnid-Umfrage unter 1517 repräsentativ ausgewählten Berlinern auswertete, die die Freien Demokraten bei vier Prozent sah, legte jetzt die SPD eine Infratest-Umfrage unter 1210 Berlinern vor. Nach der sogenannten Sonntags-Frage ergab sich folgendes Bild: CDU 46, SPD 37, Alternative Liste elf und FDP drei Prozent. Acht Prozent der Befragten gaben keine Antwort.

Die SPD kann offenbar hoffen, unter Hans Apel wieder einen großen Teil früherer Anhänger zurückzugewinnen. 59 Prozent der SPD-Sympathisanten bezeichneten sich jedenfalls als Stammwähler, während dieser Anteil bei der CDU 54 Prozent betrug. Lediglich 14 Prozent der AL-Anhänger behaupteten das auch von sich. Jeweils 17 Prozent der CDU- und SPD-Anhänger ließen offen, wie sie sich tatsächlich am Wahltag entscheiden und ordneten sich als „ungebundene Situationswähler" ein.

Bei den Sozialdemokraten gründet sich die Hoffnung auf ein besseres Resultat, als 1981 unter Hans-Jochen Vogel (38,3 Prozent), auf den Umstand, daß die SPD gegenüber einer Umfrage nach den Senats-Sturz im Frühjahr 1981 um fünf Punkte besser liegt.

Die bedenklichen FDP-Zahlen müssen unter dem Vorbehalt gesehen werden, daß die Berliner Freien Demokraten in der Regel von den Zweitstimmen profitieren und beispielsweise vor den Wahlen 1979 und 1981 in Umfragen ebenfalls unterhalb der Fünf-Prozent-Grenze lagen. Die neuerliche Umfrage läßt jedoch erkennen, daß sich bei der FDP so gut wie nichts „bewegt", während die CDU mit Minus-, die SPD hingegen mit Pluszeichen notiert wird.

# Terroristen in Wien Anhänger Bhuttos?

dpa, Wien

Die neun in Wien festgenommenen mutmaßlichen Terroristen, bei denen erhebliche Mengen Waffen und Sprengstoff gefunden worden waren, haben sich als Anhänger des hingerichteten ehemaligen pakistanischen Präsidenten Bhutto ausgegeben. Nach Angaben der Polizei planten die Verhafteten in den ersten Juli-Tagen eine Konferenz von Wirtschaftswissenschaftlern in Wien zu überfallen und „bis zu 200 Geiseln" zu nehmen, um politische Gefangene in Pakistan freizupressen.

Auf dem Weg nach Wien hatte die *Gruppe offenbar in Damaskus* Station gemacht, um dort die Einzelheiten ihres Auftrages zu erfahren.

# Vorbehalte Moskaus gegen Honecker-Reise

**„Neues Deutschland" druckt sowjetischen Kommentar**

hrk. Berlin

Die Sowjetunion begt offenbar noch immer erheblichen politischen Vorbehalt gegen die geplante Reise von Erich Honecker in die Bundesrepublik. Dies ergibt sich aus einem Tass-Kommentar zum Honecker-Interview im „Messaggero", den das SED-Blatt „Neues Deutschland" gestern anstelle eines eigenen Beitrags in seiner Kommentar-Spalte nachdruckte. Tass unterschlägt dabei jeden Hinweis auf Honeckers nunmehr unmißverständliche Festlegung über „meinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland" in dem Gespräch mit der italienischen Zeitung.

Der zweispaltige Tass-Kommentar enthält lediglich eine Zusammenfassung von Äußerungen, die offenkundig allein ins Bild der sowjetischen Außen- und Westpolitik passen. Es fehlt nicht die Wiedergabe von Honeckers Lob, die UdSSR habe ihre Bereitschaft bekräftigt, „diese Fragen (Abrüstung. d. Red.) ernsthaft am Verhandlungstisch zu erörtern, sobald die amerikanische Seite die von ihr geschaffenen, im Grunde ultimativen Bedingungen für Verhandlungen rückgängig macht".

Dagegen geht Tass bezeichnenderweise nicht auf die Formulierung Honeckers ein, die Regierung in Ost-Berlin würde bei einem Abbau der Pershing II in der Bundesrepublik „dann die gleichen Schritte unternehmen, damit auch die bei uns als Gegenmaßnahme aufgestellten operativ-taktischen Raketen größerer Reichweite wieder abgezogen werden".

Zum Verhältnis zwischen den beiden Staaten in Deutschland greift die sowjetische Nachrichtenagentur ausschließlich die scharfe Replik Honeckers auf das Stichwort „Wiedervereinigung" auf, das die italienischen Journalisten genannt hatten. Honecker wird bei Tass mit dem Hinweis zitiert, wer einem „Offenhalten der sogenannten deutschen Frage" das Wort rede, verfolge das Ziel, den territorialen Status quo in Europa zu revidieren.

Die sowjetische Seite zeigte nach Informationen aus dem Rathaus Schöneberg auch beträchtlichen Unmut über die offenbar ohne längere Rücksprache getroffene Entscheidung Ost-Berlins, den Grenzübergang Staaken länger als vertraglich vorgesehen für weitere drei Jahre offenzuhalten. Die Fernstraße 5 führt als Zubringer zur Hamburg-Autobahn durch ein dichtgestaffeltes sowjetisches Kasernen- und Panzerübungsgelände, das die Sowjets endlich vor westlichen Einblicken sicher wissen wollten.

In Kreisen der sowjetischen Botschaft Unter den Linden versäumen maßgebliche Mitarbeiter auch nicht, bei halboffiziellen Treffen mit westlichen Vertretern ihren Argwohn gegenüber der West-Politik der „DDR" zu äußern. Sie sprechen von einem Element der „Destabilisierung", das sie in bezug auf eine einheitliche Politik des Ostblocks befürchten.

Moskau sieht die geplante Honecker-Visite im Südwesten Deutschlands anscheinend auch deshalb nicht gern, weil es zunächst eine Reise von Generalsekretär Tschernenko nach Bonn abwarten will. Bei seinem Besuch in Moskau vor einiger Zeit hatten die Gastgeber gegenüber Bundesaußenminister Genscher angedeutet, mit einer derartigen Visite könne zum Jahresende oder aber erst später gerechnet werden.

# Geißler zum Streit um Pro Familia: Das geltende Recht einhalten

**WELT-Interview mit dem Bundesfamilienminister / „Es geht nicht um Kulturkampf"**

DW. Bonn

Bundesfamilienminister Heiner Geißler hat in einem WELT-Interview seine Kritik an den Beratungspraktiken der Organisation Pro Familia verteidigt. Mit Geißler sprach Manfred Schell.

**WELT:** Warum wollen Sie Pro Familia den Status einer offiziellen Beratungsstelle aberkennen?

**Geißler:** Es geht überhaupt nicht darum, eine neue Diskussion um den Paragraphen 218 zu eröffnen. Die Position der Bundesregierung ist klar. Wir streben keine Änderung des Paragraphen 218 an. Aber es geht darum, daß das geltende Recht eingehalten wird. Und nach dem geltenden Recht, nämlich dem Paragraphen 218 h, haben die Beratungsstellen über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen für schwangere Mütter und Kinder zu beraten und insbesondere die ratsuchende schwangere Frau über solche Hilfen zu informieren, die die Fortsetzung der Schwangerschaft und die Lage von Mutter und Kind erleichtern. Das ist die gesetzliche Regelung. Es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß die Mittel, die die Bundesstiftung Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens" zur Verfügung stellt, Hilfen im Sinne dieses Gesetzes sind. Denn sie sollen ja dazu dienen, Frauen, die sich in der sozialen Not befinden, zu helfen. Natürlich nicht allein, sondern zusammen mit dem Erziehungsgeld und den anderen familienpolitischen Leistungen.

Demgegenüber hat nun der Bundesvorstand von Pro Familia mehrfach erklärt, daß er die Mitarbeit an dieser Bundesstiftung ablehnt und darüber hinaus die Mittel der Bundesstiftung öffentlich als Almosen *mit Zwangscharakter*, als Geburtenprämie und einiges andere mehr diskriminiert. Dies bedeutet, und das ist mein Vorwurf, daß Frauen, die zur Beratung zur Pro Familia kommen, schon einen wichtigen Teil der ihnen zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel, nämlich denen der Bundesstiftung, ausgesperrt werden, zumindest Gefahr *laufen*, ausgesperrt zu werden. Eine Beratungsstelle, die ratsuchenden Frauen solche Hilfen verweigert, handelt entgegen dem Geist und Sinn des Gesetzes und erfüllt infolgedessen nicht die Voraussetzung für eine Anerkennung.

**WELT:** Herr Geißler, Pro Familia finanziert sich nach eigenen Aussagen zu 80 Prozent aus öffentlichen Mitteln. Das heißt also, wenn Sie sich mit Ihrer Forderung *durchsetzen*, müßte die Beratungsstelle ihre Tätigkeit beenden?

**Geißler:** Ich will dies gar nicht. Sondern ich möchte haben, daß Pro Familia den Auftrag des Gesetzes ernst nimmt und die Frauen über alle Hilfen berät, die es ihnen ermöglicht, das Kind auf die Welt zu bringen. Aber dann muß Pro Familia von dieser offiziellen Empfehlung herunterkommen und wenn Pro Familia jetzt sagt, daß sie bei der Beratung sehr wohl auf die Hilfen aufmerksam machen wolle, die von der Bundesstiftung gegeben werden, dann ist es natürlich in einem hohen Maße moralisch doppelbödig. Man kann ja nicht eine solche Äußerung jetzt tun und vorher auf Bundesebene gegen die Bundesstiftung Agitation betreiben. Außerdem ist eine solche Äußerung unglaubwürdig, da aufgrund der Charakterisierung der Mittel der Bundesstiftung durch Pro Familia die ratsuchenden Frauen ja gerade davon abgehalten werden, die Mittel in Anspruch zu nehmen

**WELT:** Wie werden Sie weiter vorgehen?

**Geißler:** Ich werde jetzt an die Minister der Länder noch einmal schreiben und sie informieren über meine Rechtsauffassung. Ich werde auch an den Minister Farthmann schreiben, der nun eine völlige Verdrehung meines Anliegens und meiner Kritik an Pro Familia vorgenommen hat. Es geht überhaupt nicht um einen Kulturkampf, um Paragraph 218, sondern darum, daß das geltende Recht, das er als einen tragbaren Kompromiß angesehen hat, auch wirklich eingehalten wird. Im übrigen bin ich auch der Auffassung, das will ich gerade Herrn Farthmann auch sagen, daß die Praxis, die ja in vielfältiger Weise darauf hinaus läuft, daß durch die Hintertür die vom Gesetzgeber und vom Bundesverfassungsgericht abgelehnte Fristenlösung wieder eingeführt wird, sich auf einer Ebene befindet mit einer Entwicklung, die ohnehin *das geltende Recht* opportunistischen oder machtorientierten Interessen zu opfern bereit ist. Das liegt auf einer Ebene, mit Demütigungen und Bedrohungen arbeitswilliger Arbeiter durch Streikposten oder mit den von der SPD und auch den Grünen unterstützten rechtswidrigen Nötigungen und angeblichen nur formalen Gesetzesverletzungen der sogenannten Friedensbewegung. Hier ist der größere Zusammenhang zu sehen. Gerade die Sozialpolitiker wissen, daß die sozial Schwächeren die Leidtragenden sind, wenn der Rechtsstaat ausgehöhlt wird.

# Anschlag auf Botschaft Libyens in Beirut

AFP, Beirut

Sieben maskierte Männer haben gestern vormittag einen Sprengstoffanschlag auf die libysche Botschaft in Beirut verübt. Für das Attentat, bei dem niemand verletzt wurde, übernahmen die „Brigaden Mussa Sadr" die Verantwortung. Ein anonymer Anrufer warnte im Namen der „Brigaden", daß der Besuch des libyschen Außenministers Abdel Salam Triki in Beirut weitere anti-libysche Aktionen zur Folge hätte. Das libanesische Kabinett beriet unterdessen über Möglichkeiten zur Regelung des Problems der im Verlauf des Bürgerkrieges vermißten Personen.

Die libysche Botschaft war im Morgengrauen von sieben schwerbewaffneten, maskierten Männern gestürmt worden, die die libyschen Wachposten und libanesischen Polizisten ausgeschaltet hatten. Die Attentäter brachten in einem Fahrstuhlschacht eine Sprengladung an und lösten die Explosion durch Fernzündung aus. Der Anschlag verursachte großen Sachschaden. Wie die libanesische Polizei mitteilte, meldete sich kurz nach dem Attentat ein anonymer Anrufer bei einem ausländischen Journalisten und teilte mit, ein „Kommando der Brigaden Mussa Sadr" habe die Drohungen gegen die libysche Vertretung in die Tat umgesetzt. Der Anrufer warnte davor, den libyschen Außenminister Triki in Beirut zu empfangen. Triki traf am Mittwochvormittag in Damaskus mit Staatspräsident Hafez el Assad zusammen und sollte noch am Nachmittag nach Beirut weiterreisen.

Die „Brigaden Mussa Sadr", eine radikale schiitische Organisation, haben bereits durch eine Reihe anti-libyscher Anschläge von sich reden gemacht. Sie verlangen von Libyen die „Freilassung" des Schiiten-Imam Mussa Sadr, der in Libyen 1978 verschwand. Während die libanesischen Schiiten Libyen beschuldigen, den Imam möglicherweise ermordet zu haben, behauptet Libyen, er sei nach Italien abgereist.

# „Wie ein Bombenangriff"

● Fortsetzung von Seite 1

über eine zirka 40minütige Serie von Explosionen und einer „mindestens 15 Meter hohen Feuersäule" über den Kasernen, eine „Geräuschkulisse wie bei einem Bombenangriff".

*Es wurden weder zivile noch* militärische Feuerlöschgruppen der Nationalen Volksarmee auf das sowjetische Kasernengelände gelassen. So verging lange Zeit bis die russischen Feuerlöscheinheiten eintrafen. Die „Schweriner Volkszeitung" meldete die *Explosion bereits am nächsten* Tag. Dieser Bericht ging offensichtlich auf eine Anweisung der SED-Bezirksleitung in Schwerin zurück.

Die ersten Berichte über die Detonation in Seweromorsk, bei der 580 der zur Nordmeerflotte gehörenden 900 Luftabwehrraketen der Typen SA-N-1 und SA-N-3 sowie 320 der 400 Schiffsraketen des Typs SS-N-3, atomare Trägerwaffen des Typs SS-N-12 und der gesamte Bestand von rund 80 SS-N-22 Boden-Bodenraketen zerstört wurden, hatten aufgrund der Beobachtungen von Wettersatelliten von einer atomaren Explosion gesprochen. *Diese Meldungen* wurden nicht bestätigt.

Die gewaltige Zerstörung, bei der mindestens 200 Personen getötet wurden, bedeutet nach der Analyse von „Jane's Defence Weekly", daß die Nordmeerflotte, die stärkste der vier sowjetischen Flotten, ihre 148 Schiffe in absehbarer Zeit nicht adäquat wiederbewaffnen kann. Ein Wiederaufbau des Marinestützpunktes wird mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen. Offenbar sind aber die unterirdischen Munitionsdepots bei Seweromorsk, in denen SS-N-17-Raketen für die 190 Unterseeboote der Nordmeerflotte gelagert sind, nicht explodiert.

Nach bisherigen Auswertungen zeigt die Explosionsausbreitung, daß die Munitionslager in offenbar zu engen Abständen angelegt worden sind, so daß es zu einer Kettenreaktion kam. Die „Jane's Defence Weekly" vermutet, daß die Explosion in einem Großmagazin ihren Anfang nahm. Amerikanische Experten sprechen von mangelnden technischen Vorsichtsmaßnahmen und schlechter Ausbildung des Personals.

# Vorstoß für höheres Arbeitslosengeld

***CDU-Sozialpolitiker: „Auf früheres Maß anheben"* / CSU regt Beitragssenkung an**

GISELA REINERS, Bonn

Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sollten nach Ansicht des CDU-Sozialexperten Adolf Müller (Remscheid) wieder auf „das frühere Maß" angehoben werden. Die Überschüsse von rund drei Milliarden, die in diesem Jahr bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg anfielen, sollten dafür verwendet werden, sagte Müller gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung". Seine Vorschläge werden vom Vorsitzenden der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Alfons Müller (Wesseling), „voll unterstützt". Die CSU dagegen regt eine Beitragssenkung für Nürnberg an.

Müller (Remscheid) ging damit auf Äußerungen des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr ein, der von einer „neuen Armut" bei Arbeitslosen gesprochen hatte. Muhr bezeichnete es als „sozialpolitische Katastrophe", daß Arbeitnehmer zu langer unverschuldeter Arbeitslosigkeit verdammt würden, ohne daß eine „menschenwürdige Existenz" gesichert sei. Deshalb müsse jeder Erwerbslose zumindest einen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe erhalten. Für alle müsse eine „bedarfsorientierte Mindestsicherung" gewährleistet sein.

Müller (Remscheid) meinte zum Problem der Langzeit-Arbeitslosen, es müsse überprüft werden, ob die Dauer der Zahlung von Arbeitslosengeld verlängert werde, „um die Leute von der Sozialhilfe fernzuhalten". Darin sei er sich mit Muhr einig. Es dürfe aber nicht übersehen werden, daß der Bund „sehr viel in den Etat der Bundesanstalt hineingeschossen hat".

Der CDU-Abgeordnete Müller (Wesseling) schlug vor, Arbeitslosengeld und -hilfe jeweils ein halbes Jahr länger zu zahlen. Das komme vor allem den Älteren zugute, die oft ohne Schuld „vom Arbeitsleben ausgeschaltet" würden und bei der Sozialhilfe landeten. Nach Darstellung des Arbeitsministeriums wird die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg den eingeplanten 1,7-Milliarden-Zuschuß nicht benötigen. Ob sie darüberhinaus einen Überschuß erzielen werde, sei nicht abzusehen.

Muhr hatte vorgerechnet, daß der Anteil der Arbeitslosen mit Anspruch auf Arbeitslosengeld weiter schrumpfe. 1983 war der Zugang zur Unterstützung aus Nürnberg erschwert worden. Nur wer in fünf Jahren 36 Monate Beiträge gezahlt hat, erwirbt Anspruch auf höchstens ein Jahr Arbeitslosengeld. Anschließende Arbeitslosenhilfe (zu zahlen aus der Bundeskasse) wird nur bei Bedürftigkeit gewährt. Arbeitslosengeld beträgt 68, bei Alleinstehenden und Kinderlosen 63, Prozent vom Nettolohn (ohne Feiertags- und Nachtzuschläge), Arbeitslosenhilfe 58 und 56 Prozent. Armut unter Arbeitslosen sei wieder zum festen Bestandteil des Sozialstaats geworden, meinte Muhr.

Im Juni war die Quote der Leistungsempfänger von 65,1 auf 63 Prozent gesunken. In absoluten Zahlen: Von 2,1 Millionen Erwerbslosen erhielten nur 1,3 Millionen Stempelgeld.

# Intercity vorerst nicht nach Berlin

rtr, München

Berlin wird vorerst nicht an das schnelle Intercity-Netz der Deutschen Bundesbahn angeschlossen. Bundesverkehrsminister Werner Dollinger sagte gestern zum Abschluß eines dreitägigen Besuchs seines „DDR"-Amtskollegen Otto Arndt vor der Presse, die Elektrifizierung und aRekonstruktion der Strecke von Hannover nach Berlin würde nach westlichen Berechnungen mindestens eine halbe Milliarde Mark kosten. Dies sei aber für die Bundesregierung „im Moment nicht finanzierbar". Arndt bezifferte die Forderung der „DDR" sogar auf mindestens eine Milliarde Mark. Wegen der hohen Kosten, so Dollinger, wird es zunächst auch keine Verhandlungen mit Ost-Berlin über das Projekt geben.

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## *Abfall der Großstädte*

**„Im Bleibergwerk sieht Köln seine letzte Rettung"; WELT vom 26. Juni**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

mit großer Aufmerksamkeit habe ich diesen Artikel gelesen. Ich darf jedoch ergänzend einige Bemerkungen aus kommunaler Sicht, was die Abfallbeseitigung betrifft, anfügen.

Nach dem derzeitigen Stand der Technik bleiben für die Abfallbeseitigung

a) Deponien, die nach abfalltechnischen Gesichtspunkten einwandfrei ausgebaut sind und

b) Müllverbrennungsanlagen mit einer technisch ausgereiften Rauchgasreinigung.

Alle anderen Verfahren, wie Kompostierung, Pyrolyse und Recyclingverfahren sind nur bescheidene Hilfsfunktionen, die nur Teile des Mülls beseitigen helfen.

Bei dem ständig wachsenden Klärschlammanteil in der Bundesrepublik Deutschland ist es heute kaum noch möglich, den Klärschlamm, insbesondere wegen seiner möglichen Schadstoffbelastung, völlig an die Land- und Forstwirtschaft abzusetzen. Die zur Verfügung stehende Fläche für den Absatz von Klärschlamm ist in der Bundesrepublik Deutschland begrenzt. Um so schwieriger ist es, Kompost als Müll in größeren Mengen abzusetzen. Deshalb bauen die kommunalen Körperschaften auch heute keine Kompostanlagen mehr.

Die Müllpyrolyse ist noch nicht so weit entwickelt, daß sie voll für den Hausmüll eingesetzt werden kann. Möglicherweise wird sich die Müllpyrolyse nur für das Verschwelen einer Stoffart eignen, jedoch nicht für eine nicht homogene Masse, wie der derzeitige Hausmüll.

Das Wiedergewinnen von Rohstoffen aus dem Müll ist nur begrenzt möglich. Bei vielen kommunalen Körperschaften wird derzeit Altglas gesammelt, das auf dem Markt absetzbar ist. Das gleiche gilt für Textilien, für Papier und Kartonage. Es darf jedoch dabei nicht verkannt werden, daß der Absatz von Papier und Kartonage ständig den Marktschwankungen unterliegt und dann *das eingesammelte Papier*, weil es aus mehreren Fraktionen zusammengesetzt ist, auf Deponien abgelagert oder in Müllverbrennungsanlagen verfeuert werden muß. Das getrennte Einsammeln von Kunststoff wird derzeit untersucht. Eine flächendeckende *Lösung ist bis jetzt noch* nicht erkennbar.

Daher bleibt nichts anderes übrig, als die „verhaßten" Müllverbrennungsanlagen, die von den „Grünen" sehr stark verteufelt werden, und die abfalltechnisch einwandfreien Deponien für die Abfallbeseitigung vorzusehen, um somit in Zukunft eine gesicherte Abfallbeseitigung in der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Gerulf Herzog,*
*Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter, Landkreis Gießen*

## *Klares Konzept*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

die Titelseite Ihrer Ausgabe vom 4. Juli ist ganz ausgezeichnet konzipiert! Da liest man, daß ein Bankenkonsortium, selbstverständlich mit „politischer" Rückendeckung der Bundesregierung, der „DDR" weitere 900 Millionen pumpen will. Ein paar Zeilen weiter steht geschrieben, daß der große Bruder Moskaus von der „DDR" mehr Geld für Besatzungskosten verlangt.

Nun finanzieren wir neben den Besatzungskosten für die amerikanischen Truppen, die uns die Freiheit sichern helfen, auch noch die Kosten für die sowjetischen Truppen, die drüben unsere deutschen Brüder unter der Knute halten. Oder sehe ich das falsch? Sind unsere Politiker und Finanzmänner doch weiser, wie man glaubt?

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. F. Coulon,*
*Braunfels/Lahn*

## *Aus Islamabad*

**„Plädoyer für Pakistan"; WELT vom 27. Juni**

*Sehr geehrter Herr Chefredakteur,*

die Aufmerksamkeit, die die WELT den deutsch-pakistanischen Beziehungen durch den Bericht ihres Korrespondenten von unserem Gespräch in Islamabad angedeihen läßt, begrüße ich um so mehr, als der Bonn-Besuch des pakistanischen Außenministers aus einer Reihe rein terminlicher Gründe – nicht etwa einer einseitigen pakistanischen Absage – im beiderseitigen Einvernehmen verschoben werden mußte.

Die Bewertung, die Ihr Korrespondent der Rolle Pakistans in der internationalen *Politik* dabei in der Wiedergabe unseres Gesprächs zumißt, entspricht gewiß den Tatsachen. Zur Nuklearfrage sei lediglich angemerkt, daß ich mich meinerseits in dem Gespräch darauf beschränkt hatte, die vielfach wiederholten amtlichen pakistanischen Äußerungen, denen zufolge Pakistan nicht beabsichtigt, einen nuklearen Sprengkörper herzustellen, als solche zu zitieren, ohne sie meinerseits zu werten oder für mich oder die Bundesregierung Stellung zu beziehen. Hierüber fehlen uns im *übrigen die notwendigen eigenen* Erkenntnisse. Insofern ist das mir zugeschriebene Zitat unzutreffend. Für eine Richtigstellung wäre ich dankbar.

*Mit verbindlichen Grüßen*
*Dr. Klaus Terfloth, Botschafter z.Zt. Bonn*

## *Dank für Hilfe*

*Sehr geehrter Herr Ströhm,*

in der WELT vom 8.6.1984 erschien aus Ihrer Feder ein Artikel über die deutsche Nationalität in Ungarn sowie Zitate aus einer Rede des Chefredakteurs für alle Nationalitätensendungen des Ungarischen Rundfunks, Herrn Lorenz Kerner. Wir sind sicher, daß dieser Beitrag in der WELT mit dazu beigetragen hat – wenn er nicht überhaupt Anlaß war – daß Herr Bundeskanzler Kohl während seines Ungarnbesuchs eine Delegation des Demokratischen Verbandes der Ungarndeutschen empfangen hat.

Ihnen, sehr geehrter Herr Ströhm, brauchen wir ja nicht sagen, welch großen moralischen Wert und welche Ermutigung dies für die deutsche Nationalität in Ungarn bedeutet. Deshalb möchte ich mich sehr herzlich und aufrichtig für Ihre Aufmerksamkeit, die Sie der Lage der Deutschen in Ungarn schenkten, bedanken und Sie bitten, diesen leidgeprüften Menschen auch in Zukunft beizustehen.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Heinrich Reitinger,*
*Geschäftsführender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn,*
*München 22*

## Wort des Tages

„Das Chaos dieser Zeit beginnt mit einer Verkennung dessen, was echte Freiheit ist. Diese Zeit meint, daß Freiheit um so vollkommener sei oder werde, als sie der Anarchie sich nähern oder als sie das Böse tun könne, ob nun als Individuum oder als Volk und Nation und Staat – das gerade, das ist für sie der Gipfel der Freiheit."

Theodor Haecker, dt. Kulturphilosoph (1879 – 1945)

# Personalien

## GEBURTSTAGE

Der General der Infanterie a.D. **Otto Wöhler**, feiert heute seinen 90. Geburtstag in seiner Heimatgemeinde Groß Burgwedel bei Hannover, in der seine Familie seit über 300 Jahren ansässig ist. Am Ende des Zweiten Weltkrieges führte der mit dem Ritterkreuz ausgezeichnete General als Oberbefehlshaber die Heeresgruppe Süd. 27 Jahre lang war er Vorsitzender des Gemeinderats von Groß Burgwedel, dessen Kriegerverein ihm heute einen großen Zapfenstreich bringen wird.

*

Die Nordelbische Kirche feierte mit einer Andacht in der Hamburger Hauptkirche St. Nikolai den 60. Geburtstag des Hamburger Bischofs **Peter Krusche**. Der langjährige Professor für Praktische Theologie an der Theologischen Fakultät München, hatte 1983 im Alter von 59 Jahren das Amt des Oberhirten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Hamburg angetreten, in einem Alter – so sagte der Vorsitzende Bischof der Nordelbischen Kirchen, **Karlheinz Stoll**, in seiner Festpredigt – in dem andere an ihren Ruhestand denken. Der zweite Bürgermeister der Hansestadt, **Alfons Pawelczyk**, sagte für den Senat: „Wir können uns beglückwünschen, daß Sie die Nachfolge von Bischof **Wölber** angetreten haben." Glückwünsche an den Bischof schickten Bundespräsident **Richard von Weizsäcker**, Bundeskanzler **Helmut Kohl**, SPD-Fraktionschef **Hans-Jochen Vogel** und Bischöfe zahlreicher deutscher Kirchen, darunter auch Bischof **Gienke** aus Greifswald. Die Evangelisch-Lutherische Kirche Pommerns ist Partnerkirche Nordelbiens.

## DIPLOMATEN

Botschafter im sozialistischen Äthiopien, ein heute nicht leichter Posten des Auswärtigen Amtes, wird **Bernd Oldenkott**. Der Dortmunder, Jahrgang 1925, löst dort als Botschafter **Rüdiger von Pachelbel** ab. Der Jurist, der nach Militärdienst und Kriegsgefangenschaft in Köln studiert hatte, war 1955 in das Auswärtige Amt eingetreten. Er war Mitarbeiter in der Ständigen Vertretung bei dem Büro der Vereinten Nationen in Genf, im Konsulat in Houston, an der deutschen Botschaft in New Delhi und ständiger Vertreter des Botschafters im Range eines Gesandten in der Botschaft in Jakarta. Von 1974 bis 1979 leitete er in der Auswärtigen Abteilung des Bundeskanzleramtes das Referat für Entwicklungspolitik, für weltweite internationale Organisationen und für bilaterale Beziehungen zu den Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie zu Australien. Seit 1979 vertrat Bernd Oldenkott die Bundesrepublik Deutschland als Botschafter in Lagos.

*

Der neue deutsche Botschafter in der Türkei heißt Dr. **Georg Negwer**. Der Diplomat, 1926 in Waldenburg-Altwasser geboren, studierte romanische Philologie und Anglistik in Jena und Berlin. Er promovierte zum Dr. phil. und trat 1955 in den Auswärtigen Dienst ein. Erster Auslandsposten war Buenos Aires. Anschließend ging Negwer als Konsul nach Luanda. In späteren Jahren war er als Kulturreferent an der Deutschen Botschaft in Rom. 1973 übernahm er die Leitung des Parlaments- und Kabinettsreferenten im Auswärtigen Amt und 1976 die Leitung der Unterabteilung Verwaltung. 1978 wechselte er in das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung über, wo ihm die Leitung der Auslandsabteilung übertragen wurde. 1979 trat er das Amt des Botschafters in Polen an. 1983 wurde er Chefinspekteur des Auswärtigen Amtes.

## ERNENNUNGEN

**Ingrid von Hagen**, Assistentin der CDU-Bundestagsabgeordneten Frau Professor **Roswitha Wisniewski** aus Heidelberg, übernimmt in Bonn einen Posten, um den sich nicht wenige Damen bemühten: Sie wird Geschäftsführerin der „Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft". Laut Satzung von 1951 ist diese Institution dazu gegründet worden, „die menschlichen, sachlichen und politischen Beziehungen im Kreis der Mitglieder der Parlamente des Bundes, der Länder und der europäischen Institutionen zu pflegen. Die Parlamentarische Gesellschaft und ihre Clubräume gelten als gastlicher und gastronomischer Fluchtpunkt im gerade in dieser Beziehung armen Regierungsviertel. Ingrid von Hagen, Mutter von drei Kindern aus der Ehe mit einem Bundesluftwaffen-Offizier, ist von Hause aus akademisch geprüfte Übersetzerin und war zwischenzeitlich Englisch-Lehrerin an einem Gymnasium.

*

Die Gesellschaft *„Atlantik-Brükke" hat in Bonn den CDU-Politiker* **Walther Leisler Kiep** zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Kiep löst den ehemaligen Bundesbank-Präsidenten **Karl Klasen** ab.

*

Das Bundeskabinett hat den Tübinger Finanzwissenschaftler Professor **Dieter Pohmer** in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berufen. Pohmer wird Nachfolger von Professor **Kurt Schmidt**, der nach zehnjähriger Zugehörigkeit aus dem Gremium ausgeschieden ist. Dem Rat der „Fünf Weisen", der den gesetzlichen Auftrag hat, die Bundesregierung regelmäßig über die wirtschaftliche Entwicklung zu informieren, gehören nunmehr an: als Vorsitzender Professor **Olaf Sievert** (Saarbrücken), Professor **Dieter Mertens** (Nürnberg), Professor **Ernst Helmstädter** (Münster), Professor **Hans Karl Schneider** (Köln) und Professor **Dieter Pohmer** (Tübingen).

Donnerstag, 12. Juli 1984
Nr. 161

# WELT DER WIRTSCHAFT



## Krisen-Stimmung

**wf (London)** – In der Londoner City kam Krisenstimmung auf, als die Statistiken über die jüngste Geldmengen-Entwicklung veröffentlicht wurden. Nach Berechnungen der Bank von England weitete sich die als Sterling M 3 definierte Geldmenge (Zentralbankgeld im Umlauf sowie Sterling-Sicht- und *Terminkonten einschließlich* Spareinlagen) im Bankmonat Juni um zwei Prozent aus. Damit hat sich die Geldmenge Sterling M 3 in den letzten vier Monaten auf Jahresbasis um nicht weniger als 14,75 Prozent ausgeweitet. Die von der Regierung festgelegte Bandbreite lautet sechs bis zehn Prozent.

Wie es aussieht, scheint der Konjunktur-Aufschwung in Großbritannien seinen Preis zu fordern. Denn die rapide Geldmengen-Ausweitung während der letzten Monate reflektiert einen scharfen Anstieg der Bank-Ausleihungen an Verbraucher und Industrie. Allein im Bankmonat Juni stiegen die Bankausleihungen um 1,5 Milliarden Pfund (5,55 Milliarden Mark). Diese Geldmengen-Ausweitung mußte zu einer Anhebung der Zinsen führen.

Die Zinsanhebung war auch nötig, weil das Pfund seit Wochen unter Schwächeanfällen *leidet*. Und zwar nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch im Verhältnis zu den führenden kontinentaleuropäischen Währungen. Nachdem der handelsgewichtete Wert des Pfundes gegenüber einem Währungskorb mit 77,1 seinen niedrigsten In*dex-Stand seit 1976 erreicht hat*, läßt sich eine gewisse Krisensituation schwerlich verleugnen.

## Weinrekord

**nl** – Mehr denn je lassen sich Weinzähne den Rebensaft schwäbischer Herkunft munden. Voller Stolz berichtet der württembergische Genossenschaftsverband von neuen Rekordziffern. Die Weingärtnergenossenschaften des Lan*desteils Württemberg*, deren Wein hauptsächlich von den Hängen am Neckar und seinen Nebenflüssen stammt, haben in den ersten zwei Dritteln des laufenden Weinwirtschaftsjahres 1983/84 (31. 8.) mit 57 Mill. Litern Wein 21,8 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres verkauft. Damit wurde zugleich auch der bisherige Rekord des Vergleichszeitraums 1979/80 um 2,7 Prozent überboten. Noch in unguter Erinnerung ist bei vielen Weinliebhabern die „Dürreperiode", die ihnen zwei mengenschwache Jahrgänge in den Jahren 1981 und 1982 „bescherten". Kontingentierung und starker Preisanstieg waren die durstzerstörerische Folge. Inzwischen hat sich das Blatt gewendet. Wein gibt es in jeder Menge und teilweise sogar zu Schleuderpreisen. Dies nährt bei den Genossenschaften die Sorge, daß die kommende Weinernte erneut üppig ausfalle. Petrus wird's richten.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT / Bangemann legt die Ergebnisse einer Studie vor

## Im Welthandel mit Industriegütern hält die Bundesrepublik Platz eins

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Stellung der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten ist zur Zeit „relativ gut", selbst wenn andere Länder in einzelnen Bereichen die Führungsposition einnehmen. Das erklärte Wirtschaftsminister Martin Bangemann auf seiner ersten Pressekonferenz in Bonn. Allerdings seien einige „Schwächen nicht zu übersehen". Eine Kopie des japanischen Systems, mit dem Ziel, Rückstände wettzumachen, wäre jedoch „falsch". Die Hauptaufgabe bei der Erhaltung und Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit falle „der Wirtschaft selbst zu".

Der Pressekonferenz Bangemanns lag eine Studie des Ministeriums zum Thema „Hochtechnologien und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft" zugrunde. Die häufig zu hörende Aussage, die Wirtschaft der Bundesrepublik habe bei *technischen Spitzenprodukten* generell an Wettbewerbsfähigkeit verloren, wird in der Untersuchung nicht nur nicht bestätigt. Es wird auch bezweifelt, daß sich für eine solche Aussage Beurteilungskriterien finden ließen. Allerdings sei nicht auszuschließen, „daß deutsche Unternehmen in einzelnen Technikbereichen Schwierigkeiten haben, Anschluß zu halten".

Im Welthandel mit Industriegütern belegte die Bundesrepublik 1982 mit einem Anteil von 16,7 Prozent den ersten Platz vor den USA (15,4) und Japan (14,7). Der konjunkturelle Exporteinbruch 1982 sei „von vielen als generelle Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit mißinterpretiert (und) ... *1983* wieder ausgeglichen worden". In Übereinstimmung mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag (aufgrund einer kürzlichen Umfrage) wird der deutschen Wirtschaft zunehmende preisliche und qualitative Wettbewerbsfähigkeit bescheinigt. Zum Teil drastische protektionistische Eingriffe hätten jedoch entsprechende Markterfolge verhindert.

Das Fazit der Studie: „Die traditionelle Stärke des deutschen Export*sortiments scheint nach wie vor* gegeben: große Breite des Angebots, besonders bei Investitionsgütern mit hohem technischen Niveau, gute Anpassungsfähigkeit bei Problemlösungen, 'intelligenter' Einsatz von Hochtechnologieprodukten, gleich ob heimischer oder fremder Herkunft, in der ganzen Breite der Produktion."

In einem Positiv- und Negativkatalog skizziert das BMWi, was getan und was nicht getan werden sollte, um vorhandene Schwachstellen wettzumachen. Eine Kopie des japanischen Systems wäre weder „möglich" noch „erwünscht". Kritik an Tokios Politik klingt an, wenn es heißt, daß „diese aufgrund anderer ordnungspolitischer Vorstellungen und aus Gründen der Erhaltung und Förderung des freien multilateralen Handelssystems auch kein Vorbild sein" könne. Auch sei nicht auszuschließen, „daß das japanische System vor einem Wendepunkt steht, zumindest zeichnen sich mögliche Grenzen für eine Fortsetzung des bisherigen Weges ab", zum Beispiel wegen fehlender Haushaltsmittel.

Eine klare Absage erteilt das BMWi allen Protektions- und Subventionspraktiken, unter anderem Exportbegünstigungen über den Wechselkurs, Beschränkungen „angeblicher *Hoch*technologiegüter", bilateralen Selbstbeschränkungsabkommen im Export, der direkten Forschungsförderung, dem Herausfiltern von Zukunftsindustrien oder dem Setzen industriespezifischer Ziele („*industrial targeting*"). Schädlich sei auch, angesichts einzelner Indizien für schwächere Positionen in einen „Technologiekomplex" zu verfallen.

Gefordert wird vielmehr eine Neubesinnung der staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, auf die Schaffung größerer Freiräume für die Wirtschaft und auf die Stärkung der Investitionsneigung. Die Wirtschaftspolitik müsse für Erhaltung der „rela*tiv günstigen Standortbedingungen*" sorgen. Mit Blick auf die jüngsten Tarifkämpfe heißt es, eine übermäßige Kostenbelastung der Unternehmen könne „sehr schnell zu einer Bedrohung der Wettbewerbsfähigkeit insgesamt führen". In der EG müsse sich die Bundesregierung „mit aller Kraft gegen zunehmende protektionistische und interventionistische Tendenzen zur Wehr setzen".

DIW-PROGNOSE

## Konjunkturmotor bleiben die Vereinigten Staaten

PETER WEERTZ, Berlin

Die konjunkturelle Erholung wird sich nach einer vorübergehenden Ab*schwächung im Frühjahr in der zweiten* Jahreshälfte wieder verstärkt fortsetzen. Gleichzeitig werden die streikbedingten Produktionsausfälle (minus drei Prozent) zu zwei Drittel aufgeholt. Für 1984 insgesamt erwartet der Arbeitskreis Konjunktur des *Deutschen Instituts* für Wirtschaftsforschung (DIW) ein reales Wachstum des Bruttosozialprodukts von etwas weniger als drei (Vorjahr 1,3) Prozent und die Zunahme der industriellen Produktion um 3,5 Prozent im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahres.

*Mit* einem schwächeren gesamtwirtschaftlichen Wachstum rechnen freilich die Berliner Konjunkturforscher im nächsten Jahr. Als Gründe hierfür nennt das Institut die voraussichtlich schwächere Weltkonjunktur und die Finanzpolitik, für die nach wie vor die Haushaltskonsolidierung Vorrang habe. Konjunkturmotor der Weltwirtschaft bleiben die Vereinigten Staaten, während es den westeuropäischen Ländern nach Ansicht des Konjunktur-Arbeitskreises nicht gelungen ist, die Exportanstöße aus den USA in entsprechend starke Eigendynamik umzusetzen. Das Institut geht von einer realen Zunahme des *Welthandels 1983* von nur noch 4 (Vorjahr 6) Prozent aus.

*Im Gegensatz zu früheren konjunk*turellen Aufschwüngen sieht das Berliner Institut jedoch keinen Ansatz für einen spürbaren Abbau der „katastrophalen Arbeitslosigkeit" in den *nächsten Monaten und* darüber hinaus. „Weder 1984 noch 1985 wird das jahresdurchschnittliche Niveau der Zahl der Arbeitslosen nennenswert hinter dem Rekordstand von 2,26 Millionen (1983) zurückbleiben, bedauern die Konjunkturforscher in ihrem Bericht. Dieses „deprimierende Ergebnis" sei nicht zuletzt eine Folge des massiven Konsolidierungsprozesses bei den Staatsfinanzen seit 1980. Hier spricht der DIW-Arbeitskreis von „beschäftigungspolitischen Versäumnissen" der Finanzpolitik.

Allerdings habe die Finanzpolitik durch den „Konsolidierungs-Kraftakt" Spielraum gewonnen, Konjunktur und Beschäftigung zu stützen. *Falls das wirtschaftliche Wachstums*tempo im nächsten Jahr nachlassen sollte, fordern daher die Berliner Konjunkturforscher wieder größere staatliche Investitionen als struktur*politische Maßnahme*. Sie denken dabei keineswegs ans „Gießkannenprinzip", sondern vielmehr an die Bereiche Technologie, Umweltschutz, öffentlicher Personennahverkehr, aber auch an Gesundheitswesen, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft. Als akzeptabel begrüßt werden die Pläne zur steuerlichen Entlastung der Familien, Steuerzahler und Unternehmen in zwei Tranchen (1986 und 1988). Zugleich werden jedoch *die Erhöhungen* der Subventionen, besonders für die Landwirtschaft, als finanz- und strukturpolitisch verfehlt bezeichnet.

## Privatisierungs-Probleme

Von WILHELM FURLER, London

Bislang kam der Vorwurf, die britische Regierung verschleudere mit ihrem Privatisierungsprogramm Volksvermögen, fast ausschließlich aus der Ecke der Marktwirtschaftfeindlichen Opposition. Doch spätestens seit dem Desaster, das die Regierung beim Zeichnungs-Angebot für die Aktien der Enterprise Oil erleben mußten, wird Kritik zunehmend auch aus der Londoner City laut.

Wiederholt hat die Regierung Thatcher betont, daß es ihr neben der eigentlichen Philosophie, wonach Staatsunternehmen in einer Marktwirtschaft fehl am Platz sind, vor allem auf zwei Dinge ankommt: bei ihren Privatisierungsvorhaben zusätzlichen Wettbewerb zu schaffen und eine möglichst breite Publikumsstreuung zu erreichen und dabei einen Preis am Markt zu erzielen, der dem tatsächlichen Wert des aus dem Staatsbesitz entlassenen Unternehmens möglichst nahe kommt.

Hier besteht ein gewisser Zielkonflikt: Wie finde ich den idealen Angebotspreis, der einerseits den Schatzkanzler möglichst viel einnehmen läßt, der aber andererseits sicherstellt, daß das Angebot in vollem Umfang und möglichst breit gestreut gezeichnet wird. Ein besonders glückliches Händchen, was diese beiden Kriterien anbelangt, hatte das Thatcher-Team bislang nicht gerade.

So wurden etwa im November 1982 von Britoil, der Explorations- und Produktionsabteilung der staatlichen Ölgesellschaft BNOC, nur 30 Prozent der angebotenen Aktien gezeichnet. Im Börsenhandel der folgenden zwei Monate sackte der Britoil-Kurs auf die Hälfte des Angebots-Preises. Umgekehrt wurde der Preis für die Privatisierung des *nuklear-chemischen* Unternehmens Amersham so niedrig angesetzt, daß dieses Angebot vielfach überzeichnet wurde.

Doch zusätzlich zum Problem der idealen Preisfindung hat sich gerade im jüngsten Fall, der Privatisierung von Enterprise-Oil, eine zweite Dimension aufgetan, die von der Regierung sträflich vernachlässigt wurde: richtiges Timing. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die neue Ölgesellschaft, die speziell zur Privatisierung der nicht unbedeutenden Nordseeöl-Vorkommen der Staatsgesellschaft British Gas gegründet wurde, unter dem Motto angeboten wurde, „Hauptsache, unser Privatisierungs-Fahrplan gerät nicht in Verzug".

Dabei hatte es nicht an Warnungen gefehlt: davor, daß die Londoner Börse *momentan* in einer Schwäche-Phase steckt, daß das Ölpreisniveau an den Spotmärkten inzwischen erheblich gefallen ist, und daß nicht zuletzt die Anleger der Ölaktien überdrüssig wurden, *nachdem* sie sich auf eine Eskalation im Golfkrieg spekulierend übermäßig eingedeckt hatten.

So gesehen wäre eine kurzfristige Verschiebung der Enterprise-Verkaufsaktion das Beste gewesen. Aber genau hier liegt der Haken. Mit dem Verkauf von 51 Prozent der Anteile am Fernmelde-Imperium British Telecom an den Börsen von London und New York steht bereits im Herbst die bisher größte Privatisierungsaktion der Regierung Thatcher bevor. Vorher soll noch der inzwi*schen erfolgreiche Hersteller* von Nobel-Limousinen, Jaguar, privatisiert werden. Und schon im Frühjahr 1985 will die Regierung 51 Prozent der staatlichen Fluggesellschaft British Airways an der Börse unterbringen.

Der Verkauf von 51 Prozent an *British Telecom soll* nach den Vorstellungen der Regierung rund vier Milliarden Pfund (knapp 15 Milliarden Mark) in die Staatskasse bringen. Für die 51 Prozent von British Airways werden 500 Millionen Pfund erwartet. Es ist vor allem das riesige Plazierungs-Volumen bei British Telecom, das die Experten in der Londoner City zusehends skeptisch werden läßt.

Die grobe Fehleinschätzung bei Enterprise Oil führte dazu, daß die Aktienausgabe nur zu 66 Prozent gezeichnet wurde, wobei – was geradezu schockierend wirkte – 49 Prozent davon vom multinationalen Minenkonzern Rio Tinto Zinc geboten wurden. Zwar hat die Regierung von ihrem *Vetorecht Gebrauch gemacht*. Doch dessen ungeachtet strebt Rio Tinto jetzt einen 29,9prozentigen Anteil an.

Weitgehend auf der Strecke geblieben sind somit die Ideale einer möglichst breiten Streuung und eines größeren Wettbewerbs; *von der finanziellen* Schlappe ganz zu schweigen. Die Regierung wird sich einiges einfallen lassen müssen, damit ihre weiteren Privatisierungsvorhaben nicht *zu ähnlichen Flops* werden.

## AUF EIN WORT



„Mindestens vier Hersteller haben bereits erklärt, daß sie sich zu den drei größten Farbfernsehgeräte-Herstellern in Deutschland zählen. Da kann ja etwas nicht stimmen. Deshalb wollen wir das nicht auch noch behaupten. Wir erklären *lediglich*, daß wir zu den zwei Größten gehören."

Josef A. Stoffels, Vorstandsvorsitzender der Telefunken Fernseh und Rundfunk GmbH, Hannover
FOTO: Wolf P. Prange

## Zinsanstieg in Großbritannien

**fu, London**

Die britischen Großbanken haben ihren Basis-Ausleihesatz von zehn auf zwölf Prozent angehoben. Als erste *gab die Barclays Bank* diesen Schritt bekannt. Erst Ende vergangener Woche war der Ausleihezins von 9,25 auf zehn Prozent erhöht worden. Die Großbanken reagierten mit ihrer *Zinsanhebung* auf ein entsprechendes Geldmarkt-Signal der Bank von England. In Londoner Finanzkreisen geht man davon aus, daß damit der spekulative Druck auf das Pfund Sterling, dessen Wert gegenüber dem Dollar auf ein Rekord-Tief gefallen ist, zunächst *abgewendet sein dürfte*.

STEUERREFORM

## Wolff vermißt vor allem die Entlastung der Unternehmen

**rtr, München**

Herbe Kritik übte DIHT-Präsident Wolff von Amerongen vor der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer München an der Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung. Die neuerlichen Subventionen für die Landwirtschaft, die *sich bis 1991 auf mindestens* 22,5 Mrd. DM summierten, seien ein „Sündenfall". Sie hätten Präzedenzwirkung, minderten die Bonität der Haushaltspolitik und weckten die Begehrlichkeit anderer Ressorts nach sozialen Wohltaten.

Die *geplante* Steuerreform *lasse* wirtschaftspolitisch viele Wünsche offen. In der 1986 geplanten ersten Stufe überwiege die soziale vor der Leistungskomponente. Die 1988 anstehende zweite Stufe sei schließlich „viel zu kleinmütig". Notwendig wäre ein viel größerer und mutigerer Schritt, wobei die erforderliche Finanzmasse aus dem Abbau von Sub*ventionen hätte* gewonnen werden müssen.

„Was vorgesehen ist, ist eine Tarifkorrektur, keine Tarifreform", sagte der DIHT-Präsident. Vor allem erleichtere sie nicht die Überbesteuerung der deutschen Unternehmen. Wolff forderte die Bundesregierung daher auf, noch einen „deutlichen weiteren Schritt" zu beschließen. Erforderlich sei dabei eine „grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung, einschließlich der durchgehenden Senkung des Steuersatzes *bei der Einkommen- und Körper*schaftssteuer".

Dieses mittelfristige Konzept sollte nach Ansicht Wolffs eine konkrete Stufenlösung beinhalten, um bei einer konjunkturellen Abschwächung mit einer aus dem Programm abgelei*teten Maßnahme reagieren zu* können.

AUTOHAFTPFLICHT

## Die Höhe des Aufschlags bestimmen die Fahrer selbst

HENNER LAVALL, **Bonn**

„Die Autofahrer haben es selbst in der Hand, wieviel sie in der Autohaftpflicht mehr zahlen müssen." Mit diesen Worten nahm der Sprecher des Verbandes der Autoversicherer (HUK) in Bonn, Peter Gauly, Stellung zu den jetzt feststehenden Prämienerhöhungen der deutschen Haftpflichtversicherer ab 1. Januar 1985. Nach den *jüngsten* Berechnungen des Verbandes werden im Durchschnitt aller Gesellschaften im laufenden Jahr rote Zahlen geschrieben („Wir erwarten ein Minus bis zu vier Prozent"). Der *für 18 Monate* beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen zu beantragende neue Satz müßte deshalb mindestens fünf Prozent höher liegen. Über die genaue Preisaufschläge werde allerdings erst im Oktober entschieden.

*Schon 1983 zeigte der Trend in der* Haftpflicht nach unten. Dies galt vor allem für den Aufwand je Schaden, der um 12,5 Prozent auf rund 3800 Mark stieg. Im laufenden Jahr zog die Rate weiter an. Hoffnungen setzten die Verbandsmitglieder deshalb auf die Anschnallpflicht, deren Nichtbefolgung jetzt mit einem Bußgeld von 40 Mark geahndet wird. Bei einer Anschnallquote von 100 Prozent könnten jedes Jahr 1700 Verkehrstote, 20 000 Schwerverletzte und 40 000 Leichtverletzte weniger zu beklagen sein, meint HUK.

Die verschlechterte Lage der Branche zeigt sich auch bei den Rückvergütungen: Den Kunden werden für *1983 nur noch* 500 (i. V. 653) *Mill.* Mark zurückerstattet. Davon stammen 200 (329) Mill. Mark aus dem versicherungstechnischen Überschuß, der Rest aus den Vermögensanlagen der Versicherer.

## WIRTSCHAFTS-JOURNAL

**Problemfaktoren mittelständischer Unternehmen**

alle Unternehmen = 100; Mehrfachnennungen möglich

| | Nachfrage | Kosten | Ertragslage | [illegible] | Kreditaufnahme | neue Produkte | Produktionsmodernisierung |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Vorteile | 28 | 9 | 9 | 11 | 9 | 37 | 35 |
| keine Vorteile oder Probleme | 33 | 29 | 50 | 56 | 68 | 53 | 57 |
| Probleme | 39 | 62 | 41 | 33 | 23 | 10 | 8 |

imu 84o708 — Quelle: KfW

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) stellt für kleinere und mittlere Betriebe Investitionsdarlehen zur Verfügung, die Finanzierungsprobleme der Unternehmen lösen helfen. Dieses Programm wird von Beobachtungen und Analysen begleitet. Ergebnis: Die Kostenentwicklung bereitet den Unternehmen die größten Schwierigkeiten. In diesem Punkt, bei der Ertragslage und den Absatzaussichten erklären sich die größeren Unternehmen (50 und mehr Beschäftigte) häufiger benachteiligt als die kleineren. QUELLE: IMU

### BDI kritisiert Bericht der Monopolkommission

**Köln (VWD)** – Unternehmenszusammenschlüsse sollten als notwendiges Mittel zur Anpassung der deutschen Industrie an den Strukturwandel und zur Reaktion auf den internationalen Wettbewerb nicht erschwert werden. Dies erklärte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) als Reaktion auf das jüngste Gutachten der Monopolkommission über „ökonomische Kriterien für die Rechtsanwendung". Die Vorstellungen der Kommission wies der BDI in einer ersten Stellungnahme zurück. Unterstellungen, daß allein die Finanzkraft großer Unternehmen zu einer *Lähmung* des Wettbewerbs *führe*, verletzten die vom Kartellgesetz geforderte Nachweispflicht wettbewerbsschädlicher Auswirkungen. Auch müsse bei der Beurteilung der Finanzkraft berücksichtigt werden, daß sich die Eigenkapitalausstattung der deutschen Unternehmen bedenklich vermindert habe und im internationalen Vergleich Schwächen zeige.

### Neue Bevorratungspolitik

**Paris (dpa/VWD)** – Mit einer flexibleren Bevorratungspolitik, die über den bisher vereinbarten Krisenme*chanismus hinausgeht*, wollen die Länder der Internationalen Energie-Agentur (IEA) künftigen Energiekrisen vorbeugen. Im Hintergrund entsprechender Überlegungen steht die Erkenntnis, daß die beiden Ölschocks der '70er Jahre die Weltwirtschaft in schwere Rezessionen stürzten, weil das bis dahin eingehaltene Gleichgewicht *zwischen* Öl-Angebot und -nachfrage dem Druck unerwarteter politischer Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten nicht standhalten konnte.

### Keine Einigung mit Nigeria

**London (VWD)** – Der IWF hat Nigeria mitgeteilt, er betrachte die Pläne des Landes zur Gesundung der Wirtschaft als „unangemessen", verlautet aus informierten Kreisen aus London. Damit dürfte sich die Aufnahme weiterer Gespräche *zwischen* beiden Seiten bis September verzögern. Das bedeutet wiederum, daß die Umschuldung der von westlichen Staaten garantierten Handelsverbindlichkeiten in Höhe von mehreren Mrd. *Dollar* noch weiter verschoben wird, da eine Einigung zwischen Nigeria und dem IWF die Voraussetzung ist.

### Quoten unverändert

**Wien (dpa/VWD)** – Die Organisation erdölexportierenden Länder (Opec) will weder die nationalen Förderquoten noch die Gesamtfördermenge erhöhen, haben die Opec-Minister beschlossen. Die Gesamtfördermenge beträgt derzeit 17,5 Mill. Barrel (je 159 Liter) pro Tag. Nigeria gestatten die Mitgliedsländer eine *Förderquote für August von 1,40 Mill.* BPD und für September von 1,45 Mill. BPD, bestätigte der saudiarabische Erdölminister Yamani nach Abschluß der Konferenz.

### Beitragssenkung gefordert

**Bonn (VWD)** – Der Bund der Steuerzahler hat sich dafür ausgesprochen, die sich abzeichnenden Haushaltsüberschüsse der Bundesanstalt für Arbeit für eine Senkung der Beiträge *an die Arbeitslosenversiche*rung zu verwenden. Bei Einnahmeüberschüssen von drei Mrd. DM sei eine Absenkung des Beitragssatzes um etwa einen halben Prozentpunkt auf 4,1 Prozent denkbar. Eine Absage erteilt er den Plänen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, *die Leistun*gen der BfA anzuheben und zu erweitern. Damit würde nur die Basis für neue Defizite gelegt.

### Plus bei Micro-Computern

**Frankfurt (dpa/VWD)** – Der Verkauf von Micro-Computern in der Bundesrepublik hat sich 1983 mehr als verdreifacht *und Anfang* dieses Jahres einen Gesamtbestand von knapp über eine Mill. Geräte erreicht. Wie das Frankfurter Marktforschungsinstitut Diebold berichtete, wurden im vergangenen Jahr 647 000 Micro-Computer im Wert von 1,45 Mill. DM verkauft. 1982 waren es dagegen erst 184 000 gewesen. Zu den Micro-Computern *zählt die Branche* programmierbare Datenverarbeitungsanlagen bis zu einem Kaufpreis von etwa 25 000 DM. Für die nächsten vier Jahre erwartet das Marktforschungsinstitut Wachstumsraten von durchschnittlich 30 Prozent. Anfang 1986 sollen mehr als zwei Mill. Micro-Computersysteme in Betrieb sein.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

## Die Weltbank fordert eine verstärkte Familienplanung

KAREN SÖHLER, **Bonn**

Die einzige Chance der Dritten Welt, die Entwicklung in den kommenden Jahren erfolgreich voranzutreiben, ist eine gezielte Familienplanung. Ohne eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums könne der ausufernden Armut nicht Einhalt geboten werden. Bei einer Rede in Nairobi begründete Weltbank-Präsident Alden W. Clausen seine Überzeugung anhand der Zahlen, die in dem 7. Weltbankbericht veröffentlicht sind.

Danach wird sich die gegenwärtige Weltbevölkerung von 4,8 Mrd. Menschen bis zum Jahr 2050 verdoppeln. Verursacht werde der Zuwachs ausschließlich durch die Entwicklungsländer. Denn die Bevölkerung in den Industrieländern, die 80 Prozent der Weltproduktion erwirtschaftet, weite sich nur um 16,7 Prozent auf 1,4 Mrd. Menschen aus.

Um dem krassen Mißverhältnis zu begegnen, fordert Clausen eine staatliche Bevölkerungspolitik. Die finanzielle Ausstattung vorhandener Familienplanungsprogramme reiche nicht aus, die Probleme zu lösen. Im Augenblick geben Regierungen und internationale Hilfsorganisationen für die Bevölkerungspolitik rund zwei Mrd. Dollar aus. Nur zwei Prozent der *öffentlichen Entwicklungshilfe* fließen in diesen Bereich. Nach Clausen sollte mindestens eine Mrd. Dollar mehr für die Familienplanung zur Verfügung stehen.

Wichtig sei vor allem, die Ausbildungsmöglichkeiten zu verbessern und die Gesundheitsfürsorge zu verstärken. Den Frauen, deren Status sich *meist* auf die Gebärfreudigkeit stützt, müßten durch Ausbildung und Arbeit neue gesellschaftliche Aufgaben zugeordnet werden.

BAUINDUSTRIE / Herion rät zum Abbau der Kapazitäten – Geringe Aufträge

## Talfahrt ist noch nicht überwunden

GISELA REINERS, **Bonn**

Wenn sich die Kommunen nicht wieder stärker zugunsten einer verstärkten *Bautätigkeit verschulden*, bedeute das die Ausrottung ganzer Baubereiche. Es sei eine Aufgabe der Steuerreform, die Gemeinden „investitionsfähig" zu halten, sonst würden regional Baufirmen reihenweise vom Untergang bedroht. Diese Forderung erhob der Präsident der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion, in Bonn.

Für den Innenbereich der Bauindustrie riet er allen Bauunternehmen, die Kapazitäten zurückzufahren, um sich dem Markt anzupassen. Es sei ein Irrglaube, anzunehmen, das Konjunkturtal sei schon durchschritten. Vor *unüberlegten Investitionen* müsse gewarnt und überzählige Belegschaft – etwa zehn Prozent – abgebaut werden. Nur so sei der Vernichtungswettbewerb in der Branche zu stoppen. Wer sich nicht danach richte, drohe im Bermuda-Dreieck der *Hauptprobleme dieser* Branche unterzugehen.

So *hätten die Auftragsbestände* das tiefste Rezessionsniveau seit 1982 erreicht. Laut Ifo-Erhebungen von Ende Mai beträgt die Beschäftigungsreichweite saisonbereinigt nur zwei Monate. Gleichzeitig sanken die Auftragseingänge von Januar bis April um 7,1 Prozent real. Hinzu komme, so Herion, daß laut Berechnungen der Deutschen Bundesbank *vom Juni* 1984 die Baupreise seit dem Frühjahr stagnieren, regional sogar leicht nachgeben. Das bedeute, daß sich die Kostenschere noch weiter öffne. „Den Bauunternehmen fehlen echt sechs bis acht Prozent," sagte Herion.

Schließlich hätten die Baufirmen seit Herbst 1983 ihre Investitionsabsichten *zusammengestrichen*. Eine im Herbst geplante Steigerung der Investitionen um 15 Prozent sei unterblieben. 1983 hatten sie noch um 16 Prozent auf 3,4 Mrd. DM zugenommen. In diesem Jahr werde sich die Insolvenzquote bei Bauunternehmen vergrößern und voraussichtlich mit mehr als 2 000 Insolvenzfällen die Spitze der Firmenzusammenbrüche von 1982 noch übertreffen.

Das kleine Zwischenhoch der Baukonjunktur werde in diesem Jahr enden. Zur Zeit gibt es laut Herion noch einen geringen Produktionsanstieg im Wohnungsbau aufgrund früherer Aufträge. Der öffentliche Bau werde wahrscheinlich keinen Anstieg *mehr bringen*; der Straßenbau, der sich noch bis Mitte 1985 nach oben entwickele – allerdings von einem niedrigen Niveau ausgehend, werde danach absacken. Das sei vor allem eine Folge des Abbaus der Neuverschuldung bei den Kommunen, aus *denen 70 Prozent der Aufträge kom*men, die restlichen 30 je zur Hälfte aus Bund und Ländern. Besonders im Tiefbau drohten Einbrüche.

ALLIANZ-HV / Aktionäre nicht ganz zufrieden

## „Magermilch von fetter Kuh"

DANKWARD SEITZ, München

Kein Dogma oder eine Schallmauer stellt für die Allianz Versicherungs-AG, München, der Dividendensatz von 20 Prozent dar. Dies versicherte Vorstandsvorsitzender Wolfgang Schieren auf der Hauptversammlung seinen Aktionären, von denen er in einer sehr kurzen Diskussion großes Lob für den guten Abschluß 1983 erntete, aber vorgehalten bekam, sie vergessen zu haben. Einer meinte gar, die Allianz sei „eine fette Kuh, die magere Milch gibt", und sprach die Erwartung aus, daß schon allein aus dem Zinsertrag des Veräußerungsgewinns der Eagle-Star-Anteile (550 Mill. DM) auch für die Anteilseigner etwas abfallen sollte.

Schieren wollte sich allerdings nicht darauf festlegen, ob bereits für 1984 mit einer Dividendenerhöhung gerechnet werden kann. In der Vergangenheit habe man sich immer dann dazu entschlossen, wenn die begründete Aussicbt bestanden hätte, eine höhere Ausschüttung für längere Zeit garantieren zu können. Eine Ergebnisprognose für das laufende Jahr ist derzeit, so Schieren, nicbt einmal halbwegs exakt möglich. Man sei aber zuversichtlich, einen „guten Ertrag" erwirtschaften zu können.

Bisber jedenfalls haben sich diese Erwartungen erfüllt. In den ersten sechs Monaten 1984 erreichte die Allianz im selbst abgeschlossenen Geschäft im Inland eine Beitragssteigerung von 7 (6,2) Prozent gegenüber der Vorjahreszeit. Gar 19 Prozent mehr verbuchten die ausländischen Tochtergesellschaften. Günstig entwickelte sich auch der Schadenverlauf insgesamt. Bis Ende Mai verminderte sicb die Zahl der Schadenmeldungen um 3,8 Prozent. Einen guten Ertrag lassen auch die seit Jahresanfang um 10,7 Prozent auf etwa 12 Mrd. DM gestiegenen Kapitalanlagen erwarten.

Nch den gescheiterten Übernahmen von Eagle Star und Armco ist die Allianz nach wie vor daran interessiert, im Ausland neue Positionen aufzubauen. Schieren: „Wir nehmen uns Zeit und sind wählerisch."

TOEPFER INTERNATIONAL / Gute Ertragslage – Zweistellige Umsatzsteigerung

## Deutsche Beteiligungen erweitert

JAN BRECH, Hamburg

Mit nur spärlichen Angaben gibt die Alfred C. Toepfer International GmbH, Hamburg, einen ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1982/83 (30. November). In einer Mitteilung heißt es, daß der konsolidierte Fremdumsatz aus dem Handel mit Getreide, Futtermitteln, Ölsaaten und Ölen aufgrund wesentlich höherer Preise um 18 Prozent auf 11,4 Mrd. DM gestiegen sei. Zur Ertragslage heißt es lapidar: Sie war gut. Aus dem Netto-Ergebnis seien die Rücklagen weiter verstärkt und an die Anteilseigner eine höhere Dividende gezahlt worden. Das eingezahlte Kapital weist Toepfer nach einer Bareinzahlung von zusätzlich 20 Mill. DM mit 128,6 Mill. DM aus.

Genauere Auskünfte über Status und Entwicklung der Gruppe kann Toepfer aucb aufgrund des in wenigen Wochen nach dem Publizitätsgesetz zu veröffentlichenden Jahresabschlusses 1982/83 nicht versprechen. *Diese Zahlen würden sich nur auf* den deutschen Teilbereich beziehen und hätten wenig Aussagekraft. An der Afred C. Toepfer International, die Ende 1979 durch die Herauslösung des gesamten Handelsgeschäfts aus der Toepfer-Gruppe entstanden ist, sind zu gut 50 Prozent die Intrade, eine Holding von elf europäischen und amerikanischen Genossenschaften, und zu weiteren knappen 50 Prozent die US-Gruppe Archer Daniels Midland Corp. beteiligt. Den kleinen verbleibenden Rest hält die Alfred C. Toepfer Verwaltungsgesellschaft, in der die 1979 nicbt ausgegliederten Bereiche Mischfutterproduktion, Landhandel, Schiffahrt und *Bankgeschäft zusammengefaßt* worden sind.

Neben dem international betriebenen Handel hat Toepfer International in den beiden letzten Jahren den Kreis der Beteiligungen in Deutschland wesentlich erweitert. 1982 sind zum einen 30 Prozent an der ertragsstarken Oelmühle AG, Hamburg, erworben worden, die für das Berichts*jahr 10 DM Dividende zahlt. Zudem* hat Toepfer einen „angemessenen" Teil an der Vereinigten Kunstmühlen AG übernommen. Die Vereinigte Kunstmühlen AG, die von der im Vergleich befindlichen Kampffmeyer-Gruppe den gesamten Mühlenkomplex erworben hatte, zahlt für dieses Jahr trotz erheblicher Nachbelastungen aus dem Kampffmeyer-Vergleicb 5 Prozent Dividende.

Aucb über die Entwicklung der Toepfer International in den ersten Monaten des Geschäftsjahres 1983/84 hält sich die Verwaltung mit Angaben zurück. Im ersten Halbjahr und für das bestehende Engagement habe man die Kosten verdient, heißt es. Aber in der EG seien die Käufer verunsichert und die Auswirkungen der Beschränkungen der Milcbproduktion noch nicht zu übersehen. Aus diesem Grunde komme es kaum zu Termingeschäften. Weltweit erwarte man mit den neuen Ernten wieder größere Agrarüberschüsse, deren preislicbe Auswirkungen nicht abzuschätzen seien. Die Kaufkraft der Kundschaft habe sich in Teilbereichen weiter verschlechtert.

PREUSSAG-HV / Einstieg in den USA perfekt

## Ertragsbesserung realistisch

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Preussag AG, Hannover, hat im bisherigen Verlauf des Jahres 1984 einen besseren Ertrag erzielt als im gleichen Vorjahreszeitraum. Vorstandschef Günther Saßmannshausen erklärte auf der Hauptversammlung, vor allem der höhere Zinkpreis und die Stärke des US-Dollar habe diese Entwicklung begünstigt. Beide Einflußgrößen bildeten zugleich die Risikofaktoren in der zweiten Jahreshälfte. Wenn keine wesentlichen Veränderungen eintreten, dürfte ein „vorzeigbares Ergebnis", das über dem von 1983 liegt, erzielt werden.

Inzwischen zeigen sich bei den Zinkpreisen wieder deutlich negative Trends. An der Londoner Metallbörse gingen die Preise im Juni um 500 DM pro Tonne zurück. Um die Lücke zwischen der *Kursnotierung und dem* Produzentenpreis zu schließen, ist dieser in zwei Schritten auf nunmehr 990 Dollar pro Tonne gesenkt worden. Die Bleipreise entwickeln sich seit Anfang 1984 kontinuierlich nach oben; sie werden aber nach wie vor als unzureichend bezeichnet. Die Bemühungen der Preussag um eine Beteiligung an fördernden Erdöl- und Erdgasfeldern in den USA sind dieser Tage erfolgreich abgeschlossen worden. Dabei handelt es sich um eine Offshore-Lagerstätte im Golf von Mexiko. Die Beteiligung wurde bislang von der Anschutz Corp. Denver gehalten. Der Kaufpreis beträgt 70 Mill. Dollar. Davon haben Preussag und Deilmann 50 Prozent gemeinsam übernommen.

Die Aktionäre sprachen die Erwartung aus, daß die Preussag den seit drei Jahren geltenden Dividendensatz von 16 Prozent *nicht auf Dauer* als Obergrenze betrachtet. Bei einer Präsenz von knapp 78 Prozent (Grundkapital 400 Mill. DM) wurden die Tagungsordnungspunkte fast ein*stimmig* beschlossen. Dazu gehörten die Schaffung eines genehmigten Kapitals von 500 Mill. DM bis Juli 1989 und die Ermächtigung zur Ausgabe von US-Dollar-Optionsschuldverschreibungen (bedingtes Kapital) über ebenfalls 50 Mill. DM.

MTU / Investitionsflaute bereitet Sorgen

## Dickes Auftragspolster

DANKWARD SEITZ, München

Konsolidierung und langsameres Wachstum, das sind unverändert die Stichworte, mit denen Ernst Zimmermann, Vorsitzender der Geschäftsführung der MTU Motoren- und Turbinen Union GmbH, München/Friedrichshafen, die mittelfristige Entwicklung der Gruppe charakterisiert. Die Ursachen dafür liegen in der anhaltenden Investitionsflaute auf dem zivilen Flugzeugmarkt und in den Verzögerungen beim Anlaufen neuer militärischer Projekte.

So richten sicb denn die Bemühungen bei MTU vorerst mehr darauf, wie Zimmermann meinte, das erreichte Niveau zu stabilisieren. Angesichts eines Auftragsbestands von 3,4 Mrd. DM per Ende Mai 1984 – gegenüber der Vorjahreszeit ein Plus von 27,8 Prozent ist er zuversichtlich gestimmt, bis dahin einigermaßen über die Runden zu kommen. Zwar ist auch der Auftragseingang in den ersten fünf Monaten dieses Jahres noch einmal um 15,2 Prozent gestiegen, doch dies wird lediglich auf die langlaufenden Programme des Kampfpanzers „Leopold 2" und des Kampfflugzeuges „Tornado" zurückgeführt.

Deutlich langsamer fiel das Umsatzwachstum mit 2,3 Prozent auf 887,6 Mill. DM aus, wovon auf das Auslandsgeschäft 484,5 Mill. DM (plus 5,0 Prozent) entfielen. Dazu steuerte MTU-München, wo Strahltriebwerke hergestellt werden, 399,3 *Mill. DM* (plus 16,5 Prozent) bei und MTU-Friedrichshafen, hier ist der Dieselmotoren-Bau konzentriert, 488,3 Mill. DM (minus 7,0 Prozent). Insgesamt erwartet Zimmermann 1984 ein gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich veränderten Umsatz und Ertrag. Deutlich gesteigert werden soll allerdings der eigene Entwicklungsaufwand um 28,3 Prozent auf 97,4 Mill. DM.

Das Geschäftsjahr 1983 schloß MTU, wie bereits berichtet, mit einem geringen Umsatzplus von 2,3 Prozent auf *2,2 Mrd.* DM. Daß es für die Gruppe auf der Ertragsseite dennoch kein schlechtes Jahr war, zeigt der weitere deutliche Anstieg des Cash-flow auf 157,0 Mill. nach 141,4 (117,3) Mill. DM. An die Gesellschafter Daimler-Benz und MAN (jeweils 50 Prozent) wurde ein versteuerter Gewinn von 10,4 (11,7) Mill. DM abgeführt.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### Neues Gase-Werk

**Wiesbaden** (VWD) – In Gablingen bei Augsburg hat die Linde AG, Wiesbaden, ein mit einem Investitionsaufwand von 50 Mill. DM errichtetes neues Werk für technische Gase in Betrieb genommen. Der neue Luftzerleger verfügt über eine Kapazität von 500 t Stickstoff, Sauerstoff und Argon. Der Linde-Konzern, der am Volumen des Deutschen Gase-Markts von etwa 1,7 Mrd. DM einen Anteil von über 30 Prozent hält, verfügt in der *Bundesrepublik jetzt* über 6 Produktionszentren mit Flüssig-Produktion sowie 28 Gase-Füllwerke und 17 Azetylenwerke.

### Weiterer Gesellschafter

**Frankfurt** (VWD) – Als weiterer Gesellschafter bei der Union-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt, ist jetzt die Hamburger Privatbank M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co. eingetreten. Mit den Hamburger Privatbankiers, die über eine Tochter in Luxemburg, eine Niederlassung in Frankfurt und eine Repräsentanz in Djakarta verfügen und 1983 eine konsolidierte Bilanzsumme von 3,4 Mrd. DM erreichten, hat sich Union-Invest eine weitere aktive Vertriebsstelle für ihre Investmentfonds gesichert. Union-Invest hat jetzt 38 Gesellschafter aus dem Kreis der Genossenschaftsbanken sowie in- und ausländische Privatbanken.

### Mikro-Engagement

**München** (VWD) – Die Hegener & Glaser AG, München, will verstärkt in den Mikrocomputermarkt einsteigen. Finanziert werden soll dieses Engagement mit den Emissionserlösen, die der Gesellschaft aus der Umwandlung in eine AG Anfang Juli zuflossen. Hegener & Glaser führte am 4. Juli 25 Prozent des Grundkapitals oder nominal 1,25 Mill. DM im Freiverkehr an den Börsen München und Hamburg ein. Den Emissionserlös bezifferte ein Sprecher des Unternehmens auf 5,526 Mill. DM.

### Aufzugbau erweitert

**Düsseldorf** (J.G.) - Kurz nach Übernahme des MAN-Aufzugbaus hat die Thyssen-MAN Aufzüge GmbH jetzt auch die Firma Boetticher y Navarro S.A., Madrid, übernommen, die mit 500 Mitarbeitern reichlich 40 Mill. DM Umsatz macht und in Spanien ein „flächendeckendes" Niederlassungsnetz hat. Die Thyssen-Aufzuggruppe hat nun 6500 Beschäftigte mit rund 650 Mill. DM Jahresumsatz.

### Aerospatiale-Verlust

**Paris** (J. Sch.) – Zum ersten Mal seit fünf Jahren ist die staatliche französische Aerospatiale wieder in die roten Zahlen geraten. Nach 96,2 Mill. F Reingewinn 1982 verbuchte sie letztes Jahr 357,5 Mill. F Verluste, obwohl ihr Umsatz um 12,15 Prozent auf 24 Mrd. F zunahm. Der Grund war der starke Auftragsrückgang auf 12,8 (15,6) Mrd. F. Die Verwaltung hofft, daß die internationale Luftverkehrskrise im Laufe der nächsten zwei Jahre überwunden ist.

### Verlagerung nach Berlin

**Stuttgart** (nl) – Die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, wird in ihrem Berliner Werk eine moderne Fertigung für Bildschirm-Systeme (Datenterminals) aufbauen. In diesem Zusammenhang erfolgt auch eine Verlagerung der Fertigung des Europa-Bedarfs an Datenterminals aus den USA nach Berlin. „Außerordentlich" investiert werden in Berlin bis 1985 rund 33 Mill. DM.

EDEKA / Scharfe Kritik an Heimdiensten

## „Unglaublicher Versuch"

JAN BRECH, Hamburg

Mit ungewöhnlicher Schärfe hat sich die Edeka-Organisation gegen den von dem Marktführer Langnese-Iglo GmbH initiierten Heimdienst für Tiefkühlkost und Eiskrem ausgesprochen. Die größte genossenschaftliche Handelsgruppe in Europa sei nicht daran interessiert, Umsatz aus den Truhen des selbständigen Lebensmittelkaufmanns in die Fahrzeuge des Heimdienstes zu verlagern, heißt es bei der Edeka. Der Handel müsse konsequent daran arbeiten, daß der Tiefkühl-Heimdienst die gleiche Bedeutungslosigkeit erhalte, wie etwa seit Jahren der Getränke-Heimdienst.

Den Aufbau eines eigenen Heimdienstes durch den Branchengrößten bezeichnet die Edeka wörtlich als „unglaublichen Versuch", dem Lebensmittelhandel im Bereich Tiefkühlkost und Eiskrem den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Der erste Heimdienst-Katalog habe zudem offenkundig gemacht, daß in den Abgabepreisen von Langnese-Iglo noch beträchtlich Spielraum vorliege. Im Interesse des Verbrauchers erwarte man jetzt von dem Hersteller niedrigere Einstandspreise. Dann werde der preisbewußte Verbraucher erkennen, daß Tiefkühl-Heimdienste eine teuere *Vertriebs- und Angebotsform* seien.

Die Unilever-Tochter Langnese-Iglo hatte Mitte April den Aufbau eines Heimdienstes angekündigt, um an dem wachsenden Umsatz der Heimdienste teilzunehmen. Nach Angaben des Unternehmens laufen vom gesamten Tiefkühlkost- und Eiskrem-Umsatz bereits heute 20 Prozent oder rund 800 Mill. DM über Heimdienste und somit am Einzelhandel vorbei. Für die Abwicklung des Heimdienstes ist die FF Frei Haus-Tiefkühl-Service GmbH & Co. gegründet worden, an der Langnese-Iglo 25 Prozent des Kapitals übernommen hat. Die restlichen 75 Prozent sind den großen Partnern im Handel angeboten worden, auch der Edeka-Gruppe.

Von Unilever wird zu den Vorwürfen erklärt, daß die Darstellung falsch sei, Langnese-Iglo haue einen eigenen Heimdienst auf. Das vorgesehene Konzept beruhe vielmehr auf einer engen Kooperation zwischen Hersteller und Handel.

SCHWARTAUER WERKE / Produkt-Innovationen

# Die Stagnation überwunden

J. BRECH, Hamburg

Nach fast zweieinhalbjähriger publizistischer Abstinenz gibt der geschäftsführende Gesellschafter der Schwartauer Werke GmbH & Co, Arend Oetker, wieder ein wenig Einblick in die Entwicklung des bedeutenden Markenherstellers für „süßen Brotaufstrich". In der Gruppe, zu der neben dem Stammhaus 9 weitere Gesellschaften zählen, hat der Umsatz nach Angaben von Oetker unverändert 442 Mill. DM betragen. Das Stammhaus Schwartauer Werke erzielte mit 281 Mill. DM ein leichtes Plus von 1,1 Prozent.

Vor dem Hintergrund sinkenden Absatzes und eines messerscharfen Preiswettbewerbs im Handel hält Oetker Stagnation bereits für einen Erfolg. Im Markenartikelgeschäft, das etwa zwei Drittel zum Umsatz des Stammhauses beiträgt (der Rest stammt aus dem industriellen Geschäft), habe Schwartau konsequent an der Markenpolitik festgehalten und sich mit Spezialitäten zusätzliche Positionen gesichert.

Rund die Hälfte des Markenartikelumsatzes erzielte Schwartau mit süßem Brotaufstrich. Dabei hält das Unternehmen nach Angaben von Oetker bei Konfitüre einen Marktanteil von rund 32 Prozent, bei Nuß-Nougat-Creme von etwa 10 Prozent. Nimmt man die Produktreihe der zur Gruppe gehörenden Firma Winsenia dazu, kommt Schwartau in diesem Segment auf 20 bis 25 Prozent Marktanteil. Winsenia, die rund 35 Mill. DM umsetzt, wurde 1981 übernommen. Auf den Bereich Back- und Dekorartikel, der 1983 um 11 Prozent wuchs, entfallen 30 Prozent des Umsatzes, der Rest auf Süßwarenprodukte. Von dem klassischen Süßwaren-Sortiment hat sich Schwartau getrennt.

In diesem Jahr, das im ersten Halbjahr ein Plus von 10 Prozent gebracht hat, erwartet Oetker anhaltendes Wachstum vor allem durch neue Produkte. Das gilt besonders für die Neueinführung des Müsli-Riegels „Corny". Dieses Produkt, auf kanadischer Lizenzbasis hergestellt, soll im ersten vollen Jahr bereits 10 Mill. DM Umsatz bringen. Zur Herstellung ist eigens in Bad Schwartau ein neues Werk errichtet worden, in das 8 Mill. DM der Gesamtinvestitionen von 20 Mill. DM geflossen sind. Wachstumsreserven sieht Oetker ferner im Export, der mit einem Wert von 10 bis 12 Mill. DM bislang allerdings die Erwartungen nicht erfüllt hat.

Die erheblichen Vorleistungen im Berichtsjahr 1983, die in den kommenden Jahren spürbare Expansion bewirken sollen, haben nach Angaben von Oetker das ohnehin unter Druck stehende Ergebnis belastet. Nähere Angaben macht er nicht, betont allerdings, daß alle Stammbereiche schwarze Zahlen schrieben.

Die Aussagen zum Geschäft des eigenen Hauses kombiniert Oetker mit den Ergebnissen einer von den Schwartauer Werken bei der Rationalisierungsgesellschaft des Handels (RGH) beauftragten Studie, die den Sortimentsbereich süßen Brotaufstrich im Hinblick auf die Verbesserung der Rentabilität im Handel untersucht hat. Die neutralen Empfehlungen der RGH werden jetzt allen Handelspartnern zugänglich gemacht. Die Studie lasse erkennen, so Oetker, daß die Ertragskraft des Sortimentbereiches süße Brotaufstriche, der bei einem Gesamtvolumen von 850 Mill. DM am gesamten Lebensmittel-Umsatz mit 0,5 bis 0,7 Prozent beteiligt ist und eine Rendite von 3 bis 6 Prozent bringt, noch zu verbessern sei.

KLÖCKNER & CO. / Hohe „Schutzdämme" aufgetürmt – Gute Bilanzstruktur

# Steiler Aufschwung im neuen Jahr

J. GEHLHOFF, Duisburg

Um gut ein Fünftel höher als vor Jahresfrist ist beim Duisburger Handels- und Holdinghaus Klöckner & Co. KGaA der Inlandskonzern-Umsatz im ersten Halbjahr 1984 ausgefallen. Jörg A. Henle als Vorsitzender der Gesamtleitung verweist dazu zwar auf die schwache Ausgangsbasis aus der ersten Hälfte von 1983; ferner auch auf „möglicherweise schon nahende Schlechtwetterfronten" aus breitem Gefahrenspektrum von noch ungewissen Folgen des Metallstreiks bis zu neuerdings drastischen Abschwächungszeichen der US-Stahlkonjunktur. Aber zweifellos befindet sich die Familienfirma, die 1983 durch Rechtsformwandel und Umwidmung des familiären Stiftungsvermögens in die Gemeinnützigkeit der Erbersatzsteuer von 300 Mill. DM entrann, auf einem gedeihlichen Aufwärtskurs.

Offen zeigen wird man bei Klöckner & Co. dieses Gedeihen künftig sicherlich noch weniger als bisher. Die gemeinnützige Stiftung als faktischer Alleinaktionär (98 Prozent von 270,3 Mill. DM Grundkapital) wird nach Henles Andeutungen (erstmals ab Jahresabschluß 1984) mit einstelligen Millionen-Ausschüttungsbeträgen pro Jahr zufrieden sein müssen, auf daß der Bestand der Familienfirma durch versorgende Ertragsthesaurierung gesichert bleibt.

Dieser Sicherung hat man 1983 „höchste Priorität" eingeräumt. In Erhöhungen der Pensionsrückstellungen, Rücklagen-Sonderposten, Finanzanlageabschreibungen, Pauschalwertberichtigungen und sonstige Rückstellungen wurden insgesamt rund 200 Mill. DM gepackt. Die Ertragsquellen dafür lieferten etwa je zur Hälfte eine sehr deutliche Verbesserung des Bruttoergebnisses und Buchgewinne aus Anlagenabgang. Letztere stammten aus Immobilienverkäufen und aus dem Entschluß, Teile des Holding-Beteiligungsbesitzes (KHD-Aktien) „mit jederzeitigem Rückkaufsrecht" in Pension auszulagern.

Zwei Gründe nannte Henle für diese ungewöhnlich große Vorsorge. Erstens die erst im Herbst 1983 beseitigte Ungewißheit, ob man dem Steuerfallbeil der Erbersatzsteuer entrinnen könne. Zweitens der bis weit in 1983 hinein für das Schwesterunternehmen, den Klöckner-Werke-Stahlkonzern, ungelöste Komplex der Neuordnung in der Stahlindustrie mit möglichen Gefahren auch für das Handelshaus. In beiden nun gelösten Fällen ist die Sturmflut nicht gekommen. Aber die dafür errichteten hohen Schutzdämme sollen bleiben: Sie wurden und werden mit Vorrang für erhöhte Risikoabsicherung im Industrieanlagengeschäft eingesetzt, das sich derzeit mit einem weltweiten Auftragsbestand von knapp 3,4 (3,3) Mrd. DM – dazu noch knapp 1 (0,7) Mrd. DM aus Provisionsgeschäften – auf beachtlich hohem Niveau hält.

„Uns soll man nie auf dem falschen Fuß erwischen", kommentiert Henle diese Reservepolitik. Sie hat 1983 die ohnehin grundsolide Bilanzstruktur des Inlandskonzerns deutlich verbessert. Das Eigenkapital und ihm ähnliche Mittel überdecken mit 648 (599) Mill. DM das Anlagevermögen von 556 (618) Mill. DM und stellen 18,1 (17,7) Prozent der Bilanzsumme. Das „Working Capital" (Überschuß aller für mehr als ein Jahr verfügbaren Finanzmittel über die entsprechende Mittelbindung) signalisiert mit nun 439 (300) Mill. DM eine beträchtliche Verbesserung der ohnehin guten Liquidität. Die kurzfristigen Bankschulden wurden auf 0,86 (1,03) Mrd. DM abgebaut, der Zinssaldo schlug erstmals in 21 Mill. DM Positives (nach 13 Mill. DM Negativem) um.

Fast alle großen Handelsbereiche des Konzerns schnitten 1983 positiv ab. Voran der Stahlhandel, in dem Klöckner mit 8 (7) Mill. t Gesamtabsatz an Walzstahl und Röhren, davon 5,5 (4,9) Mill. t auf Auslandsmärkten, noch vor Thyssen der größte Händler Europas ist. Weiterer Ausbau des internationalen Geschäfts, das 1983 knapp die Hälfte von 11,01 (10,6) Mrd. DM Weltumsatz brachte, ist nicht nur beim Stahl die Expansionsrichtung der künftigen Aktivitäten. Anfang des Jahres konnten bereits zwei Großaufträge hereingenommen werden. Dabei handelt es sich um Großrohre für die UdSSR im Wert von 375 Mill. DM und eine Zellstoff- und Papierfabrik in Malaysia im Wert von 335 Mill. DM.

Einschließlich Klöckner-Werke AG und Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD) hat „die Gruppe, die keine solche ist", 1983 einen konstant gebliebenen Außenumsatz von 18,7 Mrd. DM erzielt.

| Klöckner & Co. [1] | 1983 | ± % |
|---|---|---|
| Umsatz (Mill. DM) | 9443 | + 2,5 |
| dav. Stahl (%) | 48 | (46) |
| Mineralöl/Chemie | 25 | (25) |
| Rohstoffe | 13 | (14) |
| Industrieanlagen | 5 | (6) |
| Beschäftigte | 7396 | – 4,9 |
| Gesamtinvestitionen | 52 | – 29,0 |
| Cash flow [2] [3] | 181 | +126,0 |
| Bruttoergebnis [2] [3] | 159 | +354,0 |
| Jahresüberschuß | 30,3 | + 10,4 |

[1] Inlandskonzern ohne 1,6 (1,4) Mrd. DM Umsatz der 53 Auslandstöchter. [2] Nach DVFA. [3] Vor Steuern der Gesellschafter.

DEBEKA / Beiträge werden stabil bleiben

# Leistungsstärke bewiesen

HARALD POSNY, Koblenz

Die Debeka Krankenversicherung AG, Koblenz, größter deutscher Versicherer für Angehörige des öffentlichen Dienstes, kann mit sich, die Versicherten können mit der Debeka zufrieden sein. Zum dritten Mal hintereinander lag die Leistungsquote der Debeka (siehe Tabelle), Gradmesser für die Leistungsfähigkeit, 1983 oberhalb der 100-Prozent-Marke: Für je 100 DM Beitragsaufkommen wurden 102,10 DM an Leistungen gezahlt; entweder für Versicherungsfälle oder für Beitrags-Rückerstattungen, die von 165 000 (150 000) Mitgliedern in Höhe von vier Monatsbeiträgen (75 nach 67 Mill. DM) in Anspruch genommen wurden. Nicht nur Vollkostenversicherte auch Zusatzversicherte profitieren von dem, was stolze Kapitalerträge und ausgesprochen günstige Verwaltungskosten (1,84 nach 1,97 Prozent der Beiträge) bzw. Abschlußkosten (4,8 nach 5,4 Prozent) bescheren.

Kein Wunder, daß solche Erfolge für den Vorstandsvorsitzenden Peter Gressler auch ein hervorragendes Werbeargument für den Außendienst darstellen: Rund 44 Prozent des Nettozugangs an neuen privat Krankenversicherten landete bei der Debeka mit jetzt 1,1 Mill. Vollkosten-Versicherungen. Sie ist damit die größte Selbsthilfeeinrichtung im Krankenversicherungsbereich und gleichzeitig der private Krankenversicherer mit der größten Anzahl von vollversicherten Personen. Verwunderlich ist dieses seit 1973 anhaltende Nettowachstum angesichts zahlreicher Einstellungsstopps bei den Beamten.

Die verbesserte Leistungsquote ist auch trotz des Anstiegs der Bruttoüberschüsse bemerkenswert. Sie wuchsen von 157 auf 308 Mill. DM, von denen 96,7 (96,2) Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung fließen. Der Rest geht in die Rücklagen.

Die kaum gestiegenen Aufwendungen für Krankheitsfälle und die günstige Gesamtsituation der Gesellschaft halten die Beiträge im laufenden Jahr und 1985 stabil. Außerdem gibt es weiterhin bereits für das erste leistungsfreie Jahr vier Monatsbeiträge Beitragsrückerstattung. Im 1. Tertial 1984 wurden bereits wieder 19 000 Vollversicherte Debeka-Mitglieder.

Das 2. Geschäftsjahr der Debeka Allgemeine Versicherung AG, hat das von ihr zunächst betriebene Unfallgeschäft 1983 um 151 Prozent auf 38 400 neue Verträge ausgeweitet. Derzeit sind es bereits 70 000. Beitragseinnahmen von 3,3 Mill. DM standen Aufwendungen von 1,9 Mill. DM gegenüber. Mit Jahresbeginn 1984 wurde auch die Allgemeine Haftpflichtversicherung (bisher 6000 Verträge) in das Angebot aufgenommen. Beide Zweige sind allen Bevölkerungskreisen, also nicht nur dem öffentlichen Dienst, zugänglich.

| Debeka Kranken | 1983 | ± % |
|---|---|---|
| Beiträge (Mill. DM) | 1425 | + 15,0 |
| Aufw. f. Vers.Fälle | 996 | + 0,6 |
| Versich.-Leistung [1] | 1455 | + 15,8 |
| Aufw. f. Beitr.Rückerst. | 208 | + 97,6 |
| Rückst. f. Beitr.Rück. | 457 | + 93,3 |
| Kapitalanlagen [2] | 2078 | + 24,3 |
| Kapitalerträge [3] | 155 | + 20,2 |

| in % d. verd. Beitr. | 1983 | 1982 | 1981 |
|---|---|---|---|
| Schadenquote [4] | 69,9 | 79,9 | 85,0 |
| Leistungsquote [5] | 102,1 | 101,4 | 100,5 |
| Kostenquote [6] | 6,6 | 7,4 | 8,3 |
| Überschußquote [7] | 21,6 | 12,6 | 5,0 |

[1] Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellung; [2] oh. Depotford.; [3] netto; Druchschnittsrendite: 8,3 (8,2) Prozent; [4] Aufw. f. Vers.Fälle u. erfolgsunabh. Beitr. Rückerst.; [5] Vers.-Leistung; [6] Abschluß- u. Verw. Kosten; [7] Bruttoüberschuß.

## Aral: Absatz steigt, Umsatz schrumpft

dpa/VWD, Bochum

Die Aral AG, Bochum, größter Tankstellennetzbetreiber in der Bundesrepublik, hat im Geschäftsjahr 1983 trotz leichter Absatzsteigerung an Mineralölprodukten eine Umsatzeinbuße von einem Prozent auf 14,92 Mrd. DM hinnehmen müssen. In diesen Zahlen spiegeln sich die gesunkenen Kraftstoffpreise wider, heißt es dazu im Geschäftsbericht 1983.

Die Erlöse deckten auch 1983 „bei weitem nicht" die Kosten der Rohölbeschaffung und -verarbeitung. Der ausgewiesene Gewinn von 20 Mill. DM gebe keinen Aufschluß über das eigentliche wirtschaftliche Ergebnis, da dieser Betrag sich an dem Gewinnabführungsvertrag mit den Aktionären orientiere. Der Gesamtabsatz an Mineralölprodukten an Endverbraucher und im Handelsgeschäft stieg um 0,5 Prozent auf 9,6 Mill. Tonnen. Im Berichtsjahr wurden über das Tankstellennetz 4,7 Mill. Tonnen Vergaserkraftstoffe und 558 000 Tonnen Dieselkraftstoff abgesetzt. 95 Prozent wurden über Selbstbedienungstankstellen verkauft (1982: 92 Prozent). Trotz eines um 619 auf 4435 Stationen verringerten Netzes sei der Kraftstoffabsatz hier um ein Prozent erhöht worden.

Die Aral AG beurteilt ihre Rechtsposition im laufenden Kartellamtsverfahren als günstig. Aral und ihre Aktionäre (Veba Öl 56 Prozent, Mobil Oil 28 Prozent und BASF-Tochter Wintershall 15 Prozent Anteil) hatten gegen die Untersagungsverfügung des Kartellamts Beschwerde beim Berliner Kammergericht eingereicht.

## Expert-Gruppe mit weiterem Zuwachs

dos. Hannover

Nach den günstigen Ergebnissen im Geschäftsjahr 1983 / 84 (31. März) rechnet die Expert Bild + Ton Handelsgesellschaft mbH & Co. KG, Langenhagen, auch im laufenden Jahr mit deutlichen Zuwachsraten. Heinz Heer, Geschäftsführer der Einkaufsgemeinschaft, der 261 (257) Rundfunk-, Fernseh- und Elektro-Fachhändler angeschlossen sind, geht bei seiner Prognose (5 Prozent Umsatzplus) von einer weiterhin stabilen Nachfrage nach TV-Geräten und reellen Wachstumschancen bei Home-Computern und Videorecordern aus.

Im Berichtsjahr hat die Expert-Gruppe den Umsatz um 8,3 Prozent auf 596 (550) Mill. DM gesteigert. Entscheidenden Anteil daran hatte mit einem Umsatzplus von 13,5 Prozent auf 426 (375) Mill. DM die Braune Ware, auf die inzwischen 73,5 Prozent des Umsatzes entfällt. Innerhalb dieses Bereichs wuchs der Video-Umsatz um 16 Prozent auf 141 Mill. DM und überflügelte damit den Farbfernsehbereich (plus 14 Prozent auf 137 Mill. DM). Mit 13 Mill. DM ist der Umsatzanteil von Telespielen und Home-Computern noch relativ gering. Der HiFi-Bereich repräsentiert einen Umsatz von 75 Mill. DM (15 Prozent). Um 9 Prozent auf 102 (94) Mill. DM stieg der Umsatz mit Weißer Ware.

Verbessert hat sich die Ertragsentwicklung. Insgesamt wurden an die Gesellschafter 47,7 (42,7) Mill. DM ausgeschüttet, davon 21,4 (19,5) Mill. DM als Bonus.

## NAMEN

**Jochen Wiehenbrauk**, Leiter des Zentralbereichs Finanzwesen und Controlling, wurde für diesen Bereich zum generalbevollmächtigten Direktor der Krauss-Maffei AG, München, ernannt.

**Werner F. Stutzke**, Vorstand für den Bereich Technologie und Innovation bei der Grundig AG, Fürth, wird sich aus gesundheitlichen Gründen aus der Geschäftsführung des Unternehmens zurückziehen.

**Wilhelm Brückle**, bisher Vorstandsmitglied der Kulmbacher Spinnerei AG, ist in den Aufsichtsrat gewählt worden. Er übernimmt den Vorsitz von **Franz Meußdoerffer**, der auf eigenen Wunsch aus dem Gremium ausgeschieden ist. **Eckart Helfferich** ist per 1. Juli zum Vorstandsmitglied berufen worden.

**Rudolf Pietsch**, bisher stellvertretender Abteilungsleiter internationale Containerverkehre bei der Transfracht Deutsche Transportgesellschaft mbh (TFG), Frankfurt, wurde die Leitung von Sonderprojekten übertragen.

**Karl-Georg Stoltz** hat per 2. Juli die Gesamtleitung Vertrieb und Marketing bei den Metz Apparatewerken, Fürth, übernommen.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Alfeld (Leine):** Elektro Fischer GmbH; **Berlin Charlottenburg:** Steindorff & Co. GmbH; Bightrack Computer Technik GmbH; Nachl. d. Gerda Hildegard Anna Schütte geb. Ewald; Nachl. d. Barbara Gräfin von Schwerin; Metalu-Metallbau GmbH & Co. KG f. Bauelemente-Montage; Haseloff GmbH; **Betzdorf:** Karl Friedrich Marx, Oberhombach; **Cloppenburg:** Clemens Meyer OHG, Schneiderkrug; **Flensburg:** Claus Hinrich Tams, Kaufmann; Geisel & Co. Offsetdruckerei, Harrislee; Rohwer GmbH; Heidrich-Rohwer GmbH & Co. KG; **Frankfurt/Main:** Priller u. Kraus OHG, Eschborn; Nachl. d. Helmut Artur Wilhelm Marcuse; BT-Verwaltungsges. mbH u. Co. Investitions-KG; **Gütersloh:** Siegbert Niemeyer, Kaufmann, Inh. d. Fa. H-N-Moden Siegbert Niemeyer Strickwarenfabrikation; **Hamburg:** Stüven & Drewes GmbH; Orientteppiche Corvette Import-, Export, Warenhandelsges. mbH & Co. KG; **Hannover:** Nachl. d. Heinz Gräbe; **Koblenz:** Carl G. Hokanson GmbH; **Köln:** AGK Werbeagentur Udo Kleppe GmbH; **Lübbecke:** Hodera Horst Detering GmbH u. Co. KG, Rahden; **München:** „doBBio" Entwicklung u. Vertrieb GmbH Spiel-Sport-Freizeit; „Hardiberg" Hardinghaus & Wollenberg Restaurantberatungsges. mbH; Franz Widmann & Sohn GmbH & Co; Nachl. d. Barbara Grosser; Nachl. d. Karl Boromäus Gottmann, Erding; **Neumünster:** Günther Moser, Maschenkonfektion; **Neuss:** Technisches Büro Germann GmbH & Co. KG, Meerbusch; **Schleiden:** Blankenheimer Zeitungsverlag GmbH, Blankenheim (Ahr); **Siegburg:** Georg Weisthoff & Co. GmbH, Troisdorf-Spich; **Wiesbaden:** Foto-Falk-Handelsges. mbH, Wiesbaden-Bierstadt; **Wolfratshausen:** Solitaire Bauträger GmbH, Holzkirchen.

**Anschlußkonkurs eröffnet: Bonn:** August Lepper GmbH, Bad Honnef; Verwaltungsges. AL GmbH, Bad Honnef; ES Elektro-Service Technischer Kundendienst GmbH, Bad Honnef; Berg GmbH.

**Vergleich eröffnet: München:** Stefan Mesarosch.

# Wachsender Druck auf die Aktien

## Siemens-Glanzzahlen hinterließen keinen Eindruck

**DW. – An der Mittwochbörse kam es auf dem deutschen Aktienmarkt zu einem überraschenden Verkaufsdruck. Beunruhigt wurde der Markt durch die Schwierigkeiten, in die eine Tochtergesellschaft einer von europäischen Kreditinstituten getragenen Bank in den USA geraten sein soll. Das drückte sich vor allem durch Abgaben in Aktien der Deutschen Bank aus. Die auf dem Aktienmarkt bis zum Schluß herrschende pessimistische Stimmung ließ eine positive Würdigung des ausgezeichneten Siemens-Zwischenberichts nicht zu.**

Aufmerksamkeit erregte, daß nunmehr auch die Stahlaktien in den Abwärtsstrudel geraten sind. Bei Thyssen soll ein größerer Verkaufsauftrag im Markt liegen. Die Kurseinbuße bei Hoesch, die rund 5 Prozent des Wertes ausmachte, wird auf die bevorstehende Kapitalerhöhung zurückgeführt. Kritisiert wird der Ausgabekurs von 75 DM für ein dividendenloses Papier. Selbst die „Zukunftswerte" wie PKI, Nixdorf und SEL verloren an Boden. Mit 464 DM erreichte der Nixdorf-Kurs den niedrigsten Stand seit der Börseneinführung. Bei IWKA, in letzter Zeit immer wieder Mittelpunkt spekulativer Käufe, gab es ebenfalls kursdrückende Glattstellungen. Mit Kursverlusten, die nicht über 3 DM hinausgingen, überstanden die Warenhausaktien den neuen Schwächeanfall erstaunlich glimpflich.

**Düsseldorf:** Girmes ermäßigten sich um 6,50 DM auf 148,50 DM, Bilfinger sanken um 4,50 DM auf 199 DM und Dt. Texaco gaben um 5 DM auf 220 DM nach. Leffers fielen um 4 DM auf 235 DM und Schubsa verminderten sich um 2 DM auf 90 DM. Audi NSU erhöhten sich um 4,50 DM auf 264,50 DM.

**Frankfurt:** KFZ-Papiere schlossen durchweg schwächer, so VW mit minus 5,90 DM und Porsche mit 13 DM. Siemens gaben um 8 DM nach und Deutsche Bank schlossen mit minus 7 DM. Vereinsbank gaben um 10 DM und Degussa um 7 DM nach.

**Hamburg:** Phoenix Gummi lagen deutlich abgeschwächt. Die Notierungen fielen nach anfangs 117 DM Minus 3 DM bis auf 115 DM zurück. Während NWK-Vz. bei 165,50 DM minus 0,50 DM knapp gehalten waren, konnten HEW sich bei 88 DM plus 1 DM etwas befestigen. Haller Meurer konnten sich auf 138 DM erholen.

**München:** Agrob St. verminderten sich um 4 DM auf 210 DM, Augsburger Spinne fielen um 1 DM auf 82 DM und Grünzweig gaben um 1 DM auf 126 DM nach. Deckel erhöhten sich um 1 DM auf 122 DM, Dywidag verbesserten sich um 2 DM auf 180 DM und Flachglas erhöhten sich um 1 DM auf 236 DM.

**Berlin:** Berthold schwächten sich um 9 DM, Kempinski um 6 DM, Herlitz Vz. um 4,50 DM und Orenstein um 4 DM ab. Herlitz St. gaben um 3,30 DM und Berliner Bank um 2,50 DM nach. Bekula bröckelten um 0,90 DM ab.

**Nachbörse:** verlustreich

**WELT-Aktienindex: 139,8 (142,1)**
**WELT-Umsatzindex: 2090 (1915)**

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

## Inland

## Freiverkehr

## Ungeregelt. Freiverkehr

## Unnotierte Werte

## Inlandszertifikate

## Ausländische DM-Anleihen

## Auslandszertifikate (DM)

## Fremde Währungen

## Ausland

### New York

### Toronto

### London

### Amsterdam

### Tokio

### Zürich

### Madrid

### Paris

### Mailand

### Wien

### Kopenhagen

### Brüssel

### Hongkong

### Singapur

### Sydney

## Optionshandel

**Frankfurt:** 11. 7. 84: 638 Optionen = 32 700 (17 750) Aktien, davon 185 Verkaufsoptionen = 9500 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-100/4,4, 10-110/2,2, 1-100/6, BASF 10-150/6, 1-170/3,9, 4-170/6, Bayer 10-160/4,9, 10-170/3, 4-180/5, BHF 1-270/5, Bekula 10-95/1,2, BMW 1-400/9, 1-410/5, Commerzbank 10-150/7,5, 10-160/2, 10-170/1, 1-150/12, 1-160/5,5, 1-170/3,5, Conti 10-120/3,8, Daimler 10-550/11,6, Dt. Babcock Vz. 4-170/6,6, Deutsche Bank 10-340/15, 1-350/14, 1-370/4, Dresdner Bank 10-150/8,5, 10-160/3,4, 1-160/5, 1-170/3,5, Hoechst 10-170/2,9, 1-170/6,8, 1-180/3,5, 4-170/10, 4-180/6, Hoesch 10-100/6, 10-110/3, 10-120/1,35, 1-110/7,6, 1-120/3,9, 4-110/10,6, 4-130/2,4, Klöckner 10-60/3, 1-60/5, 1-65/3,5, Lufthansa St. 10-140/3,8, Mannesmann 10-140/4,4, 10-150/2,1, 1-150/4,5, RWE Vz. 1-160/8,7, Kali + Salz 4-230/7,4, Siemens 10-380/17, 10-400/7, 1-400/16, 1-410/8, Thyssen 10-75/5,4, 1-80/3,1, 1-85/2,4, 4-90/4, Veba 10-170/3,7, 10-180/2, 1-170/7,1, 1-180/3,5, VW 10-200/1, 10-210/2, 1-180/14, 1-190/11, 1-200/7,4, 4-190/17,4, 4-210/4,5, Alcan 1-80/7,3, Chrysler 1-75/7, Elf 10-54,3/18, 10-64,3/9, 1-80/3,3, Philips 10-40/2,5, 1-40/4, Royal Dutch 1-140/7. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-95/4, 1-90/3,1, BASF 1-150/3,5, BBC 10-210/6,8, BMW 10-360/7, 1-360/8,4, Commerzbank 10-150/3,9, 1-150/5,5, Conti 10-120/3,8, 1-120/4,8, Dt. Babcock Vz. 1-150/4,6, Deutsche Bank 10-348/24, 1-320/7,5, Degussa 4-370/30, Dresdner Bank 10-150/4, 1-150/5,5, 4-150/6, Harpener 1-280/6, Hoesch 10-100/4,5, Lufthansa St. 10-140/4,7, Mercedes 1-470/10, Mannesmann 10-136/2,5, RWE St. 4-160/7,5, Kali + Salz 10-220/11, Siemens 10-370/4,1, 1-390/14,7, VW 1-180/8,3, Chrysler 1-80/8,9, IBM 1-280/5,3, Litton 10-200/5,6, 1-200/9,5, Philips 4-40/2,2.

## Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11. 7.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

| | US-$ | DM | sfr |
|---|---|---|---|
| 1 Monat | 11⅛–11⅜ | 5⅞–5⅝ | 4⅞–5 |
| 3 Monate | 12⅛–12⅜ | 5¾–6 | 4⅞–5 |
| 6 Monate | 12¾–13 | 6⅛–6⅜ | 4⅞–5⅛ |
| 12 Monate | 13⅛–13⅜ | 6⅜–6⅝ | 4⅞–5¼ |

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

## Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 11. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

| | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 US-Dollar | 1520,00 | 1881,00 |
| 10 US-Dollar (Indian)**) | 1240,00 | 1498,00 |
| 5 US-Dollar (Liberty) | 475,00 | 655,60 |
| 1 £ Sovereign alt | 221,00 | 274,74 |
| 1 £ Sovereign Elizabeth II. | 215,00 | 267,90 |
| 20 belgische Franken | 170,00 | 221,10 |
| 10 Rubel Tscherwonez | 233,00 | 292,98 |
| 2 südafrikanische Rand | 216,00 | 267,90 |
| Krüger Rand, neu | 971,00 | 1148,84 |
| Maple Leaf | 971,00 | 1148,84 |
| Platin Noble Man | 1000,00 | 1179,80 |

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

| | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 Goldmark | 239,00 | 299,82 |
| 20 schweiz. Franken „Vreneli" | 179,00 | 228,00 |
| 20 franz. Franken „Napoléon" | 179,00 | 228,00 |
| 100 österr. Kronen (Neuprägung) | 895,00 | 1084,14 |
| 20 österr. Kronen (Neuprägung) | 178,00 | 225,72 |
| 10 österr. Kronen (Neuprägung) | 95,00 | 125,40 |
| 4 österr. Dukaten (Neuprägung) | 415,00 | 523,26 |
| 1 österr. Dukaten (Neuprägung) | 98,00 | 134,52 |

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

## Devisen und Sorten

| 11. 7. 84 | Frankfurt. Devisen Geld | Brief | Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurse¹) | Sorten*) Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|---|---|---|
| New York²) | 2,8407 | 2,8487 | 2,7967 | 2,79 | 2,88 |
| London¹) | 3,709 | 3,723 | 3,658 | 3,65 | 3,80 |
| Dublin¹) | 3,056 | 3,070 | 3,009 | 2,98 | 3,13 |
| Montreal²) | 2,1332 | 2,1412 | 2,1002 | 2,09 | 2,10 |
| Amsterd. | 88,515 | 88,735 | 88,40 | 87,75 | 89,75 |
| Zürich | 118,420 | 118,620 | 118,52 | 117,25 | 120,00 |
| Brüssel | 4,917 | 4,937 | 4,896 | 4,77 | 4,97 |
| Paris | 32,510 | 32,670 | 32,09 | 31,75 | 33,50 |
| Kopenh. | 27,285 | 27,405 | 26,995 | 26,25 | 28,00 |
| Oslo | 34,650 | 34,770 | 34,12 | 34,00 | 35,75 |
| Stockh.**) | 34,150 | 34,310 | 33,60 | 33,25 | 35,00 |
| Mailand³) **) | 1,626 | 1,636 | 1,59 | 1,50 | 1,69 |
| Wien | 14,238 | 14,272 | 14,215 | 14,15 | 14,37 |
| Madrid**) | 1,757 | 1,767 | 1,724 | 1,70 | 1,86 |
| Lissabon**) | 1,890 | 1,910 | 1,86 | 1,45 | 2,35 |
| Tokio | 1,1735 | 1,1765 | – | 1,13 | 1,19 |
| Helsinki | 47,170 | 47,370 | 46,04 | 46,25 | 49,25 |
| Buen. Air. | – | – | – | – | 6,50 |
| Rio | – | – | – | 0,08 | 0,30 |
| Athen*) **) | 2,5075 | 2,5615 | – | 2,10 | 3,00 |
| Frankf. | – | – | – | – | – |
| Sydney*) | 2,3325 | 2,3515 | – | 2,26 | 2,38 |
| Johannesbg.*) | 1,8885 | 1,9075 | – | 1,70 | 1,95 |

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar. ⁴) Kurse für Tratten 80 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

## Devisen

Der schwache amerikanische Bondmarkt führte gestern zu einem Stimmungswechsel und einem Anstieg des Dollars von 2,8150 auf 2,850 in den USA. In Europa konnte sich der Kurs am 11. 7. bis zum frühen Nachmittag gut behaupten. Nachdem in einigen Anläufen 2,8480 nicht nach oben durchbrochen werden konnte, fiel der Kurs auf 2,8390 zurück. Die Bundesbank war mit einem Ausgleich von 39,5 Mill. Dollar zur Notiz von 2,8447 aktiv. Der Kursverfall des englischen Pfundes wurde durch eine Erhöhung der Geldmarktoperationssätze der Bank of England und einer kräftigen Erhöhung der Baserate von 10 auf 12 Prozent seitens einer führenden Geschäftsbank gestoppt. Der Pfund-Kurs wurde um 5,1 Promille höher mit 3,710 festgestellt. Ein nochmaliges Jahrestief erreichte der Schweizer Franken mit 118,52. Alle anderen Währungen erzielten höhere Kurse. US-Dollar in: Amsterdam 3,2105; Brüssel 57,7825; Paris 8,7325; Mailand 1744,00; Wien 19,9810; Zürich 2,4002; Ir. Pfund/DM 3,063; Pfund/Dollar 1,3063; Pfund/DM 3,716.

Ostmarkkurs am 11. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

## Devisenterminmarkt

Die erneute Zinserhöhung in England hatte am 11. Juli deutlich erweiterte Abschläge für Pfund gegen D-Mark zur Folge.

| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 1,55/1,45 | 4,94/4,54 | 9,05/8,85 |
| Pfund/Dollar | pari/0,02 | 0,09/0,12 | 0,55/0,60 |
| Pfund/DM | 2,60/1,20 | 6,40/5,00 | 10,8/9,40 |
| FF/DM | 24/8 | 57/41 | 108/92 |

## Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11. 7.: Tagesgeld 5,5–5,8 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 11. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 11. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer: Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,70) – 9,00 (7,90). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

# Renten knapp behauptet

**Auf dem Rentenmarkt herrschte verbreitete Geschäftslosigkeit. Da sich in den USA immer noch keine eindeutige Zinstendenz abzeichnet, mangelt es den Großanlegern an Orientierungspunkten. Da andererseits kein dringendes Angebot vorliegt, das gilt insbesondere für den Pfandbriefmarkt, aber auch zu einem Teil für den öffentlichen Bereich, halten sich die Kursänderungen in engen Grenzen. Bei den Anleihen gehörten Abschläge von 0,25 Prozentpunkten zu den Seltenheiten. Überwiegend gaben die Kurse hier um 0,10 Prozentpunkte nach.**

## Bundesanleihen

## Bundespost

## Länder – Städte

## Bankschuldverschreib.

| | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| F 6 Allg. Hypo. Pf 1 | 82,5G | 82,5G |
| 6½ dgl. Pf 5 | 00,5G | 90,5G |
| 7 dgl. Pf 2 | 100,25G | 100,25G |
| F 7½ Bakola Pf 104 | 100,45G | 100,45G |
| 9 dgl. Pf 106 | 103,05G | 103,05G |
| 10 dgl. Pf 100 | 107,55G | 107,55G |
| 7 dgl. KS 132 | 95,7G | 95,7G |
| 8 dgl. KS 155 | 99,4G | 99,4G |
| 9 dgl. KS 169 | 102,15G | 102,15G |

## Bundesbahn

| | | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|---|
| F 8 Bbahn 72 | 9/84 | 100,2G | 100,2G |
| 6½ dgl. 76 | 9.84 | 100,25 | 100,25 |
| 6 dgl. 78 III | 11/84 | 99,9 | 100 |

## Optionsscheine

## Sonderinstitute

## Optionsanleihen

## Industrieanleihen

## Wandelanleihen

## Währungsanleihen

# Ausländische Aktien in DM

# Warenpreise – Termine

**Erneut schwächer schlossen am Mittwoch die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Leicht befestigen konnte sich dagegen Kupfer. Mit Abschlägen in allen Sichten gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.**

## Getreide und Getreideprodukte

| Weizen Chicago (c/bush) | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| Juli | 344,50 | 346,75 |
| Sept. | 348,50 | 351,50 |
| Dez. | 362,75 | 365,00 |

| Weizen Winnipeg (can. $/t) | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| Wheat Board cif St. Lawrence I CW | 247,45 | 244,00 |
| Amber Durum | 246,24 | 242,75 |

| Roggen Winnipeg (can. $/t) | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| Juli | 133,00 | 136,20 |
| Okt. | 139,40 | 142,30 |
| Dez. | 144,00 | 147,50 |

| Kakao New York ($/t) | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| Terminkontr. Juli | 2130 | 2160 |
| Sept. | 2130 | 2220 |
| Dez. | 2178 | 2160 |
| Umsatz | 4240 | 4788 |

| Zucker New York (c/lb) | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| Kontrakt Nr. 11 Sept. | 4,77 | 5,10 |
| Okt. | 4,96 | 5,28 |
| Jan. | 5,45 | 5,78 |
| März | 6,05 | 6,32 |
| Mai | 6,36 | 6,64 |
| Umsatz | 9545 | 8975 |

| Kakao London (£/t) | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| Terminkontrakt Juli | 1820–1824 | 1832–1835 |
| Sept. | 1802–1804 | 1822–1823 |
| Dez. | 1720–1722 | 1751–1752 |
| Umsatz | 4647 | 5557 |

| Zucker London ($/t), Nr. 6 | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| Aug. | 134,60–135,00 | 134,40–134,60 |
| Okt. | 141,80–141,88 | 141,60–141,80 |
| Dez. | 100,20–100,60 | 149,60–150,00 |
| Umsatz | – | 4768 |

| Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg) | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| schw. Sarawak spez. | 351,50 | 367,50 |
| weißer Sarawak | 615,00 | 615,00 |
| weißer Muntok | 622,50 | 622,50 |

## Genußmittel

## Öle, Fette, Tierprodukte

| Talg New York (c/lb) | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| top white | 21,75 | 22,25 |
| fancy | 21,50 | 22,00 |
| bleichfähig | 19,75 | 20,25 |
| yellow max. 10% fr. F. | 17,25 | 17,75 |

| Schweine Chicago (c/lb) | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| Juli | 53,60 | 54,85 |
| Aug. | 53,50 | 54,35 |
| Okt. | 50,60 | 51,60 |

| Schweinebäuche Chicago (c/lb) | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| Juli | 56,50 | 56,80 |
| Aug. | 54,65 | 56,75 |
| Febr. | 68,50 | 70,40 |

## Wolle, Fasern, Kautschuk

## Zinn-Preis Penang

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

## Erläuterungen – Rohstoffpreise

## Westdeutsche Metallnotierungen

## NE-Metalle

| (DM je 100 kg) | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*) | 376,03–377,89 | 370,85–372,81 |
| Blei in Kabeln | 145,75–146,75 | 144,00–145,00 |
| Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren | 455,00–458,50 | 455,00–458,50 |
| Vorziehdraht | 464,00–464,50 | 464,00–464,50 |

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

## Messingnotierungen

| | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 373–374 | 370–371 |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 422–425 | 420–422 |
| MS 63 | 404–410 | 399–408 |

## Edelmetalle

## Internationale Edelmetalle

| Gold (US-$/Feinunze) London | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| 10.30 | 335,75 | 346,00 |
| 15.00 | 338,25 | 344,25 |
| Zürich mittags | 337,25–338,25 | 346,50–347,25 |
| Paris (F/1-kg-Barren) mittags | 95 000 | 97 050 |

| Silber (p/Feinunze) | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| London Kasse | 552,05 | 575,15 |
| 3 Monate | 567,60 | 590,45 |
| 6 Monate | 584,50 | 607,85 |
| 12 Monate | 619,50 | 642,05 |

| Platin (£-Feinunze) London | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| fr. Markt | 252,45 | 266,75 |

| Palladium (£-Feinunze) London | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| f. Händlerpr. | 184,66 | 108,79 |

## New Yorker Metallbörse

## Londoner Metallbörse

| | 11. 7. | 10. 7. |
|---|---|---|
| Kupfer Highgrade (£/t) mittags Kasse | 987,50–988,00 | 989,00–989,50 |
| 3 Monate | 1017,0–1017,5 | 1009,5–1010,0 |
| abends Kasse | 997,00–998,00 | 993,50–994,50 |
| 3 Monate | 1016,5–1003,0 | 1013,0–1013,5 |
| (Kupfer-Standard) Kasse | 1001,0–1003,0 | 998,50–999,00 |
| 3 Monate | 1018,0–1021,0 | 1015,0–1017,5 |
| Zink (£/t) Kasse | 636,00–637,00 | 649,00–650,00 |
| 3 Monate | 641,00–642,00 | 653,00–654,50 |
| Zinn (£/t) Kasse | 9430–9440 | 9465–9470 |
| 3 Monate | 9370–9380 | 9385–9398 |
| Quecksilber ($/Fl.) | 295–300 | 290–305 |
| Wolfram-Erz ($/T-Einh.) | 79–85 | 80–82 |




# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.), Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheiku (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Preeboh

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

## Verborgene Sprengsätze

Nea. – Fast scheint es, als seien in der Frankfurter Alten Oper, die der damalige Oberbürgermeister Rudi Arndt am liebsten schon als Ruine in die Luft gesprengt hätte, immer noch Sprengsätze verborgen. Die fristlose Kündigung des so erfolgreichen Generalmanagers Schwab durch einstimmigen Aufsichtsratsbeschluß ist sicher mehr als nur das lärmende Ende einer wohl von allzu großem Ehrgeiz und Selbstbewußtsein beherrschten Stadt-Karriere.

Der Anlaß, die nicht zustande gekommene Uraufführung des Fassbinder-Stücks „Der Müll, die Stadt und der Tod", das – so viel kann gesagt werden – in Richtung auf einen neuen Antisemitismus Gefahren- und Empfindungsgrenzen überschreitet, die im Nach-Auschwitz-Deutschland auch im Kulturbetrieb bisher wohlweislich beachtet wurden, könnte zu trügerischen Schlüssen über politische Fronten verleiten. Da verteidigen Arm im Arm der CDU-Oberbürgermeister und sein SPD-Kulturdezernent die als „progressiv" bekannte Gielen-Oper und das so problemreich mitbestimmte Schauspiel gegen die Konkurrenz jener wiederaufgebauten Alten Oper, die von der Linken jahrelang als zerstörerischer Beutezug der kulturellen Reaktion gebrandmarkt worden war.

Natürlich ist der ganze Streit durchwirkt von politischen, kommunalpolitischen, persönlichen und wirtschaftlichen Interessen. Zwei Dinge heben sich aber als eindeutig heraus: Der Rechtsstandpunkt, den OB Wallmann und der Magistrat einnehmen, scheint überzeugend; und jene linken Kulturrevolutionäre, die den Tempel der bürgerlichen Kultur aber jetzt für ihr Spektakel beanspruchen, machen keine ehrenvolle Figur.

Wenn der Pulverdampf sich verzogen hat, wird das Phänomen übrigbleiben, daß sich in einer Stadt wie Frankfurt nur durch das Entstehen eines neuen Gebäudes beinahe explosionsartig ein ganz neues kulturelles Leben entwickelt, das vorhandene Strukturen fast zu zerstören droht. Hier sind noch lange nicht alle Fragen beantwortet.

In alter Kraft: Das „Festival zweier Welten"

# Ulk mit frischem Wasser

How wonderful" seufzen sie wie beim ersten Mal vor 27 Jahren beim Blick auf den Domplatz von Spoleto. Dann steigen sie behutsam die flachen Stufen herab zum Morgenritual der Stammgäste des „Festivals zweier Welten", dem ersten Aperitif vorm Tric-Trac und dem zweiten nach dem Mittagskonzert im Theater Caio Melisso. Sie sind so elegant wie eh und je, die alten Amerikanerinnen, die Spoleto unverbrüchlich die Treue halten.

Im jubelnden Applaus nach der Premiere seiner Opera Buffa „Der letzte Wilde", einer polemischen Persiflage der Konsumgesellschaft und der modernen Musik, die bei ihrer Uraufführung in Paris vor 21 Jahren nicht so recht ankam und im „Happy Birthday", das das Orchester nach der Aufführung anstimmte, als der Komponist und Regisseur Menotti mit einer Torte voll 73 Kerzen gefeiert wurde, klang die Dankbarkeit der Stadt und ihrer Gäste für den „Herzog von Spoleto".

Auch das Festival macht behutsamere Schritte, auch wenn es wie die allzu vielen sommerlichen Kulturfeste alljährlich versucht, den Zauber seiner Anfänge wiederzufinden, als das Publikum noch nicht so überfüttert mit Attraktionen war wie heute. Der Clou war bisher (das Festival dauert bis zum 15. Juli) Virginia Woolf's 1932 verfaßter und 12 Jahre später aufgeführter Theaterulk „Fresh Water", in dem bekannte Persönlichkeiten ihrer Zeit, von ebenso bekannten Persönlichkeiten gemimt, das Ende der Viktorianischen Ära durch den Kakao zogen.

„Dieses Stück ist absolut nutz- und sinnlos. Und darum gefällt es mir so gut," sagte der berühmteste der jetzigen Schauspieler bei der Pressekonferenz. Er heißt Eugene Ionesco. Neben ihm und seiner Frau Rodica rezitierte wie bei der ersten Aufführung vor einem Jahr im Centre Pompidou die Creme der französischen Intelligenz. Nathalie Sarraute, die große alte Dame des Nouveau roman, spielt mit unvergleichlicher Würde den Silberdiener James. Alain Robbe Grillet ist ein Indologe, der mit seiner Frau (gespielt von der ägyptischen Dichterin Joyce Mansour) aus dem Surrealistenkreis um André Breton nur auf zwei Bahren wartet, um nach Indien zu fahren. Tom Bishop, Direktor des französischen Kulturdepartements der New York University, ist der Navy-Offizier, der mit Ellen Perry, der berühmtesten englischen Schauspielerin der Jahrhundertwende, gespielt von der Pariser Literaturprofessorin Florence Delay, ihrem präraphaelitischen Malergatten George Watts (gespielt von Guy Dumur, dem gefürchtetsten französischen Theaterkritiker) durchbrennt. Der Schriftsteller, Soziologe und Historiker Jean-Paul Aron ist die Queen Victoria und der Vizedirektor des Festivals zweier Welten, Raffaelo De Banfiele, ein Delphin, der einen Ehering verschluckt.

Was diese als Schauspieler verkleideten Geistesgrößen da spielen, ist so absurd wie gleichgültig. Die Sensation ist, daß und wie sie auf der Bühne stehen. So unwiderstehlich komisch nämlich in ihrer lebenswahren Ungeschicktheit, daß man sich nicht sattsehen und lachen kann. Ionesco, der Dichter Alfred Tennysson, schlägt sie alle. Aus seinem um den Glatzkopf gebundenen Gottvaterbart murmelt er, aus seinen Werken vorlesend, sich ständig verheddernd und das Publikum zwinkernd um Verständnis bittend, ein Meisterstück des absurden Theaters. Er amüsiert sich dabei mindestens so sehr wie sein Publikum und wie die Queen Victoria des Jean-Paul Aron, die vor lauter Gelächter kaum einen ihrer törichten Sätze hervorbringen kann. Der alte Theaterscherz der jungen genialen Virginia Woolf, als neuer Scherz von alten genialen Geistern präsentiert, dürfte der Clou des 27. Festivals zweier Welten in Spoleto bleiben und dann in die Theatergeschichte eingehen. „Denn noch einmal spielen wir nicht, sonst werden wir Berufsschauspieler," sprach Ionesco.

MONIKA VON ZITZEWITZ

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Der „Merkur"

# Glück im tiefen Schmerz

Einige Reaktionen aus der Leserschaft haben dem Zeitschriftenrezensenten gezeigt, daß ihm in seinem ersten Bericht über den „neuen Kurs" im alten „Merkur" etwas noch nicht ganz gelungen ist: klarzumachen, was der neue Herausgeber Karl Heinz Bohrer mit seinem „Intensitätsdiskurs" meint und will. Sagen wir es also ohne sein Fach-Chinesisch – auf die Gefahr hin, als Banause in Grund und Boden gebohrert zu werden.

Wenn einer aufbegehrt „Es kommt nicht darauf an, wie lange ich lebe, sondern wie ich lebe", so ist er bereits auf dem Intensitätstrip. Am Ende dieses Weges soll dann jener intensivste Augenblick (Bohrers „emphatischer Augenblick") sein, in den die Ewigkeit einschießt – die Ewigkeit, vor der die langen Jahre ungelebten Lebens zu einem grauen Band toter Zeit werden. Oder, um es auf einer anderen Ebene zu formulieren: Der vom „Intensitätsdiskurs" Ergriffene weiß, daß Glück ohne Schmerz nicht zu haben ist – was den Gedanken nahelegt, das höchste Glück sei im tiefsten Schmerz zu finden.

Das sind gefährliche Gedanken – aber welche Gedanken sind nicht gefährlich? –, die wir nicht erst seit Nietzsche und Baudelaire kennen. Das Eigenartige ist, daß sie zur Zeit weniger bei der Jugend zu finden sind als bei der etwas älteren Generation der enttäuschten Revolutionäre. Sie sind wohl der Meinung, die auf komplette Schmerzvermeidung hinarbeitende Kulturrevolution habe ihnen zu lange das Jetzt und Hier vorenthalten, habe ihnen zu lange eine Erfüllung in ferner Zukunft oder in den andern vorgegaukelt. Daher das tiefe Ressentiment gegen moralische und soziale Kategorien.

Übrigens finden sich in den ersten vier Bohrer-Heften des „Merkur" durchaus Autoren, die von diesen Dingen ohne Aufgeregtheit zu sprechen wissen. So der Freiburger Linguist Hans-Martin Gauger in seinem schönen Stendhal-Essay „Der intensive Roman: 'Rot und Schwarz'". Er macht einen vermittelnden Vorschlag: „Freud gebraucht für den psychischen Bereich anstelle von 'Intensität' den deutschen Ausdruck – er liebte deutsche Ausdrücke – 'Besetzung'. Dies ist eine brauchbare Verdeutlichung: Ein Inhalt wird 'mit einem bestimmten Affektbetrag besetzt', er erhält ein bestimmtes Quantum psychischer Energie . . ."

Allerdings warnt Gauger gleich davor, von räumlichen Metaphern wie „Besetzung" oder „intensiv" (intensus = 'gespannt', etwa von einem Bogen gesagt) her zu schließen, der Gegensatz des Intensiven sei das Extensive: „Intensität gibt es auch in der Extension, literarisch zum Beispiel bei Proust oder Dostojewskij." Der Gegensatz sei vielmehr „das Laue, Leidenschaftslose, Brave und Zahme, das Konventionelle, das Mäßige und Mittelmäßige".

So läßt man sich den Intensitätsdiskurs gefallen, oder auch so, wie ihn der französische Philosoph Jean-François Lyotard in seinem (hervorragend übersetzten) Aufsatz „Das Erhabene und die Avantgarde" (ebenfalls Heft 2) führt. Was Lyotard – ausgehend von Barnett Newmans Formel „The Sublime is Now" mit eleganter Präzision entwickelt, macht deutlich, was Bohrer mit den gestammelten Vokabeln „Pathos" und „hoher Stil" meint.

ANTON MADLER

Zeitlebens mußte er seine Bilder wie saures Bier anbieten: Zum 100. Geburtstag Amadeo Modiglianis

# Alle lieben seine schlanken Hälse

In Livorno ist man dabei, einen Kanal trockenzulegen, weil man darin Plastiken vom Amadeo Modigliani zu finden hofft, der heute vor hundert Jahren in der toskanischen Hafenstadt geboren wurde. Einem hartnäckigen Gerücht zufolge soll der junge Künstler im Jahre 1909 seine bis dahin geschaffenen Skulpturen aus eigener Unzufriedenheit oder aus Ärger über schlechte Kritiken kurzerhand auf einen Karren geladen und in jenen Kanal versenkt haben. Es ist anzunehmen, daß vor allem der Kunsthandel begierig auf das Bergungsergebnis wartet.

Modigliani, der zeitlebens seine Bilder wie saures Bier anbieten mußte, wenn er sie nicht für einen Drink oder eine Mahlzeit einfach verschenkte, womit er seine Kunsthändler zusätzlich zur Verzweiflung trieb, derselbe Modigliani erzielt heute für dieselben Bilder Millionensummen. Vor wenigen Wochen erst, im Mai, wurde bei Sotheby's in New York ein Mädchenbildnis Modiglianis aus dem Jahr 1918 für umgerechnet knapp eine Million Mark versteigert. Und bei Christies in London wurden unlängst für das Porträt „Kleines Mädchen mit Zöpfen", ebenfalls aus dem Jahre 1918, sogar 4,5 Millionen Mark bezahlt.



Bildnisse von fragiler Schönheit: Modiglianis „Junges Mädchen mit braunen Haaren" FOTO: SÜDWEST VERLAG

Auch das gehört zu dem Charakterbild dieses höchst sonderbaren Künstlers – wiewohl es keine Seltenheit in der Kunstgeschichte darstellt, dieses Verkanntsein bei Lebezeiten und der postume Ruhm, der das tödliche Elend nicht mehr tilgen kann. Dennoch zögert man hier, anders als bei van Gogh zum Beispiel, von Tragik zu sprechen. „Modi", wie ihn seine Freunde nannten, war aus solchem Stoff, aus dem sich kolportagehafte Künstlerromane und -filme leichthin fertigen lassen. In dem Jacques-Bekker-Film „Montparnasse 19" spielte Gérard Philipe den schwind- und drogensüchtigen „peintre maudit" mit gewohntem Erfolg. Man brauchte dafür schon einen Darsteller seines Formats, der Eleganz mit Armut und Not, Würde mit Krankheit und physischer Zerrüttung glaubhaft zu verbinden wußte und diesen problematischen Charakter, dieses von Leidenschaften gepeitschte kurze Leben glaubwürdig machte.

Modigliani stammte aus einer verarmten jüdischen Bankiersfamilie; die vielseitig gebildete Mutter führte ihre Herkunft auf Baruch Spinoza zurück. Sie zeigte dem zärtlich geliebten Sohn alle wichtigen Museen Italiens, bevor sie ihn auf die Kunstschule nach Venedig schickte, wo er gleich hintereinander mehrere erste Preise erhielt. Vor allem von Sandro Botticelli zeigt sich der junge Maler verzaubert – und diese Verzauberung kann und will er ein Leben lang nicht leugnen –, während der angehende Bildhauer offenkundig von der Kunst der Kykladen Anregungen empfängt. Hinzu kommt später, in Frankreich, das Erlebnis der frühromanischen und gotischen Kathedralskulptur, der Negerplastik und nicht zuletzt die Ateliernachbarschaft mit Brancusi.

Nach einer kurzen Zwischenstation in Florenz kam Modigliani, zwanzigjährig, nach Paris. Dort wurde der „schöne toskanische Jude" als Künstler zunächst nicht ernst genommen; dafür war er zu elegant gekleidet, sah überhaupt zu gut aus und außerdem trank er zuviel. Als Zechkumpane begleiteten ihn der einfältige, stets betrunkene Utrillo und später der exzentrische, unglaublich verwahrloste Chaim Soutine. Chronisten der Ecole de Paris berichten mehr oder weniger erschüttert oder amüsiert von dem grotesken Anblick dieser ungleichen Paare; denn „Modi", stets in Samtjacke mit rotem Schal, „wie aus dem Ei gepellt", hielt bis zuletzt, als er selbst bis aufs äußerste heruntergekommen war, auf saubere Eleganz und Haltung. Es ist sicher nur ein Farbtupfer, aber er gehört ins Bild dieses widersprüchlich übersteigerten Intellekts, daß Modigliani stundenlang Dante, Petrarca oder Carducci auswendig deklamierte, daß er sich für alle möglichen Wissenschaften und Forschungen, für Okkultes ebenso wie für die Klarheit philosophischen Denkens interessierte und beispielsweise die Schriften Spinozas mit der gleichen Hingabe studierte wie die Zeichnungen Rembrandts.

Er hatte noch andere Zechkumpane; das waren die italienischen Maurer auf dem Montparnasse. Sie richteten ihm einen Arbeitsplatz auf ihren Baustellen ein, gaben ihm Steine und Werkzeug für seine Bildhauerei. Er verachtete Gips und Ton und arbeitete nur in Stein. So entstanden seine monumentalen, archaisch anmutenden Skulpturen, die in der klaren Konzeption des formstrengen vertikalen Aufbaus zu den großartigsten Zeugnissen der modernen Bildhauerkunst zählen. Zumeist sind es Köpfe von einzigartiger Kraft – die er „sens de Jéhova" nannte – und faszinierender Feierlichkeit. Ungefähr zwei Dutzend Steinskulpturen sind erhalten; sie stammen aus den Jahren zwischen 1909 und 1915. In dieser Zeit hat Modigliani nur fünf wesentliche Bilder gemalt; danach kehrte er wieder voll zur Malerei zurück. Man hat gerätselt, ob die berühmte „melodische" Linie seiner Bilder eine Übersetzung der Skulpturen in die Fläche sei oder umgekehrt. Die Vielzahl der Skizzen für die ausgeführten und nicht mehr ausgeführten Plastiken spräche eigentlich für den umgekehrten Weg, wenn es überhaupt erlaubt wäre, Plastik und Malerei unabhängig voneinander zu betrachten; denn offenkundig handelt es sich doch um eine gegenseitige Wechselwirkung. Auch die Malerei Modiglianis lebt von dem innigen Kontrast von innerer Kraft und melancholischem Zauber, Formstrenge und sinnlicher Schönheit. Auch ihre Gestaltungsmittel sind die einfachsten: Farbe als Fläche und Linie als feste Kontur.

„Umriß" wäre für diese fließende, schwingende, rhythmisch bewegte Linie ein zu hartes Wort; es handelt sich vielmehr um eine Kantilene von graziler Leichtigkeit, konstruktiver Energie und letzter Präzision. Sie erschuf Akte von schwermütiger Schönheit, Frauen- und Mädchenbildnisse von fragiler Schlankheit, die an Botticelli denken lassen, und männliche Porträts von Freunden, deren geistvolle Sicherheit über jeden Manierismus triumphiert. Denn Modiglianis Manierismus läßt sich nicht leugnen; er findet seinen Ausdruck und seine Legitimation in der expressiven Streckung der Figuren, in der Typisierung der Köpfe, der Kalligraphie der Linienführung und, alles in allem, in der unbedingten Selbständigkeit der subtilen Stilisierung, die dieser Künstler, dem nur zwei Jahrzehnte Schaffenszeit gegönnt waren, konzessionslos gegen alle Einflüsse und Strömungen der zeitgenössischen Kunst als seine unverwechselbare Eigenart und Originalität behauptet hat. Seiner besessenen Arbeitswut und den Ausschweifungen seines, nennen wir es so – Bohemetums war seine von Jugend auf gefährdete Gesundheit nicht gewachsen. Er starb 36jährig in Not und Elend, aber als Künstler und in seiner Sehnsucht nach Schönheit ungebrochen.

EO PLUNIEN

Paul Newmans Film „Harry and son" im Kino

# Keine Idylle in Florida

In seinen unverschämt blauen Augen scheint sich ein sonniges Gemüt zu spiegeln. Doch der Schauspieler Paul Newman kämpft tapfer gegen dieses Klischee an und ist immer dann am besten, wenn er gebrochene Charaktere verkörpert: den prunksüchtigen Versager in „Die Katze auf dem heißen Blechdach", den egozentrischen Billardspieler in „Haie der Großstadt" oder zuletzt den heruntergekommenen Anwalt in „The Verdict". Auch sein neuer Held, der Kranführer Harry, hat Sorgen.

Seit dem Tod seiner Frau lebt er mit seinem Sohn Howie eher schlecht als recht im schönen Florida. Immerhin gilt Harry auf der Baustelle als Virtuose, kann er doch die stählernde Birne so genau schwingen lassen, daß sie jede brüchige Fassade kunstvoll zerschmettert. Bis ihm eine verschleppte Krankheit eines Tages die Sinne schwinden läßt. Nur für Sekunden zwar, doch die kosten einen Kollegen fast das Leben. Nach diesem Vorfall besteht Harrys einzige Arbeit bald darin, das Bier in Sechserpackungen vom Supermarkt nach Hause zu schleppen.

Nun soll Howie die Familie ernähren, ist jedoch eher an hübschen Mädchen, seinem Surfbrett und einer ungewissen Schriftstellerkarriere interessiert. In der Werbung würde er zur Not auch arbeiten, doch den stupiden Dienst in einer Verpackungsfabrik quittiert er nach wenigen Stunden. Kaum länger hält es Howie bei jenen zwielichtigen Gestalten, die verarmten Kreditnehmern in Nacht-und-Nebel-Aktionen die Autos wegnehmen. Prompt wirft ihm Harry in ungerechtem Zorn mangelnden Durchhaltewillen vor. Die Krise spitzt sich zu.

Dieses allzu sperrige Problembündel hat Newman als Regisseur, Koproduzent, Drehbuchautor und Hauptdarsteller geschnürt. Sattsam bekannte Generationskonflikte, Trinkertragik, Arbeitslosentristesse und spätpubertäre Identitätssuche drücken kräftig auf die Tränendrüse. Und auch oberflächliche Kenner der Newman-Biographie dürfen vermuten, daß der Selbstmord seines Sohns den Start zu dieser Geschichte bewegt hat. Eine solche Flut der Gefühle hätte man mit formaler Strenge kanalisieren müssen. Doch Newman, kein Meister des Melodrams wie Douglas Sirk, inszeniert eine Nummernoper höchst unterschiedlichen Niveaus. Meist bedient er sich ungeniert aus dem Zitatenschatz der Fernsehseifenopern und schreckt selbst vor dem berühmt-berüchtigten Sonnenuntergang am Meer nicht zurück. Dann wieder belichtet er in scharf geblitzten Momentaufnahmen die belastete Vater-Sohn-Beziehung und läßt eine erwartete Idylle hart zerbrechen.

Solche Formschwankungen der Regie behindern leider auch den Schauspieler Newman, der außer weltschmerzlichen Blicken ins Wesenlose und polternd überzogener Säuferattitüde diesmal erstaunlich wenig zu bieten hat. Immerhin trifft er den angestrebten Typ, während der schwarzlockige Robby Benson als angehender Schriftsteller Howie etwa so glaubwürdig wirkt wie John Travolta als Zen-Buddhist. So muß Newmans Ehefrau Joanne Woodward die Ehre der Schauspieler retten. Und das gelingt ihr überzeugend, indem sie ihre kleine Rolle als Harrys kauzige Nachbarin mit Präzision und Wärme zum mimischen Kabinettstückchen ausfeilt. Sie deutet wenigstens an, welche Möglichkeiten bei dieser Geschichte verschenkt worden sind. Letztlich also ein enttäuschender Film, der unfreiwillig daran erinnert, wieviel besser Paul Newmans Kollegin Barbara Streisand in „Yentel" war. Vor und hinter der Kamera.

HARTMUT WILMES



Die Krise spitzt sich zu: Paul Newman und Robby Benson in „Harry and son" FOTO: ORION

Die Schubertiade Hohenems auf neuen Wegen

# Des Fürsten Winterreise

Nicht nur zwischen Neusiedler- und Bodensee ufert die Festspiellandschaft und mit ihr die sommerliche Kunstbeglückung aus. Im westlichsten Teil Österreichs sucht die Schubertiade Hohenems nach eigenen Wegen. 1976 gegründet, hatte sie zuletzt einige Turbulenzen zu überstehen. Hermann Prey, der ursprüngliche Ideenspender für Schubert, war im eigentlichen Sinn des Wortes zu überwinden.

Sein Plan, Schuberts Werk chronologisch aufzuführen, hat nun bereits im Wiener Musikverein Platz gegriffen, während die Vorarlberger Schubertiade unter der Leitung von Gerd Nachbauer auf einen Konsolidierungskurs eingeschwenkt ist. Im kleinen, stimmungsvollen Rahmen des Hohenemser Renaissance-Palastes wurden bei fast hundertprozentiger Auslastung heuer 8700 Schubertianer registriert und von den Gesamtkosten (rund 600 000 DM) über siebzig Prozent eingespielt. Im Publikum sind neben internationaler Eleganz die Vorarlberger immerhin noch zu mehr als einem Drittel vertreten.

Eine wesentliche musikalische Festigung erfuhr das gesund erscheinende Unternehmen durch die bereits im Vorjahr mögliche und heuer ausgebaute Mitwirkung von Dietrich Fischer-Dieskau und Nikolaus Harnoncourt. Nachdem Prey ausgezogen war, konnte der deutschen liebster Liederfürst einziehen (ausnahmsweise ins geräumige Bregenzer Festspielhaus). Seine „Winterreise" glich einer Dokumentation scheinbar zeitloser Qualitätskriterien: kalkuliertes Spiel und große, männliche Gesten sind bekannte Verpackungsmerkmale, wie aber Fischer-Dieskau den Abschied von Liebe, Lust und Leben gleichzeitig peinlich kontrolliert und emphatisch ausspielt, das ist noch immer von berückender Wirkung. Wenn sein Edelbariton auch schon brüchig geworden ist, das Mischen von todtraurigen Farben und resignativem Ausdruck ist von individuellem Gewicht. Zumal mit einem Begleiter wie Alfred Brendel, der Schuberts Seelenlandschaft durchleuchtete und belebte. 1985 soll Fischer-Dieskau sogar mit vier Programmen bei der Schubertiade vertreten sein.

Wenn für Schubert dieses Jahr das Alban-Berg- und das Brandis-Quartett oder Peter Schreier, Robert Holl, Gundula Janowitz, Ely Ameling und Francisco Araiza aufgeboten wurden, oder in kurzem Abstand Brendels expressionistisches und zu phantastischen Grenzwerten getriebenes Spiel mit dem des herrlich erzählenden Andras Schiff (der aus Budapest stammende Pianist entpuppt sich immer mehr als einer der interessantesten der jüngeren Generation) zu vergleichen war, so blieb der unkonventionelle Donnerschlag wieder einmal Nikolaus Harnoncourt vorbehalten. Nicht bloß mit Schubert, weil eine grenzüberschreitende Programmidee diesmal mit der Darstellung von Schuberts Vor- und Umfeld argumentiert wurde, sondern wesentlich durch den Mut zum Risiko. Denn einem Wiener Orchester (den Symphonikern) und einem österreichischen Dirigenten wurde die einmalige Möglichkeit zu gründlicher Neuarbeit geboten. Neu heißt hier, daß Harnoncourt erstmals auch Haydn, Beethoven und Schuberts „Unvollendete" dirigierte. Sein gründlich aufräumendes Mozart-Spiel, diesmal an den beiden g-Moll-Symphonien und dem Fagottkonzert (mit Milan Turkovic) dargestellt, sollte durch die in Amsterdam entstandenen Plattenaufnahmen bekannt sein.

Während Harnoncourts vorklassisches Terrain bereits bestens abgesteckt erscheint – ein virtuos aufgeladener Heinrich Schiff konnte Haydns unvergleichliche Klarheit selbst beim haarigen D-Dur-Cellokonzert herauszustreichen –, gewährte Beethovens zweite Symphonie einen Blick in die typische Harnoncourt'sche Musikwerkstatt. Hier wird hart an der Verschärfung des Klangbildes im Sinne straffer architektonischer Zusammenhänge gearbeitet. Die Betonung schwerer Taktteile wie die überfallartigen Dynamikwechsel markieren den Weg zu einer entschlackten Beethoven-Sicht. Diese Anstrengung ist noch nicht abgeschlossen, sie sollte aber noch Folgen haben.

Der Schubertiade letzter, schönster Schluß galt jedoch der h-Moll-Symphonie: Hier war das sprichwörtliche Ereignis musikalische Wahrheit geworden. Harnoncourts Vehemenz, seine Klarheit und eine rückhaltlose emotionelle Bereitschaft stehen letztlich auch dafür, daß bei Festspielen etwas „weitergehen" kann. Nur zum Vergleich: Bei den Salzburger Festspielen ist Harnoncourt aus Gründen höherer Politik (vorläufig noch) gesperrt.

WALTER GÜRTELSCHMIED

## JOURNAL

### Generalmanager Schwab fristlos gekündigt

Nea. Frankfurt

Der Aufsichtsrat der Alten Oper in Frankfurt hat dem seit der Wiedereröffnung vor drei Jahren amtierenden Generalmanager Ulrich Schwab „aus wichtigen Gründen" fristlos gekündigt. Schwab, dessen Vertrag noch bis 1988 läuft, hat eine Klage dagegen angekündigt. Anlaß war der öffentliche Streit um die geplante Uraufführung des Fassbinder-Stücks „Der Müll, die Stadt und der Tod" in der Alten Oper. Das Stück enthält nach Ansicht von Oberbürgermeister Wallmann (CDU) und Kulturdezernent Hoffmann (SPD) eindeutig antisemitische Passagen. Die Aufführung widerspricht außerdem einem Aufsichtsratsbeschluß, in der Alten Oper aus Konkurrenzgründen kein Sprechtheater zu veranstalten. Schwab hatte daraufhin Hoffmann öffentlich „Zensur" vorgeworfen.

### Französische Künstler in Amerika

dpa, New York

105 Zeichnungen französischer Künstler aus mehreren Jahrhunderten (u. a.: Poussin, Watteau, Fragonard und Robert) sind bis Ende Juli in der New Yorker Piermont Morgan Library zu sehen. In anderen Räumen der Morgan Library werden zur gleichen Zeit Manuskripte aus dem 16. Jh. gezeigt, von denen ebenfalls eine große Zahl aus Frankreich stammt.

### Steins „Orestie" im Theater von Ostia

dpa, Rom

Ein Gastspiel der „Berliner Schaubühne" mit der „Orestie" von Aischylos in der Inszenierung von Peter Stein hat im 2000 Jahre alten Freilufttheater von Ostia Antica bei Rom begonnen. 1200 Zuschauer folgten dem „Agamemnon", dem ersten Teil der Trilogie, auf den Steinstufen der Theaterruine, wenige Meter neben dem Ufer des Tiber. Auch die zwei anderen Teile der Orestie („Die Totenspende" und „Die Eumeniden") stehen auf dem Programm. Das Gastspiel des Theaters aus West-Berlin endet mit einer neunstündigen Aufführung der gesamten Aischylos-Trilogie. Die „Orestie" ist Höhepunkt des „Progetto Germania", einer über mehrere Monate verteilten Reihe deutscher Kulturveranstaltungen, die die Stadt Rom zusammen mit dem Goethe-Institut organisiert.

### Sonning-Preis für Pierre Boulez

AFP, Kopenhagen

Der französische Komponist und Orchesterleiter Pierre Boulez ist nächster Laureat des dänischen Leonie-Sonning-Musikpreises. Boulez nimmt die Auszeichnung am 31. Mai 1985 entgegen. Seinem Vorgänger als Sonning-Preisträger, dem Jazztrompeter Miles Davis, wird die mit rund 35 000 DM dotierte Auszeichnung am 14. Dezember überreicht.

### Karl Mays Wohnhaus wird Museum

dpa, Berlin

Das ehemalige Wohnhaus des sächsischen Schriftstellers Karl May in Radebeul bei Dresden, die „Villa Shatterhand", soll als Museum eingerichtet werden. Im Erdgeschoß wird voraussichtlich zum 1. Februar 1985 die ständige Ausstellung „Karl May – Leben und Werk" eröffnet. Bisher hat das Wohnhaus von Karl May, in dem früher eine soziale Einrichtung untergebracht war, nicht besichtigt werden können. In der „Villa Shatterhand" sollen künftig zahlreiche Originalgegenstände aus den früheren Wohn- und Arbeitsräumen des Schriftstellers gezeigt werden sowie Bild- und Schriftdokumente.

### *Brassaï gestorben*

Nach seinem Geburtsort, dem transsylvanischen Brasso, nannte sich der Ungar Guyla Halász „Brassaï". Der Name ist in der Photographenbranche längst zu einem Begriff geworden. „Paris bei Nacht", die stimmungsvollen Bilder aus der französischen Hauptstadt, die weder mit Verruchtheit noch mit dem Elend kokettierten, sondern auf sehr sympathische Weise Alltag schilderten, haben ihn weltberühmt gemacht. Aber Brassaï war nicht nur Photograph. Er hatte in Budapest und Berlin Kunst studiert und arbeitete zuerst als Maler, Bildhauer und Journalist. 1924 ging er nach Paris, war bald mit Picasso, Dali, Braque befreundet und fand für lange Zeit am Photographieren mehr Spaß als an allen anderen Künsten. „Ich erfinde nichts, ich stelle mir alles vor", hat er einmal gesagt. Und auch, daß er nicht auf Exotismen oder Sensationen aus sei. Das tägliche Leben um ihn herum hat ihn immer am stärksten inspiriert. Das merkt man seinen Photos an, ihrer Unbefangenheit und Natürlichkeit, die höchste Kunst verrät. Jetzt ist Brassaï, 84jährig, in Nizza gestorben.

P. D.

# Roms Lichter vertreiben Jesuiten-Astronomen ins Exil

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die Lichter der ständig wachsenden Großstadt Rom haben eine der ältesten und renommiertesten Sternwarten der Welt ins Exil getrieben. Das vatikanische Observatorium verlegte jetzt sein Forschungs- und Beobachtungszentrum von der päpstlichen Sommerresidenz Castel Gandolfo in den Castelli Romani nach Tucson *im* US-Bundesstaat Arizona. Das teilte der Direktor der vor 400 Jahren gegründeten Sternwarte, Jesuitenpater George Coyne, dieser Tage im vatikanischen „Osservatore Romano" mit.

Das Observatorium war nach der von Papst Gregor XIII. im Jahre 1582 verwirklichten Kalenderreform zunächst im Vatikan eingerichtet und dann 1936 nach Castel Gandolfo umgesiedelt worden. Seit seiner Gründung wird es von Jesuiten betrieben. Sein Personal besteht im Augenblick aus fünf Astronomen, einem Mathematiker, einem Ingenieur und zwei Assistenten.

Das nach dem Krieg einsetzende stürmische Wachstum Roms, das sich wie ein Ölfleck nach allen Seiten – auch in Richtung Albaner Berge – ausdehnte, machte in den letzten Jahren wissenschaftliche Beobachtungen, trotz modernster Ausrüstung der Sternwarte mit mächtigen Teleskopen, immer schwieriger. Der Nachthimmel über Rom und auch über den Castelli Romani wurde zu *hell*.

Das Jesuitenteam beschloß unter diesen Umständen, sich nach einem neuen Sitz umzusehen. Pater Coyne: „Vor drei Jahren haben wir ein Forschungszentrum in Tucson/Arizona eingerichtet. Zwei Jahre lang haben wir dort als Gäste gearbeitet, dann, im vergangenen Sommer, haben wir unsere Erfahrungen ausgewertet und sie für positiv befunden. Mit Hilfe der vatikanischen Behörden wurde daraufhin unser amerikanisches Forschungszentrum fest installiert."

Zwar bleibe der Hauptsitz der Sternwarte mit Administration, Datenauswertung und Bibliothek weiterhin in Castel Gandolfo, das Forschungs- und Beobachtungszentrum sei jedoch definitiv nach Tucson verlegt worden, wo schon seit Jahren ein großes astronomisches Forschungszentrum mit vier Instituten bestehe.

Zwei Tage später präzisierte der Vatikanische Pressesprecher, Pater Panciroli, man könne jetzt von zwei Forschungszentren sprechen: Einem Hauptzentrum in Castel Gandolfo für die theoretische Forschung und einem zweiten Zentrum in Amerika für die praktische Observation.

Das Tucson-Zentrum ist nach Darstellung Pater Coynes eine der größten astronomischen Forschungsstätten der Welt. „Uns hat die Universität dort Gastfreundschaft gewährt. Wir haben unsere Büros einrichten können und haben Zugang zu allen Observationsmitteln und Teleskopen. Wir selbst haben nichts bauen oder aufstellen müssen – weder Gebäude, noch eine Bibliothek, noch Teleskope. Wir haben nur Gehirne dorthin gebracht: unsere Astronomen."

Die Verlegung wirft bei allen Vorteilen auch ein Problem auf. Pater Coyne sprach es gegenüber dem „Osservatore Romano" mit der Frage an: „Wie können wir heute zwei Sitze mit einer so kleinen Wissenschaftlergruppe von nur neun Personen unterhalten?" Mehr ausgebildete Astronomen gebe es derzeit im Jesuitenorden nicht, und der Nachwuchs sei erst in zehn Jahren einsatzbereit. „Wir denken deshalb an die Möglichkeit, in unser Team auch Laienastronomen als feste Mitglieder aufzunehmen. Aber diese Idee muß genau durchdacht werden, denn schließlich war die Sternwarte stets ein Ordensinstitut. Durch die Aufnahme von Laien würde sich das ändern." Vielleicht werde man aber doch den Weg vieler von Jesuiten gegründeter Universitäten gehen müssen, die heute gemeinsam von Ordensleuten und Laien geführt würden.

Als Astronom der päpstlichen Sternwarte hatte Mitte des vergangenen Jahrhunderts der Jesuitenpater Angelo Sicchi mit seinen Untersuchungen der physischen Beschaffenheit der Planeten, des Mondes und der Sonne Weltruhm erlangt. Er schuf die erste Einteilung der Fixsterne in Klassen nach ihren Spektren und gilt als Vater der modernen Astrophysik. Offiziell war das vatikanische Observatorium – drei Jahrhunderte nach seiner De-facto-Gründung – von Papst Leo XIII. im Jahre 1892 fest etabliert worden. Zur Begründung dieses Beschlusses erklärte der Papst damals, er wolle ein sichtbares Zeichen setzen für die Eintracht von Wissenschaft und Glauben.

# Sohn aus gutem Hause tauchte wieder auf

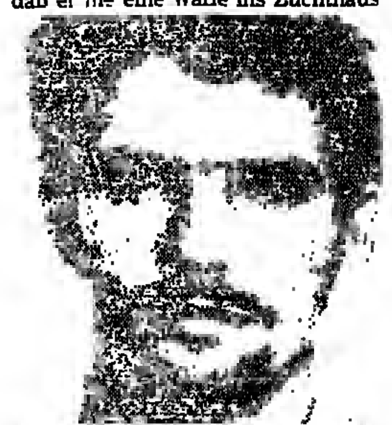
A. v. KRUSENSTIERN, New York

Ein Gespenst aus den turbulenten sechziger Jahren ist wieder aufgetaucht: Der amerikanische Rechtsanwalt Stephen Bingham, damals Sympathisant assortierter Radikaler und Terroristen, der Beihilfe zum Mord in fünf Fällen beschuldigt und deshalb seit 13 Jahren im Untergrund lebend, hat sich der Polizei gestellt.

*Bingham* gehört einer Patrizierfamilie aus Neuengland an. Sein Foto wies ihn lange Zeit als den bestaussehenden Mann auf der Fahndungsliste aus. Sein Vater war Richter in Connecticut, sein Großvater Gouveroeur dieses Staates und später Senator.

1971 war Bingham, damals 29 Jahre alt, Anwalt des schwarzen Radikalen George Jackson, der im Zuchthaus San Quentin eine Strafe verbüßte. Kurz nach einem Besuch am 21. August, versuchte Jackson auszubrechen. Dabei erschoß er fünf Menschen, kam dabei aber selber ums Leben. Die Tatwaffe soll Jackson von seinem Anwalt erhalten haben – von Stephen Bingham. Dieser tauchte sofort unter.

Bevor er sich jetzt der Staatsanwaltschaft stellte, hielt er in San Francisco eine hastig einberufene Pressekonferenz ab, auf der er alle Vorwürfe bestritt. Er könne beeiden, sagte er, daß er nie eine Waffe ins Zuchthaus



Schönster Mann auf Fahndungsfotos: Anwalt Bingham. FOTO: DIE WELT



George Jackson: Er erschoß fünf Menschen, ehe er selbst starb. FOTO: AP

geschmuggelt habe. Ihm sei vielmehr im Besucherzimmer von einer ihm unbekannten Frau ein Tonbandgerät zugesteckt worden.

Bingham auf der Pressekonferenz: Während seiner Zeit im „Untergrund" habe er in einer anderen Stadt gelebt, das Bauhandwerk gelernt und Kurse an einer Universität belegt. Die ganzen 13 Jahre hindurch habe er unter einer „unbeschreiblichen Sehnsucht nach meiner Familie und mei*nen Freunden" gelitten.*

„Ich wäre vom ersten Tag an gern wieder aufgetaucht", sagte er. Doch es habe so lange gedauert, bis er zu der Überzeugung gekommen sei, daß er einen fairen Prozeß zu erwarten habe. „Seit dem Watergate-Skandal sind die Bürger dieses Landes erst zu der Überzeugung gekommen, daß auch die Regierung Unrecht tun kann." Das Blutbad vor 13 Jahren in San Quentin betrübe ihn noch heute. „Aber ich bin unschuldig und bin gekommen, um meinen Freispruch zu erkämpfen."

Binghams Vater sagte in Connecticut, er sei immer davon überzeugt gewesen, daß sein Sohn nie etwas getan habe, „dessen ich *mich* heute hätte schämen müssen." (SAD)

# Gondelbahn-Saboteur fand milde Richter

## Ex-Betriebsleiter Natale zu Bewährungsstrafe verurteilt

HEINZ SEILER, Lugano

Der frühere Betriebsleiter der Gondelbahn auf den Monte Tamaro nördlich von Lugano wurde jetzt vom Tessiner Schwurgericht zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten auf Bewährung und zur Zahlung von umgerechnet 120 000 Mark Schadenersatz verurteilt. Das Gericht hielt den 37jährigen Pasquale Natale aus Italien der Sabotage an der Gondelbahn für schuldig, die schließlich zum Stillstand mit anschließender spektakulärer Rettungsaktion führte.

Das Gondelbahn-Unglück am 1962 Meter hohen Monte Tamaro machte Ende Dezember 1983 Schlagzeilen. Für 122 Personen wurde der Heimweg vom Skifahren auf dem höchsten Berg des südlichen Tessin zum Alptraum: Sie mußten bis weit nach Mitternacht in ihren Gondeln ausharren, nachdem die Bahn durch einen technischen Defekt blockiert worden war. Vor allem Familien mit Kindern litten bei grimmiger Kälte furchtbar in luftiger Höhe. Sie konnten erst durch den Einsatz von Feuerwehr und Technischem Hilfswerk unverletzt geborgen werden.

Die Experten hatten die Ursache der Panne rasch ermittelt. Nachlässigkeit und mangelhafte Unterhaltung schieden aus – in Frage kam nur Sabotage. Jemand hatte die Ölzufuhr zu den Kugellagern abgestellt, was die Sicherheitseinrichtungen außer Betrieb setzte und die Bahn zum Stillstand brachte.

Der Verdacht fiel umgehend auf den ehemaligen Betriebsleiter, der im Unfrieden von der Tamaro AG geschieden war. Ein Racheakt?

Natale wurde verhaftet, bestritt zunächst die Tat, kam aber nach wenigen Tagen mit der Wahrheit heraus. Ja, er habe sich an seinem früheren Arbeitgeber rächen, ihm Schwierigkeiten bereiten und vor allem die Aufmerksamkeit auf an ihm begangenes Unrecht ziehen wollen. Den Vorwurf, er habe mit dem Leben vieler Menschen gespielt, wies er zurück: Erstens habe er daran nicht gedacht, zweitens habe den Fahrgästen eigentlich nichts passieren können ...

Vor Gericht enthüllte sich während der zweitägigen Verhandlung ein menschliches Drama, das bei vielen Beobachtern zwar nicht Verständnis für Natales Tat, jedoch Mitleid mit einem Menschen hervorrief, der vom Schicksal schwer getroffen worden war.

Natale hatte sich in 20 Jahren bei der Bergbahngesellschaft vom ungelernten Arbeiter zum Betriebsleiter emporgearbeitet. Für ihn war die Gondelbahn alles. Seine totale Hingabe an den Betrieb führte jedoch zu Schwierigkeiten mit Arbeitskollegen und Untergebenen. Manche kündigten gar ihren Arbeitsplatz, wiederholt quittierte auch Natale seinen Dienst. Stets wurde er von seinem Arbeitgeber wieder zurückgeholt – im Frühjahr 1983 aber schließlich nicht mehr. Der unersetzliche Betriebsleiter war im Unternehmen, das für ihn die Welt bedeutete, zur unerwünschten Person geworden ...

Als wenig später Natales Frau starb und ihn mit zwei kaum schulpflichtigen Kindern zurückließ, drehte der Mann völlig durch. Er sah in der Tamaro AG die Ursache seines Unglücks, im Verhalten seines Arbeitgebers Verrat und Undank. Rachegefühle bemächtigten sich seiner.

Vor Gericht hatte er es glücklicherweise mit verständigen Richtern zu tun: Sie berücksichtigten seine schwierige Lage und reduzierten die vom Kläger geforderte zweijährige Gefängnisstrafe auf 18 Monate, die sie zur Bewährung aussetzten. Natales früherer Arbeitgeber freilich bestand auf dem Ersatz seines Schadens. Er macht den Saboteur zeitlebens zum Schuldner.

Schreckliche Stunden zwischen Himmel und Erde: *Das Leben der Gondelfahrer hing – damals im Dezember '83 – an einem stählernen Faden. Rettung kam erst nach Mitternacht.* FOTO: AP

# Ein Bubenstück napolitanischer Zauberlehrlinge

F. M. Neapel

„Es ist viel Unheil in der Welt geschehen, aber wenig, das den Nachkommen so viel Freude gemacht hätte." Diese Sentenz, von Goethe am 13. März 1787 nach einem Besuch in Pompeji niedergeschrieben, werden heute, zwei Jahrhunderte später, 44 amerikanische Pompeji-Touristen kaum uneingeschränkt zu bestätigen bereit sein. Entpuppte sich doch für sie die „gute, muntere napolitanische Gesellschaft", die dem Pionier der klassischen Bildungsreisen seinerzeit am Rande der Ausgrabungsstätte so zugesagt hatte, als eine Bande von Gangstern mit Wildwestmanieren.

Daß sich auch die drei Maskierten, die den Bus der Amerikaner bei der Abfahrt enterten und unter Androhung von Waffengewalt entführten, „durchaus natürlich und leicht gesinnt" wie ihre von Goethe gepriesenen Vorfahren gaben, mag bei Zugrundelegung heutiger napolitanischer Maßstäbe sogar noch zutreffen.

### Bande ohne Namen

Aber die Erinnerung an einen „herrlichen Platz, der schönen Gedanken wert", werden die um ihr Geld und um ihre Wertsachen erleichterten Reisenachfolger des Weimarer Dichterfürsten von ihrem Pompeji-Aufenthalt kaum mit nach Hause nehmen.

In der „cronaca nera" der italienischen Presse ist unter dem 11. Juli 1984 zu lesen: „Gestern morgen hat eine Bande ohne Namen – wie die Gruppen jener Lehrlinge des Verbrechens genannt werden, die sich um Aufnahme in eine der großen kriminellen Organisationen bewerben – einen besonders großen Coup in Pompeji gelandet. Sie hat es im reinen Wildweststil getan. 44 amerikanische Touristen wurden all ihrer Habe beraubt."

Als die Touristen nach dem Besuch der Ausgrabungsstätte schon wieder ihren Bus bestiegen hatten und dieser gerade anfuhr, sprangen drei junge bewaffnete Maskierte auf und zwangen den Fahrer mit vorgehaltener Pistole, statt auf die Autobahn in Richtung Neapel in eine Nebenstraße nach Torre Annunziata einzubiegen. Während der Fahrt dirigierte einer der Verbrecher den Chauffeur, der zweite hielt mit seiner Pistole die Businsassen in Schach und der dritte kassierte ein: Mit Dollar und Lire gefüllte Brieftaschen, Uhren, Schmuck und anderes mehr. An der Peripherie von Torre Annunziata mußte der Fahrer anhalten, um die Räuber aussteigen zu lassen.

### Blutiges Nachspiel

Dabei kam es noch zu einem blutigen Nachspiel. Als der letzte der Gangster den Bus verlassen wollte, versuchte der 33jährige Italo-Amerikaner Gerardo Santiago aus New York, ihn an den Beinen zurückzuhalten. Der Angegriffene zögerte keine Sekunde, seine Waffe zu gebrauchen. Er schoß Santiago in den Oberschenkel. Ein anderer Tourist, der seinem Reisegefährten zu Hilfe kommen wollte, wurde mit dem Pistolenknauf niedergeschlagen. Nachdem die drei Verbrecher den Bus verlassen hatten, zwangen sie mit vorgehaltenen Waffen einen Fiat 127 mit Turiner Kennzeichen zum Anhalten, zerrten den Fahrer heraus und flohen in dem gestohlenen Auto.

Der Raubüberfall lieferte die prompte Bestätigung für das, was der Präfekt von Neapel, Riccardo Boccia einen Tag zuvor bei einer Besprechung mit Innenminister Scalfaro dargelegt hatte: Die Zahl der Morde im Raum Neapel ist zwar im ersten Halbjahr 1984 dank einer großangelegten Anti-Camorra-Kampagne der Ordnungskräfte zurückgegangen, dafür mehren sich jedoch in beängstigender Weise Raubüberfälle, Handtaschendiebstähle und andere Eigentumsdelikte. Die Zahl der Raubüberfälle stieg im Vergleich zum Vorjahr um 26 Prozent, diejenige der Diebstähle sogar um 45 Prozent.

# 18 verschüttete Bergleute auf Taiwan gerettet

AP, Taipeh

Von den 124 Bergarbeitern, die am Dienstag bei einem Grubenunglück in einem Kohlebergwerk auf Taiwan unter Tage eingeschlossen waren, sind gestern 18 gerettet worden. Nach Mitteilung der Behörden wurden 33 weitere tot geborgen. Die Rettungsarbeiten auf der Zeche Mei Shan 50 Kilometer nordöstlich von Taipeh wurden weiter fortgesetzt. Starker Rauch, Gasentwicklung und Gesteinseinbrüche behinderten jedoch die Helfer.

Die Regierung in Taipeh ordnete unterdessen eine vorübergehende Schließung aller 124 Bergwerke des Inselstaates zu Sicherheitsinspektionen an. Nach Mitteilung von Beamten drohte Staatschef Tschiang Tsching-Kuo harte Strafen gegen alle an, denen eine Vernachlässigung der Sicherheitsbestimmungen nachgewiesen werde.

Ursache des Brandes, der nach zehn Stunden gelöscht werden konnte, ist vermutlich ein Kurzschluß.

### Udo als Prügelknabe

AP, Berlin

Popmusiksendungen westlicher Stationen enthalten nach Meinung der Ost-Berliner „Armee-Rundschau" oft „politische und militärpolitische Aussagen, die gegen die Anstrengungen des Sozialismus zur Friedenssicherung gerichtet" seien. Das Blatt zitierte Udo Lindenberg: „In 15 Minuten sind die Russen auf dem Kurfürstendamm."

### Todeskandidat freigelassen

AFP, Tokio

Der im Jahre 1955 wegen vierfachen Mordes zum Tode verurteilte Japaner Yukio Saito (53) wurde gestern aus der Todeszelle entlassen. In einem Wiederaufnahmeverfahren wurde jetzt festgestellt, daß die Polizei seinerzeit das Geständnis des heute 53jährigen mit „illegalen Methoden" erwirkt hatte. Es ist bereits der dritte japanische Justizirrtum innerhalb eines Jahres.

### Ungewöhnliches Paßfoto

dpa, Gießen

Das Verwaltungsgericht Gießen hat unter Berufung auf die freie Religionsausübung einer deutschen Frau mohammedanischen Glaubens ein Foto für den Personalausweis mit Kopfbedeckung zugebilligt (AZ: VI/1E 596/82).

### Kinder ausgesetzt

dpa, Aachen

Seine fünf Kinder im Alter zwischen 15 Tagen und zwölf Jahren hat ein Ehepaar beim Pförtner eines Sozialamts in Aachen zurückgelassen. Zu diesem Protest entschlossen sich die Eltern nach einem vierstündigen Sitzstreik, mit dem sie vergeblich eine größere Sozialwohnung erzwingen wollten. Die Kinder kamen inzwischen in ein Heim.

### Kollision in der Luft

AP, Oerlinghausen

Beide Piloten fanden vorgestern nachmittag beim Zusammenstoß von zwei Segelflugzeugen 600 Meter über dem Teutoburger Wald in der Nähe von Bielefeld den Tod.

### Recht auf Urlaub

rtr, Kassel

Tarifverträge mit eingeschränktem Urlaubsanspruch sind nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts unwirksam. Ein Arbeitgeber hatte den Urlaubsanspruch entsprechend der im Jahr geleisteten Arbeit berechnet und einer von Januar bis Oktober 1982 erkrankten Angestellten lediglich acht Urlaubstage zugebilligt. Das Gericht sprach ihr 18 Tage zu (AZ: 6 AZR 442/83).

### Sensationeller Fang

dpa, Mexico City

Kokain im Wert von 500 Millionen Mark beschlagnahmten Zöllner des Flughafens Mexico City in den Koffern mehrerer Bolivianer.

### Waldbrandbilanz

AP, Bonn

Im Sommer 1983 verbrannten nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums 1109 Hektar Wald. Der Schaden betrug 4,6 Millionen Mark. In 27 Prozent war Fahrlässigkeit, in 22 Prozent Brandstiftung die Ursache.

### Rattengift angeschwemmt

AP, Thisted

Rund 900 Tüten mit Rattengift wurden am Strand von Lyngby in Nordjütland angespült. Die Behörden vermuten, daß das Gift von Bord eines Schiffes gespült wurde. Nach den Aufdrucken stammten wenigstens die Tüten aus Deutschland.

### Kabarettist verurteilt

AP, Berlin

Der frühere Kabarettist Wolfgang Neuß (60) wurde von einem Berliner Schöffengericht wegen Haschisch-Besitzes zu einer Haftstrafe von einem Jahr mit Bewährung verurteilt.

### ZU GUTER LETZT

*„Ausländer in der Bundesrepublik sind jünger als die Bundesbürger." Überschrift einer dpa-Meldung zur Bevölkerungsstatistik.*

# Erstaunliche Bilanz

## Kardiologen-Kongreß: Cooleys Bypass-Erfolge verblüffen

JOCHEN AUMILLER, Düsseldorf

Denton Cooley, der berühmte Herzchirurg des Texas Heart Institute in Houston, lehrte seine Kollegen auf dem 9. Europäischen Kardiologenkongreß in Düsseldorf das Staunen. Er berichtete über mehr als 28 000 Bypass-Operationen, die an seiner Klinik seit 1970 vorgenommen wurden, eine Operationsfrequenz, die sich für deutsche Verhältnisse geradezu märchenhaft ausnimmt. Nicht umsonst geht Cooley der Ruf des herzchirurgischen Weltmeisters voraus.

Die Bypass-Operation am Herzen soll dem Infarkt vorbeugen. Mit einem aus dem Bein entnommenen Venenteilstück wird eine Blutumleitung um das verschlossene oder stark verengte Herzkranzgefäß gelegt. Damit kann Blut in ausreichender Menge den Herzmuskel wieder versorgen.

In mehr als zwei Drittel aller Operationen mußte Cooley sogar drei oder mehr Bypässe verlegen; dann, wenn nicht nur ein Herzkranzgefäß verengt war. Längst ist auch hohes Alter kein Hinderungsgrund mehr für die Eingriffe. In seiner Statistik führt Cooley 1587 Patienten, die zum Zeitpunkt der Operation 70 Jahre oder älter waren. Fünf Jahre nach dem Eingriff lebten noch 80 Prozent von ihnen.

Auch knapp 1000 junge Patienten zwischen 20 und 39 Jahren ließen sich in Houston operieren: Ihre Angina-Schmerzen waren mit Medikamenten alleine nicht mehr zu beherrschen. Natürlich ist auch diese Herzoperation mit Risiken verbunden. Den Eingriff überlebten in den Jahren 1977 bis 1982 4,2 Prozent nicht.

1977 setzte Cooley eine von deutschen Herzspezialisten erdachte herzmuskelschonende Medikamentenlösung ein, die das Herz während des Eingriffs – es wird dabei künstlich stillgelegt – vor Zellschaden schützen soll. Seither ist die Operationssterblichkeit (Frühmortalität) von 4,2 auf 2,2 Prozent gesunken. Knapp 70 Prozent der Operierten bleiben viele Jahre beschwerdefrei. 43 Prozent kehrten zum alten Arbeitsplatz zurück, 12 Prozent übernahmen eine Teilzeitbeschäftigung. Nur 11 Prozent mußten sich invalidisieren lassen. Für Cooley gibt es keinen Zweifel: Diese Operation ist lebensverlängernd, vor allem für Patienten, bei denen mehrere Herzkranzgefäße betroffen sind. Inzwischen zeigte sich, daß die Überlebenszeit von medikamentös oder chirurgisch Behandelten gleich lang ist, vorausgesetzt, es liegt eine lediglich leichte Form der Angina pectoris vor. Operation um jeden Preis muß also nicht sein.

# Politische Dimensionen

## Kein Ende des Vergewaltigungs-Prozesses um drei Ärzte

dpa, Berlin

Immer weitere Kreise zieht ein Prozeß gegen zwei Ärzte der Berliner Universitäts-Frauenklinik, die sich seit Mitte Juni wegen Vergewaltigung und sexueller Nötigung einer 35jährigen Narkoseärztin vor dem Berliner Landgericht verantworten müssen. Das Verfahren, das seit Wochen für Schlagzeilen sorgt und eigentlich längst abgeschlossen sein sollte, beschäftigt mittlerweile auch das Berliner Abgeordnetenhaus und Gremien der Freien Universität (FU). Es soll geprüft werden, ob die Klinikleitung die Ärztin unter Druck gesetzt hat, die Anklage zurückzuziehen. Auf Kritik stieß auch ein Direktioriumsbeschluß der FU, wonach der Vertrag der Ärztin nicht verlängert werden soll.

Im Prozeß um die Vorfälle in der Nacht zum 22. Dezember vorigen Jahres steht Aussage gegen Aussage. Nach Schilderung der Narkoseärztin, die als Nebenklägerin auftritt, hatten die Männer sie in ihrem Dienstzimmer aufgesucht und waren sofort „mit einer Brutalität, die sie nicht für möglich gehalten hatte", über sie hergefallen. Von einem der beiden, einem 39jährigen Oberarzt und Gynäkologen, sei sie schließlich vergewaltigt worden.

Der Oberarzt und sein 38jähriger Kollege, gleichfalls Gynäkologe und Privatdozent, stritten die Vorwürfe ab. Man habe sich in gelockerter Stimmung zu einem Umtrunk zusammengesetzt. Nach „gelegentlichen Körperkontakten" habe die Ärztin begonnen, sich auszuziehen. Der Oberarzt sagte aus, er habe zwar mit der Frau geschlafen, von Gewaltanwendung könne jedoch keine Rede sein. Dagegen hielt der Staatsanwalt, der in seinem Plädoyer Haftstrafen von jeweils viereinhalb Jahren forderte, die Schilderung der Ärztin für glaubhaft. Sie werde durch die Aussage einer Kollegin gestützt, die von einem benachbarten Zimmer aus Hilferufe sowie lautes Poltern gehört hatte.

Die Anwältinnen der Ärztin forderten für die Angeklagten Berufsverbot. Nach den Plädoyers beantragte die Verteidigung dann überraschend die Vernehmung weiterer Zeugen. Jedoch wurde der Prozeß zunächst unterbrochen, weil sich die Verteidiger „von militanten Frauengruppen" – gegen ihre Person und Büroräume – bedroht fühlten. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung zeichneten Zeugen der Verteidigung ein düsteres Bild der Narkoseärztin: Sie habe sich um ihrer Karriere willen prostituiert und vorzugsweise vorgesetzte Ärzte, egal, ob Männer oder Frauen, ständig intim berührt.

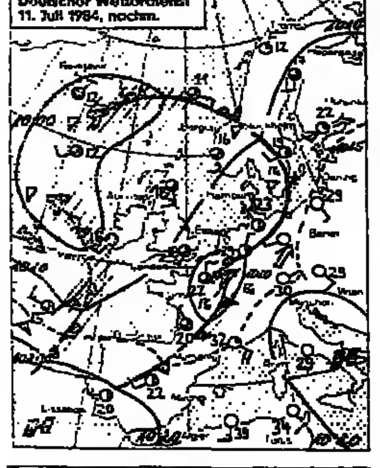
Mittlerweile müssen sich auch politische Instanzen mit dem Verfahren befassen. Die Alternative Liste wollte *mit einer Anfrage im Abgeordneten*haus geklärt wissen, ob die Klinik sich gegenüber der Ärztin korrekt verhalten habe: Seit Januar darf die Ärztin keinen Nachtdienst mehr leisten. Außerdem sprach sich das Direktorium dafür aus, den Vertrag der Ärztin nicht zu verlängern. Die Gynäkologen hingegen wurden erst nach Anklageerhebung im Mai suspendiert. Sie wurden nach vorläufiger Festnahme gegen eine Kaution von je 30 000 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt.

Wie jetzt auch aus der FU verlautet, wurde von verschiedener Seite auf die Ärztin eingewirkt, die Anzeige zurückzuziehen. Um die Klinik nicht ins Gerede zu bringen, sei ihr, so die Ärztin, in internen Vermittlungsgesprächen vorgeschlagen worden, sich mit dem Ledigen der beiden Angeklagten zu verloben. Dann hätte sie vor Gericht nicht aussagen müssen. Außerdem habe man ihr angeboten, bisherige Anwaltskosten zu erstatten und von einer Anzeige wegen falscher Verdächtigung abzusehen.

Der Prozeß wird die Berliner Justiz noch bis Ende des Sommers beschäftigen. CORNELIA HEROLD

# WETTER: Nur im Süden noch heiß

Wetterlage: Auf der Rückseite eines Tiefausläufers gelangt etwas kühlere Luft nach Deutschland. Nur der Süden und Südosten des Vorhersagegebietes liegen noch im Bereich der subtropischen Warmluft.




**Vorhersage für Donnerstag:**

*Im Norden und im Raum Berlin* anfangs stark bewölkt, später Wetterbesserung und nur im Osten noch einzelne Gewitter. Tagestemperaturen zwischen 23 Grad an der Küste und 27 Grad im südlichen Binnenland und Berlin. In Westdeutschland teils heiter, teils wolkig und niederschlagsfrei. Temperaturen um 25 Grad. Im Süden heiter, nachmittags Gewitter. Höchsttemperaturen um 27 Grad.

**Weitere Aussichten:**

Wechselhaft und kühler.

**Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 31° | Kairo | 28° |
| Bonn | 28° | Kopenh. | 22° |
| Dresden | 33° | Las Palmas | 26° |
| Essen | 24° | London | 18° |
| Frankfurt | 30° | Madrid | 22° |
| Hamburg | 23° | Mailand | 28° |
| List/Sylt | 18° | Mallorca | 31° |
| München | 30° | Moskau | 16° |
| Stuttgart | 31° | Nizza | 26° |
| Algier | 39° | Oslo | 19° |
| Amsterdam | 19° | Paris | 22° |
| Athen | 30° | Prag | 31° |
| Barcelona | 26° | Rom | 29° |
| Brüssel | 20° | Stockholm | 19° |
| Budapest | 30° | Tel Aviv | 34° |
| Bukarest | 27° | Tunis | 34° |
| Helsinki | 22° | Wien | 29° |
| Istanbul | 24° | Zürich | 30° |

**Sonnenaufgang* am Freitag: 5.06 Uhr, Untergang: 21.46 Uhr; Mondaufgang:** 22.36 Uhr, Untergang: 4.46 Uhr

*In MEZ, zentraler Ort Kassel